

DIE AfD UND IHRE SYMPATHISANTEN – EXTREM UND PSYCHOLOGISCH AUFFÄLLIG?

Inhalt

I.	Fragestellung und methodische Anmerkungen.....	1
II.	Verortung der AfD im Kontext von Populismus und Extremismus – Deutungen und Reanalysen.....	3
1.	Links-Rechts-Aspekte	3
2.	Was sagen andere Parteien über die AfD?.....	8
3.	Was will die AfD? – Analysen und Deutungen der Programmatik.....	8
4.	AfD – Selbst- und Fremdbild.....	10
5.	AfD – extremistisch, populistisch, nationalradikal?	11
6.	Befunde der Mitte- und anderer Studien zum Rechtsextremismus	26
7.	Antisemitismus im Internet	31
8.	Antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen	32
9.	AfD – Protest- und Wutbürgerpartei?.....	34
10.	AfD-Wähler – Narzissten?	37
11.	Einfluss der (Big Five auf Parteineigung	37
12.	AfD – psychologisch betrachtet	39
III.	Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage mit dem FPI 2018	41
IV.	Literaturverzeichnis.....	61

Zusammenfassung:

Politiker, Politikwissenschaftler und der Verfassungsschutz sind sich uneinig, ob es sich bei der Alternative für Deutschland um eine Partei mit radikaler, populistischer oder extremistischer Prägung handelt. Einig sind sich Experten und Bevölkerung über den rechtsaußen Status der AfD. Die Partei selbst sieht sich dagegen als bürgerlich-konservative Protest- und Oppositionspartei. Infolge von unscharfen und umstrittenen Konstruktdefinitionen von Populismus und Extremismus sind Ergebnisse empirischer Studien widersprüchlich und teilweise ungeeignet für Strategien zur Eindämmung resp. Bekämpfung von Populismus und Extremismus. Im Artikel werden zunächst Ergebnisse von ausgewählten Populismus- und Extremismus-Studien referiert und teilweise reanalysiert mit der Absicht, auf Operationalisierungsprobleme und unterschiedliche Interpretationen der Umfrageergebnisse aufmerksam zu machen. Neu ist die Betrachtung von Sympathisanten der AfD aus persönlichkeitspsychologischer Sicht. Im Rahmen der dritten Normierung des Freiburger Persönlichkeitsinventars (FPI-R) auf bevölkerungsrepräsentativer Basis, die 2018 vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt wurde, konnten in der Erhebung zusätzliche Informationen der Interviewten zu politischen und verhaltensnahen Fragen gewonnen werden. Eine Stichprobe von N = 312 AfD-Sympathisanten wurde in Hinblick auf persönlichkeitspsychologische Auffälligkeiten untersucht mit dem Ergebnis, dass sich ein harter Kern der AfD-Anhängerschaft im Vergleich mit Anhängern anderer Parteien in der Selbstbeurteilung als überdurchschnittlich autoritär, aggressiv und unsolidarisch erwies. Mit Hilfe des FPI-R lassen sich AfD-Sympathisanten und potenzielle AfD-Wähler besser erkennen als mit den gewöhnlich verwendeten sozio-demografischen oder -ökonomischen Prädiktoren für Parteineigung.

I. Fragestellung und methodische Anmerkungen

Was für eine Partei ist die AfD – eine rechtsradikale, eine rechtspopulistische, eine rechtsextreme oder nur eine neue bürgerlich-konservative Partei? Vielleicht ist sie ein Mixtum compositum. Etikettierungen für die AfD variieren erheblich, je nach journalistischer, parteipolitischer oder wissenschaftlicher Perspektive.

Journalisten haben die AfD als eine Partei von Männern für Männer bezeichnet, weil sie überproportional von Männern geführt und von Männern unterstützt wird; als eine Ein-Punkt-Partei, weil sie nur auf das Thema Migration setze; als eine Gegen-Alles-Partei, weil sie gegen alles stehe, was liberal und weltoffen sei. Der Kommunikationsmanager des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Knut Bergmann, analysierte die AfD-Anhängerschaft 2017 ziemlich treffend als „Allzeit fern des Durchschnitts“.

Extremismusforscher versuchen seit langem den analytisch unscharfen Begriff des politischen Extremismus zu präzisieren und extremistische Einstellungen zu messen. Der Verfassungsschutz (Slogan: „ein unverzichtbares Instrument der wehrhaften Demokratie“) beobachtet verstärkt Bürger mit einem „rechtsextremistischen Weltbild, geprägt von rassistischen und nationalistischen Anschauungen“, und er untersucht die gewaltorientierte rechte Szene mehr denn je. In jüngster Zeit hat auch die Verwendung des schillernden Begriffs Rechtspopulismus an Bedeutung zugenommen wie die sogenannten Populismusbarometer belegen.

Anlass dieser Publikation war eine bevölkerungsrepräsentative Erhebung zur Neunormierung des Freiburger Persönlichkeitsinventars im Jahr 2018, wobei zusätzliche Daten zu Parteisympathie, autoritären und politischen Einstellungen sowie verhaltensnahe Fragen erfasst werden konnten. Im Folgenden werden zunächst verschiedene Facetten der aktuell weithin interessierenden Themen Populismus und Extremismus diskutiert, mit Fokus auf vorhandene empirische Befunde aus verschiedenen Studien im Zusammenhang mit der AfD.

Im Artikel geht es primär nicht um die Programmatik der „Alternative für Deutschland“, ihre Ideologie und politischen Akteure – die Angebotsseite –, sondern vielmehr um die Anhängerschaft, die Sympathisanten und Wähler der AfD mit der Kernfrage: *Unterscheidet sich der „typische“ AfD-Sympathisant von Sympathisanten anderer Parteien in persönlichkeitspsychologischer Hinsicht?*

Die Erhebung erfolgte in drei repräsentativen Wellen von Mitte Juni bis Mitte November 2018 durch das Institut für Demoskopie in Allensbach in Verbindung mit der beim IfD üblichen Mehr-Themen-Umfrage. Am Schluss des circa einstündigen mündlichen Interviews mit insgesamt 3.450 Interviewten wurde der FPI-R Fragebogen plus eine Reihe von Zusatzfragen dem Interviewten zum Selbstausfüllen überreicht. Der Fragebogen trug dieselbe Nummer wie das Interview, sodass beides zwar anonym, aber später verknüpfbar blieb.

Im IfD Interview werden routinemäßig über 20 soziodemografische bzw. sozioökonomische Merkmale erfragt sowie auch Präferenz und Wahlabsicht für eine bestimmte politische Partei. Das IfD ist eines der wenigen Meinungsforschungsinstitute, welches Parteipräferenz und Wahlabsicht (Sonntagsfrage) nicht telefonisch oder Internet-basiert, sondern in einer persönlich-mündlichen Befragung erfasst. Dieser Umstand machte es möglich, die vom IfD erfasste Information zu Parteipräferenz und Wahlabsicht mit den FPI-R-Daten und weiteren Persönlichkeitsmerkmalen auf Individualebene zu verknüpfen. Aus dem gesamten Datensatz der Erhebung 2018 mit über 200 Variablen wurden als Prädiktoren für die AfD-Parteisympathie pro Individuum die 12 FPI-R-Skalenwerte ausgewählt sowie Items zum Autoritarismus und multiplen Ängsten; darüber hinaus die soziodemografischen Merkmale: Geschlecht, Alter, Schulabschluss, Berufstätigkeit, Berufstellung, Einkommensindikatoren, Familienstand, Konfession, Wohnort (Ost/West), Charakter und Größe des Wohnortes, soziale Schicht nach Interviewer-Eindruck.

AfD-Sympathisanten/potenzielle Wähler wurden durch folgende Fragen im IfD-Interview identifiziert: *„Hier habe ich Karten mit den Namen von verschiedenen Parteien, die politische Bedeutung haben. Sicher sind einem diese Parteien nicht alle gleich sympathisch. Könnten Sie bitte diese sechs Karten einmal dann untereinanderlegen, wie sympathisch Ihnen diese Parteien sind? Es geht so: Obenhin legen Sie die Partei, die Ihnen am sympathischsten ist, darunter die, die Sie an die zweite Stelle setzen würden, und so weiter, und als letzte die Partei, die Ihnen am wenigsten sympathisch oder sogar ganz unsympathisch ist.“*

[Interviewer notiert die erste und zweite Sympathiewahl und fragt dann (Sonntagsfrage): „Wäre es unter Umständen möglich, dass Sie bei der nächsten Bundestagswahl die wählen?“

Die Übereinstimmung zwischen Parteisympathie (1. Wahl) und Wahlabsicht (Sonntagsfrage) ist in Bezug auf die AfD hoch. Von 100 AfD-Sympathisanten würden 88 die AfD wieder bei der nächsten Bundestagswahl wählen; bei den Sympathisanten anderer Parteien dagegen ist die Übereinstimmung deutlich niedriger: zwischen 71 Prozent für SPD und LINKE und 78 Prozent für CDU/CSU. In der Erhebung für das FPI mit N = 3.338 Wahlberechtigten konnten N = 312 AfD-Sympathisanten und N = 243 potenzielle AfD-Wähler identifiziert werden. Diese Fallzahl für AfD-Unterstützer ist im Vergleich zu anderen Erhebungen groß, wodurch sich verlässlichere Aussagen machen lassen. Die jüngste Leipziger Studie zum Rechtsextremismus (2018/19) konnte sich beispielsweise nur auf N = 97 AfD-Anhänger stützen; im Allbus 2018 waren es N = 111.

Da die FPI-Skalenwerte wie auch Parteisympathie durch soziodemografische Merkmale beeinflusst werden, wurde vor Beginn der statistischen Datenanalyse ein case-control-matching durchgeführt. Für jeden AfD-Sympathisanten wurde ein „statistischer Zwilling“ mit Nicht-AfD-Sympathie per Computer-Algorithmus gesucht, und zwar nach 4 Merkmalen – Geschlecht, Alter, Schulabschluss, Erwerbsstatus. Zum Beispiel: Für einen AfD-Sympathisanten – Mann, 40 Jahre alt, Mittlere Reife, Arbeitsloser – sucht das Computerprogramm per Zufall aus allen Nicht-AfD-Sympathisanten einen „statistischen Zwilling“ mit identischem soziodemografischen Profil. Damit waren vier wichtige Einflussgrößen auf die Parteisympathie kontrolliert.

Das Freiburger Persönlichkeitsinventar gehört zu den bekannten und von Psychologen häufig verwendeten mehrdimensionalen Persönlichkeitsfragebogen (12 Dimensionen/Skalen). Die FPI-Autoren haben sich seit der ersten Testkonstruktion um kontinuierliche Qualitätskontrolle resp. Testpflege¹ bemüht - durch wiederholte Überprüfung der Normen und Skalenkonstruktion sowie durch Sammlung von Validitätshinweisen, wie in der jüngsten Auflage des FPI-R (2020) dokumentiert. Persönlichkeitsfragebogen erfassen primär Selbstbeurteilungen und Selbstauskünfte über ausgewählte Bereiche der Persönlichkeit. Diese Informationen werden psychologisch deskriptiv, diagnostisch und eventuell auch prognostisch verwendet. Selbstbeurteilungen können zwar von Dritten bezweifelt werden, bleiben aber in zentralen Bereichen subjektiv und unwiderlegbar. Fragebogen bilden durch ihren Inhalt, ihre Konstruktion und Anwendung eine besondere Kategorie psychologischer Methoden, die mehr als andere Instrumente der Psychologie systematische und kontinuierliche Validierungsstudien mit externen objektivierbaren Kriterien erfordern. Die Dominanz der Fragebogenverwendung in der gegenwärtigen Psychologie wie auch im Internet ist zu bedauern, wie bereits von Baumeister et al. (2007, S. 397) festgestellt: „Direct observation of meaningful behavior is apparently passé... human behavior is almost always performed in a seated position, usually seated in front of a computer. Finger movements, as in keystrokes and pencil marks, constitute the vast majority of human action“. Leider hat die multimodale Diagnostik und das ambulante Assessment in der Psychologie heutzutage Seltenheitswert, und die „quick and dirty“ Methode bei der Fragebogenverwendung nimmt besonders im Internet ständig zu.

Die Wahlforschung hat es in Hinsicht auf Verhaltensdiagnosen und -prognosen leichter als die Psychologie, weil tatsächliches Wahlverhalten per Exit Polls und potenzielles Wahlverhalten durch Vorwahlbefragungen (z.B. Sonntagsfrage) annähernd prognostiziert werden kann. So zeigen zum Beispiel die Ergebnisse des Allbus 2018 in Hinsicht auf AfD und Wahlverhalten, dass von Befragten mit AfD-Parteipräferenz sich 91% an der letzten Bundestagswahl 2017 beteiligten, 87% „ihrer“ Partei die Zweitstimme gaben und 84% die AfD in Zukunft wieder wählen würden.

¹ Fahrenberg, J & Hampel, R. (2020). Was bedeutet „Testpflege“? – Zur Qualitätssicherung von Persönlichkeitsfragebogen. DSPACE <http://hdl.handle.net/20.500.11780/3786>. Hampel, R. (2020). Dokumentation zur 9. Auflage des Freiburger Persönlichkeitsinventars FPI (2020) (psycharchives.de).

II. Verortung der AfD im Kontext von Populismus und Extremismus – Deutungen und Reanalysen

1. Links-Rechts-Aspekte

In der politischen Arena hat das Begriffspaar *links* und *rechts* für politische Einstellungen, Parteien und Ideologien Tradition. Manche halten die Begriffe für zu plakativ, angestaubt, emotional belastet²: „An diesen verrotteten Wegmarken kann sich kein Mensch orientieren“ (Konrad Adam, 1993). Andere wie das Institut für Demoskopie, die Forscher des ALLBUS oder der Internationalen Wertestudien nutzen die sog. Links-Rechts-Skala seit Jahrzehnten als nützliches Instrument im Rahmen der politischen Meinungsforschung. Unter Extremismusforschern und Politikwissenschaftlern gilt das L-R-Schema inzwischen als überholt, ebenso wie die Hufeisentheorie, welche politische Parteien auf einer Skala in Form eines Hufeisens anordnet und nach der die extremen Ränder des politischen Spektrums mehr miteinander gemeinsam haben als mit der demokratischen Mitte. Klassisch ist die doktrinaire Aussage von Franz Josef Strauß, die er im bayrischen Landtagswahlkampf 1986 machte: „Rechts von uns darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben, d.h. wir, die CDU und CSU, müssen diesen Raum und diese politische Landschaft ausfüllen“ – formuliert in der Absicht, die von ehemaligen CSU-Mitgliedern gegründeten „Republikaner“ sowie die NPD auszugrenzen. Nun gibt es seit 2017 mit der AfD doch eine demokratisch legitimierte Partei rechts von der CDU/CSU.

Die politischen Begriffe *links* und *rechts* gehen auf die Zeit nach dem Sturz Napoleons zurück³. In der damaligen Deputiertenkammer bildete sich eine Sitzordnung heraus, in der der Adel den Ehrenplatz zur Rechten des Präsidenten beanspruchte, während der dritte Stand zu seiner Linken saß. Aus dieser – anfänglich nur protokollarisch bedingten – Sitzordnung heraus entstand später die Bezeichnung *links* und *rechts* für politische Parteien und Ideologien. Die Begriffe wurden und werden immer noch assoziiert mit kommunistisch/sozialistisch (*links*) vs. konservativ/reaktionär (*rechts*), egalitär vs. elitär, progressiv vs. konservativ, internationalistisch vs. nationalistisch. Die mehr als 200 Jahre alte Sitzordnung in Parlamenten ist bis heute auch im deutschen Bundestag vorfindbar. In der ersten Sitzungsperiode saß die KPD ganz links, vom Bundestagspräsidenten aus gesehen; ab dem zweiten Bundestag war dies die SPD, die bis 1983 darauf bestand, dass links von ihr keine andere Fraktion sitzen dürfe. In der 15. bis 17. Sitzungsperiode saß die FDP ganz rechts. Gegenwärtig sitzt sie links von der AfD, welche die äußersten, rechten Sitze belegt.

Die Meinungsforscherin Noelle-Neumann vom Institut für Demoskopie in Allensbach (IfD) erforschte in den 90er Jahren, was Deutsche unter *rechten* und unter *linken Werten* verstehen⁴. Ihre Beschreibungen basieren u.a. auf Befunden der zweiten Internationalen Wertestudie (1990/91). Anhand der Befunde aus fünf westlichen Demokratien nennt Noelle-Neumann folgende gemeinsame Werte: a) bei rechtsorientierter Bevölkerung dominieren Werte wie wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Stabilität sowie Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung; b) die links eingestellte Bevölkerung tritt stark ein für Abrüstung, Friedensbewegung, für mehr Mitbestimmung, mehr Einfluss auf Regierungsentscheidungen, für eine humane Gesellschaft, mehr Menschenrechte, für mehr Gleichheit, gegen Apartheid in jeder Form, Gleichberechtigung von Frauen und Homosexuellen.

Die Forschungen des Instituts für Demoskopie Allensbach erbrachten nach Noelle-Neumann folgende Charakteristika für linke und rechte Werte in der deutschen Gesellschaftspolitik (IfD Umfragen 2287/3201).

² Im Rahmen der Allensbacher Sympathie-Tests (1994) wurden Befragten eine Reihe von Begriffen und Beschreibungen zur Einstufung nach „sympathisch“ und „unsympathisch“ vorgelegt. Das „Links-sein“ in Westdeutschland empfanden 20 Prozent als sympathisch und 66 Prozent als unsympathisch. In Ostdeutschland wurde „Links-sein“ zu 29 Prozent als sympathisch und 38 Prozent als unsympathisch bewertet. Ausgeprägter war die Abneigung gegenüber „Rechts-sein“. In Westdeutschland 66 Prozent unsympathisch und 12 Prozent sympathisch; in Ostdeutschland wurde „Rechts-sein“ von 71 Prozent als unsympathisch und 6 Prozent als sympathisch empfunden..

³ Siehe Bundeszentrale für Politische Bildung. Begriff: Rechts-Links-Schema.

⁴ Die rechten und die linken Werte. Ein Ringen um das Meinungsklima. In: Karl Graf Ballestrem & Henning Ottmann (Hrsg.): Theorie und Praxis. Festschrift für Nikolaus Lobkowicz zum 65. Geburtstag. Berlin: 1996 (Beiträge zur politischen Wissenschaft, Band 89), S. 243-267.

Linke Werte	Rechte Werte
Freiheit, überwiegend von Not, Sicherheit, Geborgenheit; dafür ist der Staat verantwortlich	Freiheit gegenüber dem staatlichen Zugriff, damit aber auch Risikobereitschaft, Anstrengung, Aktivität, Entwicklung eigener Kräfte
Gleichheit, Antiautorität	Differenzierung: Unterschiede individueller, sozialer, nationaler Art; Autorität, Hierarchie
Nähe, Wärme, Formlosigkeit, das „Du“	Distanz, Umgangsformen, das „Sie“
Spontanität	Disziplin
Wirtschaft: Planung, öffentliche Kontrolle	Schutz der Privatwirtschaft, Wettbewerb, Schutz des Privateigentums als natürliches Recht
das Internationale, das Kosmopolitische	das Nationale, verbunden mit der hohen Bewertung der Differenzierung
Milieu ist prägend; die Gesellschaft wird verantwortlich gemacht	Verantwortung liegt beim Individuum; das Individuum wird zur Verantwortung gezogen

Die während der französischen Revolution populären (linken) Ideale „Freiheit“ und „Gleichheit“, in Deutschland später ergänzt durch „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ bzw. „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ (SPD), wurden von Historikern und Sozialphilosophen kontrovers diskutiert. Habermas meinte 1995 in einem FOCUS-Interview: „Ich entdecke weit und breit keine ernsthafte Alternative zu linken Ideen – wenn ‚links‘ heißen soll, dass man zwischen den politischen Zielen von ‚Freiheit‘ und ‚Gleichheit‘ keinen falschen Gegensatz aufzieht und in der demokratischen Willensbildung den Schlüssel für die Verwirklichung gleicher Freiheiten sieht“. Max Horkheimer formulierte dagegen in einem Züricher Vortrag kurz und knapp: „Je mehr Gleichheit, desto weniger Freiheit, und je mehr Freiheit, desto weniger Gleichheit“.⁵

Wie sieht die deutsche Bevölkerung die politischen Ziele Freiheit und Gleichheit – als Gegensatzpaar oder als gleich gewichtig? Nach Umfragen des IfD in der alten Bundesrepublik (siehe Tabelle 1) fanden fast zwei Drittel von Befragten (64%) die Freiheit weitaus wichtiger als die Gleichheit (24%). Auch Jahre später schätzten Westdeutsche Freiheit immer noch höher ein als Gleichheit. In Ostdeutschland dagegen waren Gleichheit wie auch Gerechtigkeit vorrangig gegenüber der Freiheit. Eine Verknüpfung von Umfragedaten zu Freiheit versus Gleichheit mit der L-R-Selbsteinstufung auf Basis der Europäischen Wertestudie 2008⁶ (eigene Berechnung nur für Deutschland) ergab, dass Personen mit ausgeprägter Rechtsorientierung das Freiheitsideal für wichtiger bewerten als das Ideal der Gleichheit, wobei die Differenz nicht bedeutsam ist (50% : 44%). Linksorientierte Deutsche dagegen halten Gleichheit für deutlich wichtiger als Freiheit (60% : 30%). Dies spiegelt sich auch in den Parteiprogrammen von SPD und DIE LINKE wider.

Über das Verständnis von Freiheit und Gleichheit in der AfD reflektiert der AfD-Kenner Justus Bender (2017) in seinem Buch „Was will die AfD“? Der studierte Philosoph und FAZ-Redakteur hat die AfD seit ihrer Gründung als „teilnehmender Beobachter“ begleitet und hunderte von Interviews mit AfD-Funktionären geführt.

„In einer Demokratie, in der die Bürger einen immer größeren Freiheitsdrang empfinden, wird sich dieser Freiheitsdrang irgendwann gegen alle Autoritäten wenden, gegen jede Form von Obrigkeit, die Gefolgschaft einfordert. Und die Bürger werden die Medien zum Beispiel als ‚Lügenpresse‘ und ‚Staatsfunk‘ bezeichnen, sie werden die etablierten Parteien als ‚Altparteien‘ beschimpfen, sie werden die großen Kirchen ablehnen, die Entscheidungen der Schulbehörden, der Baubehörden, die Europäische Kommission, die Nato, die Bundesregierung... Sie werden von Diktatur und Oligarchie sprechen und sie werden immer nur eines fordern: Freiheit von dieser unerträglichen Bevormundung. Viele rechtspopulistische Parteien tragen das Wort ‚Freiheit‘ sogar im Parteinamen... Beinahe sämtliche Mitglieder der AfD wollen keine Diktatur. Sie wollen Freiheit und Basisdemokratie... Das Problem, das die

⁵ zitiert nach Noelle-Neumann, 1996 – Die rechten und die linken Werte.

⁶ Die Frage im EVS (Q56) lautete: Hier stehen zwei Meinungen. Welcher von beiden würden Sie eher zustimmen? Meinung A oder Meinung B. (A) „Ich finde Freiheit und Gleichheit eigentlich beide wichtig. Aber, wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, wäre mir die persönliche Freiheit am wichtigsten, dass also jeder in Freiheit leben und sich ungehindert entfalten kann. (B) „Sicher sind Freiheit und Gleichheit wichtig. Aber, wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, fände ich Gleichheit am wichtigsten, dass also niemand benachteiligt ist und die sozialen Unterschiede nicht so groß sind“. Bis auf Einleitungsfrage ist Formulierung bei IfD und EVS identisch.

AfD für die freiheitliche Demokratie bedeutet, ist nicht ihre Ablehnung von Freiheit, im Gegenteil. Es ist, wenn man Platon folgt, ihr Freiheitsrausch, der autoritäre Züge annimmt... Sie [die AfD] will die Befreiung noch weiter treiben. Sie will die Bürger von der Zumutung erlösen, nicht jederzeit über alles selbst bestimmen zu können – und zwar ganz so, wie sie es wünschen, ohne auf moralische oder praktische Einwände hören zu müssen. Und sie ist bereit, diesen Freiheitsanspruch mit autoritären Mitteln durchzusetzen.“ (Bender 2017, S. 30)

Tabelle 1: Umfragedaten zu Freiheit und Gleichheit

„Wenn ich mich entscheiden müsste für Freiheit oder Gleichheit, wäre mir am wichtigsten“:

	West - Deutschland			Ost - Deutschland		
	1976	1995	2008	1990	1995	2008
Freiheit, dass also jeder in Freiheit leben kann und sich ungehindert entfalten kann.	61%	56%	54%	46%	36%	34%
Gleichheit, dass also niemand benachteiligt ist und die sozialen Unterschiede nicht so groß sind.	30%	33%	38%	43%	46%	58%
Unentschieden	9%	11%	8%	11%	18%	8%
Europäische Wertestudie 2008 (Gesamt-Deutschland)						
L-R- Selbsteinstufung (1-10)	Links (1-3)		Mitte (4-7)		Rechts (8-10)	
Freiheit am wichtigsten	33%		48%		50%	
Gleichheit am wichtigsten	60%		44%		44%	
Unentschieden	7%		7%		7%	

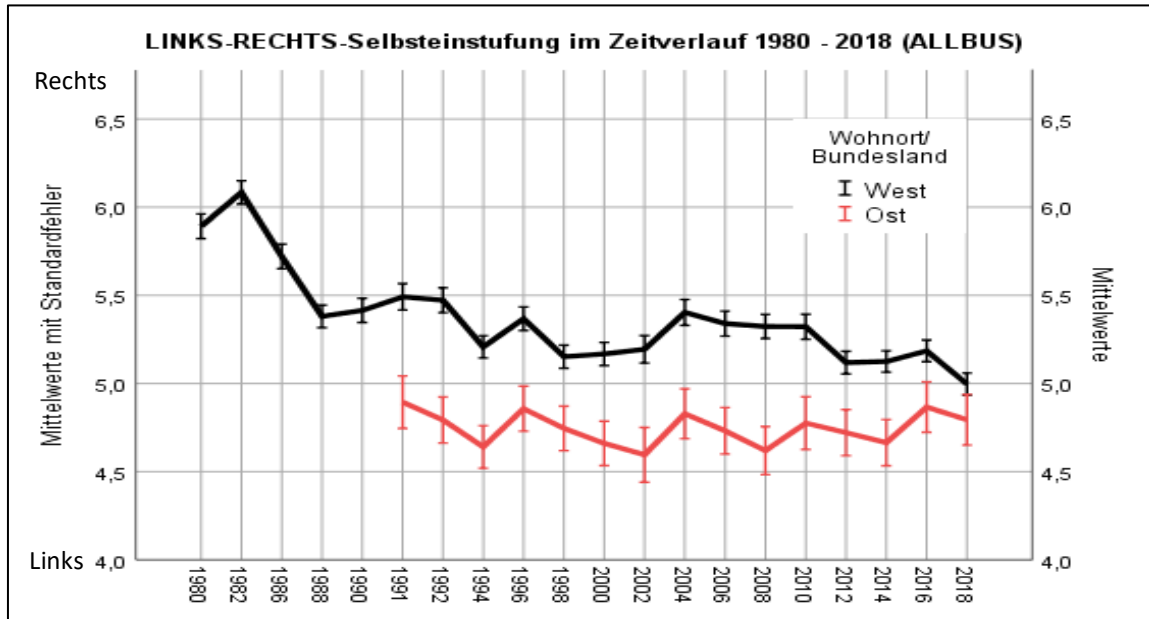
Anmerkung: Daten für die Jahre 1976, 1990, 1995 stammen aus dem Allensbacher Archiv. Die Prozentsätze für das Jahr 2008 basieren auf Ergebnissen der letzten Europäischen Wertestudie (EVS) 2008; N = 1.754 für Deutschland.

„Es entbehrt nicht einer gewissen Logik, dass die westlichen Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts an einem Punkt angelangt sind, an dem nicht etwa eine völlige Gleichheit der Bürger erreicht ist, an dem aber das moralische Versprechen von Gleichheit allgemeine Anerkennung findet. Ein Hartz-IV-Empfänger aus Mannheim ist einem Millionär aus Bad Homburg nicht gleich, was seinen Kontostand anbelangt. Mittlerweise haben sich weite Teile der Gesellschaft aber darauf geeignet, dass er ihm als Bürger gleichgestellt ist“... „Wer aber verstehen will, weshalb AfD-Mitglieder der Meinung sind, der Vorwurf des Anti-Demokratentums und des Rechtsextremismus betreffe sie nicht, für den lohnt es sich, diesen Gedanken weiter zu verfolgen. Rechtsextremisten wollen die Gleichheit aufgrund von explizit tyrannischen Absichten beseitigen. Solche gibt es auch in der AfD, aber sie sind nicht die Regel. Viele AfD-Anhänger wollen die Zumutung beseitigen, die es für ihr Leben bedeutet, die Gleichheit der anderen zu ermöglichen. Dabei ist es nicht die Gleichheit der anderen an sich, die sie als Zumutung empfinden. Wenn die AfD-Anhänger sagen, dass Muslime ihren Glauben doch im Privaten leben können, dann meinen sie das so - es ist ihnen egal, dass Muslime diesen Glauben haben und ihn praktizieren, solange sie selbst nicht betroffen sind. Was sie stört, ist das Einfordern von Toleranz für die anderen durch eine Obrigkeit. AfD-Anhänger sagen nicht: ‚Ich hasse Griechen und Flüchtlinge, ich will diese Menschen schlechterstellen‘. Sie sagen: ‚Ich soll Steuern zahlen für die Griechen und Flüchtlinge? Falsch gedacht! Ich muss gar nichts‘... Solche Aussagen sind denen von Rechtsradikalen der vergangenen Jahrzehnte sehr ähnlich. Man denke nur an die Republikaner. Aber sie haben auch etwas Neues an sich. Das neue ist der immer wiederkehrende emanzipatorische Duktus, die Befreiungsrhetorik, die überall mitschwingt“ (Bender 2017, S. 34ff)

Wie werden die politischen Parteien von der Bevölkerung auf der L-R-Skala verortet und wie schätzen die Wähler selbst ihren politischen Standort ein? (s. Abbildungen 1-4 und Tabelle 2)

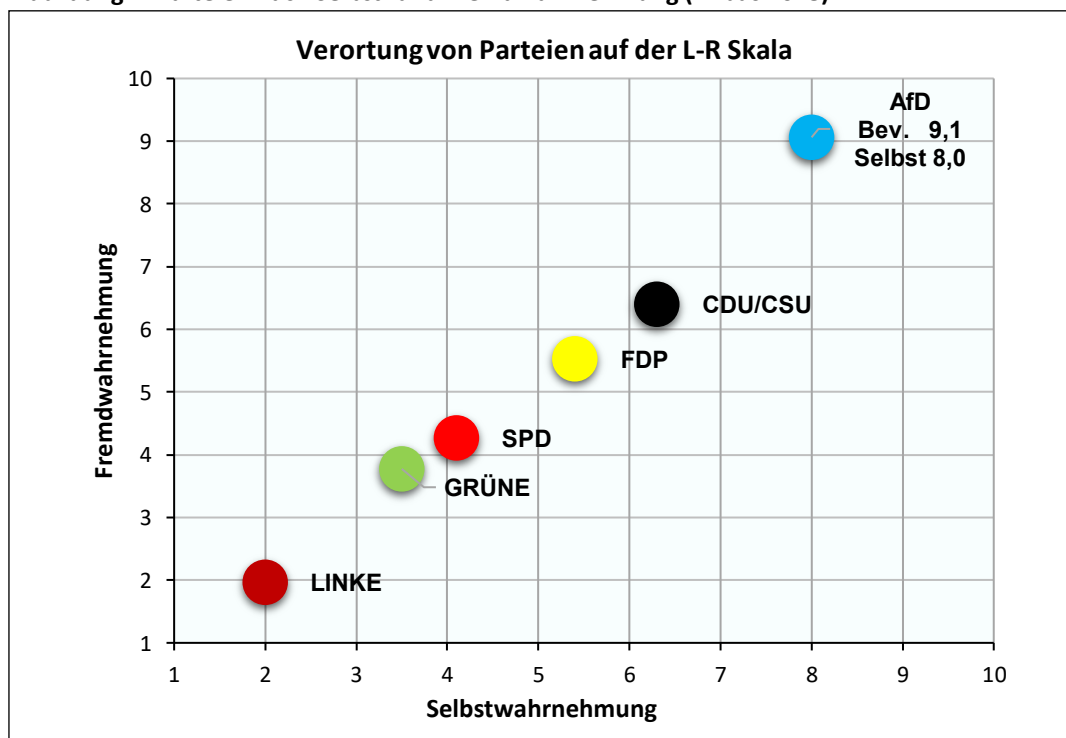
Aus ALLBUS-Daten über einen Zeitraum von fast 40 Jahren ist ablesbar, dass die Deutschen auf der 10-stufigen Links-Rechts-Skala nach links gerückt sind, d.h. im Mittel von 6.1 auf 5.0. Ostdeutsche stufen sich seit der Wiedervereinigung stetig „linker“ ein (s. Abbildung 1). Hervorzuheben ist die Einschätzung der Parteien durch die Bevölkerung (s. Abbildungen 2 und 3). Im Jahr 2008 wurde die CSU mit einem Mittelwert von 7.0 als deutlich rechts stehend eingestuft, im Vergleich zur Partei DIE LINKE, welche erwartungsgemäß markant links platziert wurde (M = 1.8). CSU, CDU und FDP stuft die Bevölkerung 2008 als mehr oder weniger „rechte“, SPD und GRÜNE als „linke“ Parteien ein.

Abbildung 1: Links-Rechts-Selbsteinstufung 1980 – 2018 (Allbus)



Zehn Jahre später (2018) hatte sich die Einschätzung nur für die CDU signifikant verschoben; sie war weiter nach links gerückt, während die anderen Parteien ihre relative Position von 2008 beibehielten. Da die AfD erst 2013 gegründet wurde, liegen nur Daten aus dem Jahr 2018 vor. Aus Wahrnehmung der Gesamtbevölkerung (2018) ist die AfD eindeutig rechtsorientiert ($M = 9,1$).

Abbildung 2: Parteien nach Selbst- und Fremdwahrnehmung (Allbus 2018)

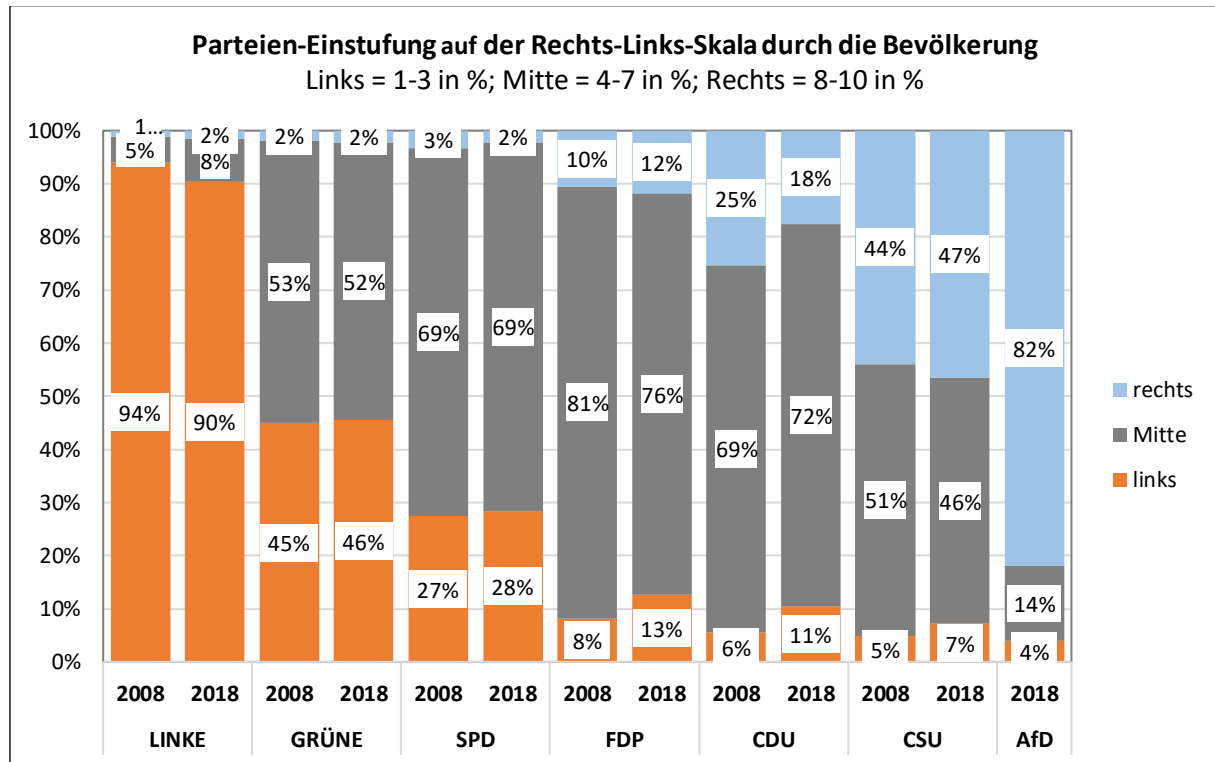


Quelle: Allbus 2018, eigene Berechnung

Werden die Extrema der L-R-Skala zusammengefasst, so ergibt sich ein klareres Bild. Das eindeutige Image der AfD aus Sicht der Bevölkerung lautet: eine äußerst rechte Partei. Acht von 10 Befragten benutzen die Stufen 8-10. Dagegen stuft sich mehr als die Hälfte der AfD-Anhängerschaft eher in der Mitte ein wie die Ergebnisse in Abbildung 4 und Tabelle 2 dokumentieren. Die Etikettierung von AfD wie auch CSU als rechte Parteien bedeutet nicht, dass AfD- und CSU-Sympathisanten/Wähler gleiche oder ähnliche

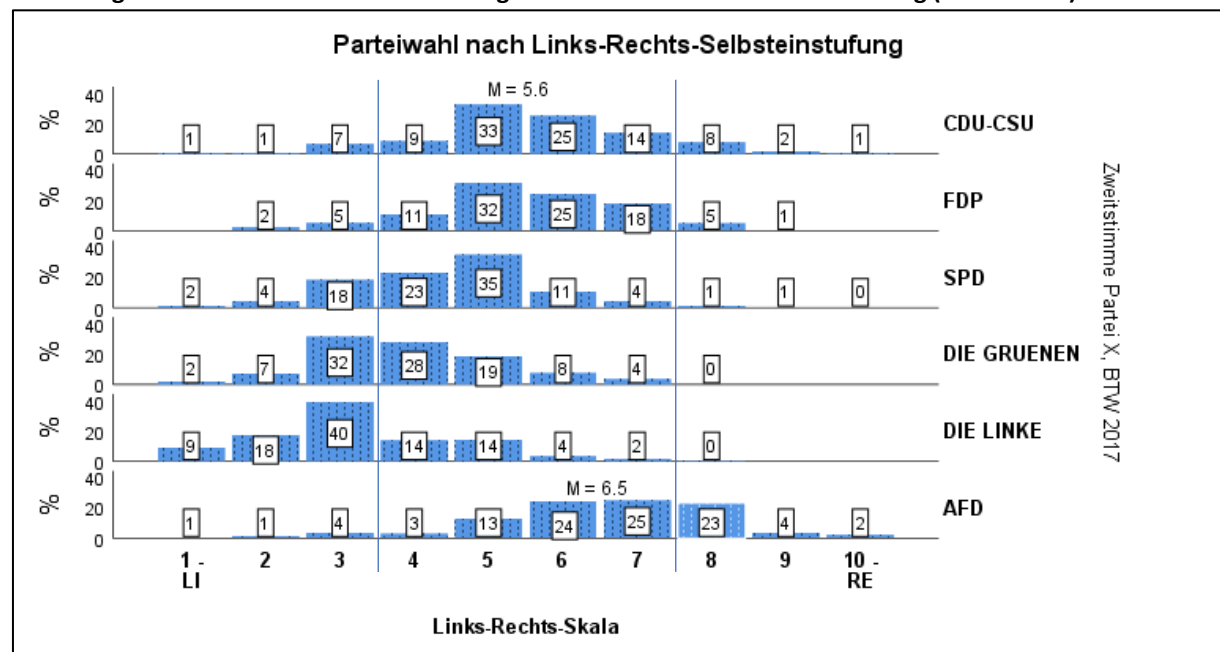
politische Einstellungen teilen. Es handelt sich bei der L-R-Einstufung offensichtlich um eine Stereotypisierung von Parteien. Gegen die Verwendung der L-R-Skala lässt sich einwenden, dass die Antworten von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst werden können wie Wahrnehmung der Mehrheitsmeinung, subjektive Parteieinschätzung oder die vom Befragten selbst präferierte Partei (siehe Arzheimer, 2006).

Abbildung 3: Parteieinstufung durch die Bevölkerung (3 Kategorien), 2008 und 2018



Quelle: Allbus 2018, eigene Berechnung

Abbildung 4: Zweitstimme bei der Bundestagswahl 2017 nach L-R-Selbsteinstufung (Allbus 2018)



Quelle: Allbus 2018, eigene Berechnung

Tabelle 2: Parteipräferenz, BTW 2017 und zukünftige Wahlabsicht nach L-R-Selbsteinstufung

Erhebungsjahr 2018	LINKS-RECHTS-SELBSTEINSTUFUNG			
		Links	Mitte	Rechts
ALLBUS – Daten 2018 (N = 3.288)		Skala 1-3	Skala 4-7	Skala 8-10
Links-Rechts-Selbsteinstufung	Zeilen (%)	21%	72%	7%
Parteipräferenz des/der Befragten	DIE LINKE	83%	17%	0%
Zweitstimme letzte Bundestagswahl (2017)	DIE LINKE	66%	33%	0%
Wahlabsicht nächste Bundestagswahl	DIE LINKE	68%	31%	0%
Parteipräferenz des/der Befragten	CDU-CSU	8%	80%	12%
Zweitstimme letzte Bundestagswahl (2017)	CDU-CSU	9%	81%	10%
Wahlabsicht nächste Bundestagswahl	CDU-CSU	9%	81%	10%
Parteipräferenz des/der Befragten	AFD	4%	57%	39%
Zweitstimme letzte Bundestagswahl (2017)	AFD	6%	65%	29%
Wahlabsicht nächste Bundestagswahl	AFD	4%	63%	33%

Quelle: Allbus 2018, eigene Berechnung

2. Was sagen andere Parteien über die AfD?

Aus Sicht der Partei *DIE LINKE* ist die AfD inzwischen insgesamt als Partei der extremen Rechten einzuschätzen (siehe Beschluss 2018/054 vom 7.4.2018 - Stoppt die AfD! Unsere Alternative heißt soziale Gerechtigkeit).

„Ein reaktionäres, autoritäres und völkisch-nationales Gesellschaftsbild mit stark rassistischer und frauenfeindlicher Stoßrichtung entwickelte sich zu ihrem prägenden Merkmal. Sie [die AfD] setzt auf Hetze gegen Geflüchtete und Muslime. Ihre unterschiedlichen Spektren vereint ein aggressiver Nationalismus, der eine vorgestellte nationale Gemeinschaft höher bewertet als Klasseninteressen und demokratische Grundrechte. Damit ist sie keine demokratische, sondern eine faschistische Partei im Werden – und ihr sollte entsprechend begegnet werden“.

Die SPD beurteilt die AfD im Faktencheck wie folgt (siehe <https://www.spd.de/faktenfunk/motive/>):

„Was die AfD sagt: sie sei konservativ-bürgerlich, sie stehe zur FDG. Was stimmt:

- Die AfD hetzt gegen MigrantInnen, Homosexuelle, Feministinnen und Menschen mit Behinderung;
- Sie bedroht Andersdenkende, PolitikerInnen und JournalistInnen;
- Sie verharmlost den Nationalsozialismus und will das Gedenken an den Holocaust beenden;
- Sie verleumdet kritischen Journalismus als ‚Lügenpresse‘ und will Pressefreiheit einschränken;
- Die AfD versammelt bis in ihre Spitzen Rechtsradikale und wird vom Verfassungsschutz geprüft.

... Eine bürgerliche Partei steht für Zusammenhalt. Die AfD spaltet. Sie ist anti-bürgerlich“...“Indem sich die AfD ‚bürgerlich‘ nennt, will sie über ihre eigentlichen Ziele hinwegtäuschen und sich wählbar machen für den Teil der Bevölkerung, der eigentlich keine Berührungspunkte mit rechtsradikalen, rechtsextremen oder rechtsnationalen Positionen hat“.

3. Was will die AfD? – Analysen und Deutungen der Programmatik

Vor der letzten Bundestagswahl 2017 fragten Journalisten bei der AfD sowie anderen Parteien an: *Wofür steht die Partei? Was sind die drei wichtigsten Wahlkampfthemen?* Die Antworten der AfD-Pressestelle lauteten kurz und bündig: *„Die AfD ist bürgerlich-realistisch, weltoffen und patriotisch. Die AfD ist die einzige Opposition gegen humanitäre Amokläufe“.* Antwort zu Frage zwei: *„Grenzen kontrollieren, Einwanderungsregeln schaffen und Asylanten ohne Flüchtlingsstatus ausweisen“.*

Hält man das, was im Grundsatz- und Wahlprogramm der AfD (2016/2017) formuliert wurde, für Wahrheit und nicht für Propaganda, dann ist die AfD eine liberal-konservative Partei, eine Partei in der demokratischen Mitte. In der Präambel (S.1) des GP heißt es u.a.: *„Wir sind Liberale und Konservative. Wir sind freie Bürger unseres Landes. Wir sind überzeugte Demokraten... Als freie Bürger treten wir ein für direkte Demokratie,*

Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, Subsidiarität, Föderalismus, Familie und die gelebte Tradition der deutschen Kultur... In der Tradition der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren wir mit unserem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa souveräner demokratischer Staaten zu schaffen... Unsere Ziele werden Wirklichkeit, indem wir den Staat und seine Organe wieder in den Dienst der Bürger stellen“.

Die Sprachwissenschaftlerin Heidrun Kämper⁷ vom Institut für Deutsche Sprache präsentierte 2017 eine differenzierte und überzeugende Analyse des AfD-GP auf Basis von „polito-linguistischen“ Kriterien und Erkenntnissen. Kämper hebt u.a. die auffällige sprachliche Manifestation des vergangenheitsorientierten Denkens in der AfD hervor. So werde z.B. das Wörtchen „wieder“ im GP immer wieder benutzt⁸ - Beispiele: *Nationale Souveränität wiederherstellen (S. 15), den früheren Status Quo des Abstammungsprinzips wieder einführen (S. 18), Wehrpflicht wieder einsetzen (S. 22), Organe und Institutionen des Staates [müssen] sich wieder an das Recht halten (S. 16), Gleichberechtigung muss wieder Chancengleichheit bedeuten (S. 44), Studienabschlüsse müssen wieder klare Inhalte vermitteln (S. 37), dem Grundrecht zur freien Meinungsäußerung muss wieder zur uneingeschränkten Geltung verholfen werden (S. 42), usw.* Der häufige Gebrauch des Wortes *wieder* werde im Sinne einer restituierenden Bedeutung verwendet.

Grundsatzprogramme – so Kämper – würden auch in Sprache gefasste Menschenbilder widerspiegeln. Das „Eigene und das „Fremde“ sei die politische Leitidee des AfD-Menschenbildes. Herabstufung des „Fremden“ bewirke eine Erhöhung des „Eigenen“. Die Ausdrücke *deutsch* bzw. die von der AfD dafür verwendeten Ausdrucksalternativen *unser* und *einheimisch* hätten eine limitierende Funktion. Das Eigene werde als ethnisch motiviert konzipiert. „Ethnizität hat bei der AfD hohe Relevanz“ und *deutsch* werde als Wert-, Differenz-, und Ausschlussbegriff benutzt. *„Die Ethnie als solche wird bezeichnet mit Kollokationen wie deutsches Volk oder deutschstämmige Frau“... „Der Rassismus »deutschstämmige Frau« hingegen ist im Programm der AfD als Qualifizierungsmerkmal zu lesen: Dass die Geburtenrate unter Migranten mit >1,8 deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur (AfD 2016, S. 28). Die von einer deutschstämmigen Frau geborenen Kinder haben aus Sicht der AfD einen höheren Wert als Kinder, deren Eltern eine Migrationsgeschichte haben. Deshalb wertet die AfD die höhere Geburtenrate bei Menschen mit Migrationsgeschichte nicht als Beitrag zum Erhalt Deutschlands, sondern im Gegenteil – aufgrund kultureller Minderwertigkeit – als Beitrag zu dessen weiterem Niedergang“.*

Die Autorin kommt zu folgendem Fazit: *„Die politische Linguistik kann den Rechtspopulismus der AfD (sprach)analytisch abgeleitet als das darstellen, was er ist: im Widerspruch mit den demokratischen Werten, der sozialen Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Ausgleichs stehend, ein Menschenbild dokumentierend, das nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, weil es nicht von der Gleichheit der Menschen ausgeht; eine vertikalisierte Gesellschaft bedienend, die nicht eine Gesellschaft des sozialen Ausgleichs und der Chancengleichheit ist, sondern eine hierarchisierte Gesellschaft von Klassen und Kompetenzen mit unterschiedlicher Wertigkeit“.*

Everhard Holtmann (2018), der Bücher zum Populismus verfasst hat, beurteilt die Programmatik der AfD wie folgt: *„Insgesamt gesehen, liest sich die Programmatik der AfD wie ein nicht enden wollender Aufruf zur Gefahrenabwehr. Bedroht sind unter anderem das eigene Volk, der Nationalstaat, das Bargeld, der Waffenschein für gesetzestreue Bürger, deutsche Sprache, Musik und Literatur, deutsche Grenzen, die traditionelle Ehe und die »normale« Familie, ungeborenes Leben, unser Gesundheitssystem, der Tierschutz oder auch altes Saatgut (»Alte Kultursorten erhalten«). Unsicherheit allenthalben, die sich aus der Umwertung tradierter Werte, der Untergrabung bewährter Lebensweisen und Wirtschaftsformen sowie der Aushöhlung hergebrachter Institutionen speist. In diesen Zeiten der Not sieht sich die AfD als Turmwächter des Volkes, dessen Interessen mittels einer Mischung nationalkonservativer, sozialchauvinistischer und gesellschaftspolitisch rückwärtsgewandter Vorstellungen gewahrt werden sollen“.*

⁷ siehe Leibniz-Institut der Deutschen Sprache. IDS Sprachreport 2/2017, Mannheim.

⁸ Eine eigene Auszählung des Wortes *wieder* im Grundsatzprogramm der AfD ergab eine Trefferquote von 71 auf insgesamt 95 Seiten. Wörter wie *Solidarität* und/oder *solidarisch* erzielten dagegen 0 Treffer.

Franzmann und Lewandowsky (2020) ließen von Studierenden die Parteiprogramme der AfD und 10 weitere Programme rechtspopulistischer Parteien in Europa (z.B. FPÖ, SVP, FN, UKIP) inhaltsanalytisch auswerten mittels eines extensiven Codebuchs und nach intensivem Training der Codierer. Die drei Dimensionen/Oberkategorien des Codebuchs beinhalten: 1) Anti-Establishment-Haltung; 2) Anti-Pluralismus; 3) Volkszentrierung, jeweils mit Unterkategorien.

Hinsichtlich der AfD-Programme stellen die Autoren fest: *„Die AfD ist im internationalen Vergleich deswegen ein solch interessanter Fall, da sie in kürzester Zeit nicht nur einen Großteil ihres Spitzenpersonals austauscht, sondern sich auch von einer anti-europäischen zu einer klassisch-rechtspopulistischen Anti-Migrationspartei gewandelt hat“... Der Wunsch nach ‚kultureller Schließung‘ dominiert spätestens seit der Bundestagswahl 2017 die Agenda der AfD und ihrer Wählerschaft, ganz unabhängig von der populistischen Einbettung. Unsere Daten geben aber auch genau diesen thematischen Wandel wieder: die AfD weist von 2013 auf 2017 eine enorme Steigerung in der Anti-Pluralismus-Dimension auf“ (S.50).*

4. AfD – Selbst- und Fremdbild

Die AfD sieht sich keinesfalls als rechtsextreme Partei. Das sei doch jüngst (im Juni 2020) eindeutig gerichtlich bestätigt worden, so eine Mitteilung des AfD-Anwalts Dr. Carsten Brennecke:

„Weder die Kanzlerin noch ihre Minister oder die Bundesbehörden dürfen die AfD als rechtsextrem benennen, egal ob in Stellenanzeigen oder anderswo. Die BRD muss sicherstellen, dass alle Bundesbehörden hierüber offiziell informiert werden, damit es zu keinen weiteren Rechtsverletzungen kommt. Andernfalls wird eine Vertragsstrafe fällig“. (www.hoecker.eu)

Anlass für die Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung war eine BKA-Stellenanzeige für Mitarbeiter im Bereich Rechtsextremismus im Kurznachrichtendienst Twitter mit einer Abbildung des AfD-Twitter-Accounts, der das blaue AfD-Logo und den Spruch „Mut zur Wahrheit“ enthielt.

Die AfD selbst geriert sich gern als populistische Partei, wird aber von ihren politischen Gegnern oft als rechtspopulistische oder rechtsextremistische Partei dämonisiert, die vom Verfassungsschutz beobachtet gehört. Tatsächlich wurde die gesamte AfD Brandenburg am 12.6.20 von der dortigen Verfassungsschutzbehörde als "Beobachtungsobjekt im Status des Verdachtsfalls" eingestuft mit der Begründung, dass hinreichende Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen vorliegen würden. Der BB Innenminister sagte in einer Presseerklärung vom 12.6.20: „In der Brandenburger AfD ist der ‚Flügel‘ längst der ganze Vogel“. Der rechtsextreme Politiker Andreas Kalbitz, der dem völkischen rechtsradikalen Parteiflügel um Björn Höcke angehörte, wurde am 15.5.20 von der AfD ausgeschlossen, und er legte daraufhin am 18.8.20 sein Amt als Brandenburger AfD-Fraktionsvorsitzender nieder. Björn Höcke meinte zur Auflösung des AfD-Flügels in einem Interview des MDR am 25.8.20: Das Netzwerk gebe es zwar nicht mehr, doch die politischen Einstellungen würde noch existieren: *„Wir haben Freundschaften begründet, und natürlich gibt es diese Freundschaften heute noch. Die Personen sind noch in der AfD. Ich denke, dass sie ihre politischen Überzeugungen nicht abgegeben haben... Der Geist des Flügels und des solidarischen Patriotismus, wie er gerade in der Thüringer AfD gepflegt wird, das ist etwas, was weiter wichtig ist für die Partei“*. Ein Zeichen für die weitere Radikalisierung der AfD: Anfang 2021 stufte der Verfassungsschutz des Landes Sachsen-Anhalt den AfD-Landesverband als „Verdachtsfall“ ein. Damit ist es möglich, die AfD in Sachsen-Anhalt mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten, u.a. auch den E-Mail-Verkehr der Partei zu überwachen.

Das Buch von Justus Bender (2017) enthält wenig Fakten über die Programmatik und Wählerschaft der AfD, dafür sehr viel Insider-Wissen zu Denkweisen und existentiellen Ängsten von Funktionären, zu innerparteilichen Konflikten. Bender analysiert kritisch und vorurteilsfrei - teils philosophierend, teils psychologisierend – die wichtigsten Funktionäre und Vordenker der AfD wie Kubitschek und Jonge. Er beschreibt detailliert das naive Verständnis von Rede- und Meinungsfreiheit der AfD, die ständigen Querelen und Grabenkämpfe in der Partei, die Sehnsucht der AfD nach Befreiung von vermeintlichen Tyrannen wie der EZB, der Bundeskanzlerin und der „Lügenpresse“.

Auf die Frage, was für eine Partei ist denn nun die AfD – ist sie rechtsradikal, rechtsextrem(istisch) oder rechtspopulistisch –, erhält der Leser keine eindeutige Antwort vom Kenner der AfD. Nur an einer Stelle

seines Buches (S. 11) sagt Bender mehr oder weniger explizit, dass es sich bei der AfD um eine rechtspopulistische Partei mit radikalen Strömungen handelt. Bender definiert (S.118): *„Rechtsradikale sind Menschen, die eine rechte Politik in besonders fundamentaler Weise und besonders kompromisslos betreiben. Es sind aber nicht notwendigerweise Menschen, die dabei unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnen, solche Menschen bezeichnet man als Rechtsextreme. Rechtsradikale sind also keine Rechtsextremen. Sie sind aber auch keine Rechtspopulisten, denn deren Weltverständnis ist eher von Stimmungen geprägt als von Ideologie. Rechtspopulisten wollen die Bauchgefühle einer vermuteten Mehrheit des Volkes von der Belästigung durch Andersdenkende befreien. Bei Rechtspopulisten können Positionen, die traditionell links oder rechts waren, durcheinanderpurzeln, ohne dass die Betroffenen so etwas wie eine Dissonanz empfinden“*.

Laut Bender ist die AfD „die erste wirkliche Internetpartei der deutschen Geschichte“. Sie nutzt das Internet auf drei Weisen: 1) Zur Vernetzung der Gleichgesinnten, die früher nur schwer zueinander gefunden haben („in Sachsen-Anhalt hat die AfD 470 Mitglieder; 50 sind Abgeordnete auf kommunaler Ebene, 25 sitzen im Landtag. Ohne das Internet hätten sich die 470 Mitglieder unter den mehr als 2 Millionen Menschen in Sachsen-Anhalt wohl nie zusammengefunden“); 2) Im Internet ist Populismus keine Ausnahme, sondern die einzig mögliche Form der Massenkommunikation; das habe den Stil der Auseinandersetzungen in der Partei geprägt. 3) Das Internet ist ein Ort der Enthemmung und Radikalisierung, unabhängig von der AfD. (S. 55-63).

5. AfD – extremistisch, populistisch, nationalradikal?

Definitionen zu politischem Extremismus sind vielfältig und vieldeutig. Arzheimer (2006, S. 253 ff.) hat drei Ansätze herausgearbeitet, welche seiner Auffassung nach die empirische Forschung zum *Extremismus* beeinflusst hätten:

- Extremismus als ein Sammelbegriff für die politischen Kräfte an den Enden des Rechts-Links-Spektrums. „Extremistische Gruppierungen, Ideologien und Personen zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie innerhalb ihres jeweiligen politischen Systems eine Außenseiterposition einnehmen. Extremistisch ist damit beinahe ein Synonym für ‚nicht etabliert‘ und entspricht in etwa der im deutschen Sprachraum üblichen Verwendung des Begriffs radikal“.
- Ein zweiter Ansatz geht auf Lipset und Raab zurück, die Extremismus im Wesentlichen als Antipluralismus definierten: „The operational heart of extremism is the repression of difference and dissent, the closing down of the marketplace of ideas“. Extremismus könne mit jeder Position auf der Links-Rechts-Achse verbunden werden. Für Seymour Lipset gibt es deshalb auch einen „Extremismus der Mitte“.
- Backes und Jesse verstehen unter Extremismus „Organisationen, Ideologien, Handlungen und Personen, die sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat bzw. gegen den Kernbestand des Grundgesetzes wenden, nämlich die vom Bundesverfassungsgericht konkretisierte freiheitlich demokratische Grundordnung“. Extremismus könne nach diesen Autoren nur an den Rändern des politischen Spektrums auftreten, da dort das Gleichheitsprinzip entweder absolut gesetzt (Linksextremismus) oder gänzlich negiert wird (Rechtsextremismus).

Zu den Begriffen von Radikalismus und Populismus meinte Arzheimer im Jahr 2006: *„Das Konzept des Radikalismus hat als eigenständiger Begriff in der Forschung erheblich an Bedeutung verloren; das weitergefasste und in vielerlei Hinsicht sehr diffuse Konzept des Populismus hat sich bislang nicht durchsetzen können. Ein großer Teil derer, die in der empirischen Forschung tätig sind, neigt ohnehin zu einer sehr pragmatischen Position und hat deshalb an der Diskussion über Begrifflichkeiten ein geringes Interesse“*.

Schroeder et al. (2020) präsentieren in ihrer Studie „Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts“ die folgende Tabelle zur Unterscheidung von Extremismus und Populismus und erläutern dazu: *„Angesichts des derzeit inflationären Gebrauchs des Populismusbegriffs und der diskursiven Unschärfe zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ist aber eine konzeptionelle Differenzierung der Begriffe angezeigt. So kursieren in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung unterschiedlichste Definitionen von Populismus, changierend zwischen Strategie und „dünner“ Ideologie – also zwischen Form (im Sinne bestimmter Kommunikationsformen) und Inhalt (im Sinne bestimmter programmatischer Kernbestandteile). Auf der einen Seite wird Populismus*

als eine Politik simplifizierender Antworten, als reines Protestphänomen oder politischer Stil verstanden. Auf der anderen Seite wird mitunter diskutiert, ob es sich nicht auch um einen als Populismus getarnten Extremismus handeln könnte, der als „Rechtsextremismus light“ verstanden werden müsse“.

Unterscheidungskriterien zwischen Extremismus und Populismus		
	Extremismus	Populismus
Ideologieform	Geschlossene Ideologie, antipluralistisch, gegen liberale Demokratie	Ideologische Flexibilität, kollektive Identitätspolitik, antipluralistische und anti-liberale Elemente
Oppositionsstrategie	Anti-System-Haltung	Anti-Establishment-Haltung (systemimmanent)
Ausgestaltung/Struktur des politischen Systems	Diktatur, autoritäre Herrschaft	Formen direkter Demokratie, Stärkung präsidentieller Elemente, Schwächung der Gewaltenteilung
Strategie des Machterwerbs	Gewalt, Putsch, Einschüchterung	Parlamentarismus, Straße, Internet
Quelle: in Anlehnung an Rensmann 2006: 69; eigene Darstellung.		

Quelle: Schroeder, W. et al. (2020). Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts, S. 10, Tab. 1

Holtmann (2018) zählt folgende wiederkehrende Grundzüge der rechtspopulistischen Ideologie auf: „*erstens* eine homogene Vorstellung von »Volk«, die in Deutschland traditionell deutschvölkisch unterlegt ist; *zweitens* eine neonationalistische Rückbesinnung auf den Vorrang »des eigenen Volkes«; *drittens* eine Vorliebe für plebiszitäre politische Partizipation und, damit einhergehend, die Anlehnung an ein identitäres Demokratie-Modell, womit die freiheitsverbürgende Idee der Demokratie faktisch ins Gegenteil verkehrt wird; *viertens* schließlich die politische Kriegserklärung an die etablierten Machteliten, wofür die dichotomische Unterscheidung zwischen »denen da oben« und »uns hier unten« bemüht wird.

Heutzutage ist der schillernde Begriff „Populismus“ und seine Messungen in aller Munde, zumindest bei Journalisten und Politikern. Mudde (2007) identifizierte 22 verschiedene Populismusbegriffe. Populismus scheint zu einem Schlagwort des 21. Jahrhunderts zu werden, wenngleich der Begriff immer noch ein diffuses „Chamäleon-artiges“ Konzept umschreibt. Die Suche bei Google nach Populismus durch diesen Autor ergab Anfang 2020 1,98 Mill. Einträge - für Rechtspopulismus waren es 788.000 und für Linkspopulismus deutlich weniger – 81.800. Empirische Studien bzw. „Messungen“ des Populismus nehmen zu, wie die Populismusbarometer der Bertelsmann Stiftung (2020) oder die Studie von Franzmann und Lewandowsky (2020) belegen.

„Populismus empirisch und auch normativ dingfest zu machen, führt in die Irre“ meinte Jan-Werner Müller (2015), der Theorie und Ideengeschichte an der Princeton Universität lehrt, in einem Essay für den Schweizer Monat.⁹ Müllers Begründungen:

(1) Politische Ideologien ließen sich nicht anhand von Wählerprofilen verstehen. Die Behauptung, es seien vor allem Kleinbürger (lower middle class oder classes populaires), welche den Populisten ihre Stimme gäben, stimme nicht immer und sei reduktiv: „Häufig sind es gerade die Erfolgreichen – die Parvenüs – die Parteien wählten, welche sich plausibel als populistisch verstehen ließen. Sollte man etwa die Sozialdemokratie exklusiv über Arbeiterschaft und Liberalismus als reinen Ausdruck von Mittelstandsinteressen definieren?“

(2) Ähnlich eindimensional sei auch eine Diagnose, die sozialpsychologisch daherkomme. „Der Populismus, so eine These, sei vor allem für Modernisierungs- oder auch Globalisierungsverlierer attraktiv. Es seien Menschen

⁹ Müller, J.W. (2015). Was ist ein Populist? Essay für den Schweizer Monat (Ausgabe August 1027). <https://schweizermonat.ch/was-ist-ein-populist/>.

mit Ängsten – vor allem Abstiegsängsten, welche die Politik, ernst nehmen müsse. „Wobei es immer um die Gefühle, nie um die Gedanken dieser Menschen geht. Sie brauchen eigentlich Therapien, keine Argumente – eine vermeintlich fürsorgliche Von-oben-herab-Haltung. Doch wer sich von existierenden Eliten wirklich nicht ernst genommen fühlt, wird sich wohl kaum eben bei diesen Eliten in Polittherapie begeben“.

(3) Die Behauptung, der Populismus sei eine Sache vereinfachender, wenn nicht gar von vornherein verantwortungsloser Politik, so Müller, ist in gewisser Hinsicht ähnlich herablassend wie jene fürsorgliche Von-oben-herab-Haltung. „Dass mancher Politiker unterkomplexes Politik- und vor allem Wirtschaftsverständnis an den Tag legt, lässt sich kaum bestreiten“. Müller zitiert in diesem Zusammenhang Ralf Dahrendorf, den berühmten Soziologen und Politiker, der schon 2003 acht kritische Anmerkungen zum Populismus machte. Dahrendorf erklärte u.a.: *„Populismus ist einfach, Demokratie ist komplex: das ist am Ende vielleicht das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zwischen den beiden Formen des Bezuges auf das Volk. Populismus beruht auf dem bewussten Versuch der Vereinfachung von Problemen. Darin liegt sein Reiz und sein Erfolgsrezept. Das Verbrechen nimmt überhand? Wir müssen härter durchgreifen. Es kommen zu viele Asylanten ins Land? Man muss ihnen den Zugang versperren. Der globale Kapitalismus macht uns arm? Man muss seinen Protagonisten die Flügel stutzen. So einfach ist das. Aber es ist eben nicht so einfach. Wenn Populisten regieren, merken sie das. Dann stehen sie ratlos vor der Komplexität. Sie treffen noch ein paar symbolische Entscheidungen – eine Verstärkung der Polizei, ein Gefängnis für illegale Zuwanderer, eine Rede in Porto Allegro und nicht in Davos -, aber damit hat es sich dann auch. Das Gestrüpp der Probleme bleibt, ein Dickicht ohne Schneisen, eine Aufgabe für härtere Figuren als Demagogen. Mit Komplexität leben zu lernen – das ist vielleicht die größte Aufgabe demokratischer politischer Bildung“*. Müller stellt die These auf, dass nicht jede Kritik an Eliten populistisch sei: „Zum antielitären muss noch ein antipluralistisches Element hinzukommen“.

Viele Populismusforscher stützen sich mehr oder weniger auf eine von Mudde und Kaltwasser (2019, S.25) vorgeschlagene Definition: *„Populismus ist eine dünne Ideologie, nach der die Gesellschaft letztlich in zwei homogene antagonistische Lager gespalten ist, „das anständige Volk“ und „die korrupte Elite“ und Politik ein Ausdruck der volonté générale (Gemeinwillen) des Volkes sein sollte“*. Dünn sei die Ideologie des Populismus nach Mudde und Kaltwasser, da sie im Gegensatz zu den „dicken“ oder „vollständigen“ Ideologien wie Faschismus, Liberalismus, Sozialismus immer mit anderen Ideologien verhaftet sei. „Er [der Populismus] braucht diese, um politische Projekte voranzutreiben, die in einer breiten Öffentlichkeit Zuspruch finden. Daher kann der Populismus allein weder komplexe noch umfassende Antworten auf politische Fragen geben, die sich in modernen Gesellschaften stellen“.

Populistische Einstellungen sind – so viele Autoren - entlang des gesamten ideologischen Links-Rechts-Spektrums zu finden. Lateinamerika hat die längste Tradition an linkspopulistischen Protestbewegungen und Parteien. In Europa können die spanische *Podemos* und die griechische *Syriza* dem Linkspopulismus mit einer Anti-Establishment-Politik zugeordnet werden. Manche Politikwissenschaftler (siehe PopList, <https://populist.org>) zählen auch die deutsche LINKE zu den linkspopulistischen Parteien - wegen einer euroskeptischen, antikapitalistischen und auf wirtschaftliche Umverteilung betonenden Politik (Katja Kipping: „Ich bin ein Fan des Linkspopulismus“). Eine Botschaft der Linken: „es gibt eine korrupte politische und wirtschaftliche Elite, die nicht auf die einfachen Bürger hört“. Als erfolgreiche rechtspopulistische Parteien gelten in Europa beispielsweise die schweizerische SVP, die österreichische FPÖ und die deutsche AfD, die der PopList aufgrund ihres Anti-Immigrationskurses, ihrer Law-and-Order-Politik, ihrer Berufung auf einen Volkswillen, und ihrer Abgrenzung zu einer angeblich unehrlichen Elite als rechtspopulistisch klassifizierte.

Die Forscher des Populismus-Barometers (2017- 2020, siehe Bertelsmann Stiftung) operationalisieren ihre acht Items/Aussagen auf Basis von drei den Populismus hypothetisch konstituierenden Dimensionen:

1. Anti-Establishment – eine Ideologie, welche die Gesellschaft in zwei homogene und antagonistische Gruppen unterteilt, das reine Volk gegen die korrupten Eliten.

2. Pro-Volkssouveränität – die Idee und Forderung einer direkten und unmittelbaren Herrschaft des Volkes mit der Forderung, dass wichtige Entscheidungen direkt vom Volk getroffen werden, unmittelbar und ungefiltert durch die Institutionen der liberalen und repräsentativen Demokratie, unverfälscht durch elitäre und partikuläre Parteiinteressen.
3. Anti-Pluralismus – die Idee von Homogenität sowohl der politischen Elite als auch des Volkes, die jeweils als homogene Einheit ohne Differenzierung in heterogene Gruppen oder Individuen gesehen werden.

Die Testkonstrukteure betonen, dass keine der drei Dimensionen allein hinreichend für die Identifikation populistischer Einstellungen sei. Alle drei Dimensionen seien notwendige Bedingungen zur Identifikation von Populismus und müssten gleichzeitig erfüllt sein. „Deshalb gilt in unserem Populismusbarometer nur derjenige als „populistisch“, der allen acht Aussagen „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmt“.

Fraglich ist allerdings, ob es ausreicht, drei Dimensionen des Populismus mit sehr verschiedenen Facetten (Subdimensionen) mit nur 8 Statements verlässlich zu messen, denn auf die drei Dimensionen entfallen jeweils nur 2-3 Items. So gibt es z.B. für die Dimension Volkssouveränität ein Item, dessen Bedeutungsinhalt nicht unproblematisch erscheint: „Wichtige Fragen sollten nicht von Parlamenten, sondern in Volksabstimmungen entschieden werden“. Ist der Wunsch nach mehr Selbstbestimmung des deutschen Volkes in Form von Volksabstimmungen bzw. -entscheidungen gleich populistisch? Sind Schweizer Bürger, die diesem Item vermutlich mehrheitlich zustimmen würden, Anti-Demokraten? Die Schweizer Referendums- und Konkordanzdemokratie funktioniert seit Jahrhunderten vergleichsweise gut, mit oder trotz einer gegenwärtig starken populistischen Schweizer Volkspartei (SVP). Im Grünen-Programm zur Bundestagswahl 1987 war bereits zu lesen: „Wie lange noch sollen Politiker (vor allem Männer) die Möglichkeit haben, über die Existenz oder Nicht-Existenz unserer Zivilisation zu entscheiden? Die parlamentarisch-repräsentative Demokratie braucht eine Ergänzung durch Volksentscheide“. Im Wahlprogramm der Grünen 2017 (S. 148) wurde die Forderung nach direkter Demokratie verschärft: „Demokratie lebt auch vom Vertrauen in die Wähler*innen, deshalb wollen wir GRÜNE Elemente direkter Demokratie auch in der Bundespolitik stärken. Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in die Verfassung einführen“.

Beim Populismusbarometer handelt es sich um eine sehr kurze Skala für ein sehr komplexes und unzureichend definiertes hypothetisches Konstrukt, welches Politikwissenschaftler sehr unterschiedlich definieren. Ein Kritiker der Populismusstudie - Florian Hartleb¹⁰ - sieht die Kriterien der Bertelsmann-Erhebung skeptisch, da „Populismus ein sehr schwammiger Begriff ist; er lässt sich schwer skalieren“. Die Positionierung „pro Volkssouveränität“ sei missverständlich, denn in einer Demokratie gehe die Gewalt nun mal vom Volke aus. Und so sei es erst einmal legitim, mehr direkte Demokratie zu fordern. Außerdem fehle in der Studie die Migrationsfeindlichkeit als ein Merkmal des Populismus.

Auch ein anderer Kritiker des Populismusbarometers, der Extremismusforscher Gideon Botsch¹¹, äußert erhebliche Bedenken, Populismus als Einstellungsmerkmal zu operationalisieren. „Die Begriffsverwirrungen um den Populismusbegriff deuten auf Hilflosigkeit. Offenbar soll mit „Rechtspopulismus“ etwas bezeichnet werden, das irgendwie als rechts und irgendwie als unangenehm wahrgenommen wird. Es ist eine Vermeidungsstrategie: Teile der Öffentlichkeit, auch staatliche Behörden, schrecken davor zurück, von Rechtsextremismus zu sprechen. Rechtspopulismus wird zum Stellvertreterbegriff. Dabei wäre eine Bewertung der AfD mit Blick auf den Rechtsextremismus überfällig“.

Benutzt man ein anderes „Barometer“ zur Erfassung des Populismus, dann erhält man unerwartet ein anderes Ergebnis als jenes der Bertelsmann Stiftung, die 30 Prozent Populisten für 2018 und 21 Prozent für 2020 errechnete. Im Rahmen der German Longitudinal Election Study (gefördert von der DFG) wurden in einer

¹⁰ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article181734452/Bertelsmann-Studie-mit-Schwächen-Populismus-ist-ein-sehr-schwammiger-Begriff.html>.

¹¹ <https://www.pnn.de/wissenschaft/vom-populismus-zum-extremismus-eine-neubewertung-der-afd-ist-ueberfaellig/23195158.html>.

Nachwahlquerschnittsbefragung der BTW 2017 die politischen Prädispositionen und Einstellungen sowie das politische Verhalten der wahlberechtigten Bürger erfragt (N = 2.112 Interviews). Der umfangreiche GLES-Item-pool enthält auch 15 Aussagen zum Populismus (mit 5- statt 4-stufigem Antwortmodus wie beim Populismusbarometer). Vier Populismus-Items der GLES sind identisch mit den 8 Items des Populismusbarometers.

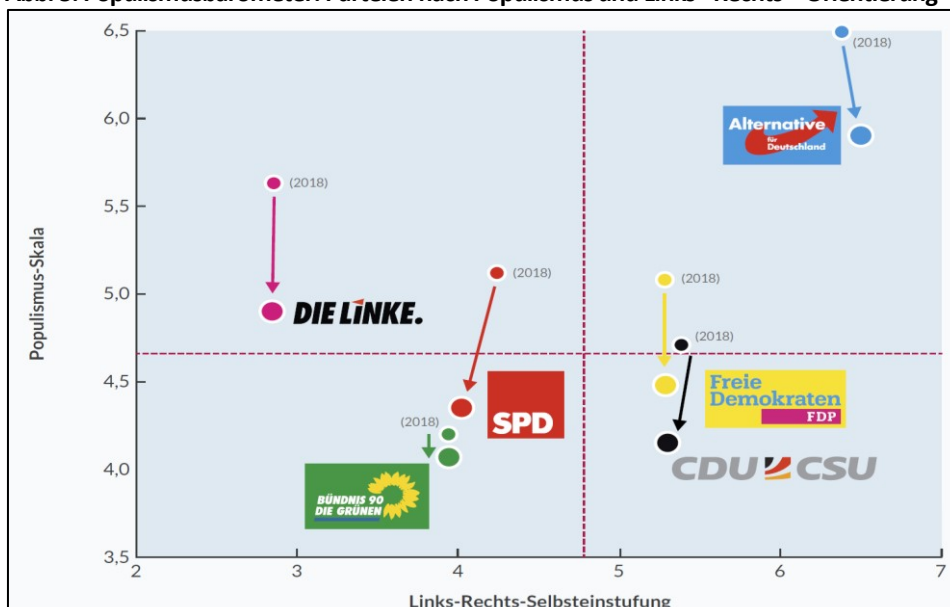
Eigene Berechnungen anhand der GLES-Daten mit 8 testtheoretisch guten Items (Ladungen > .60 auf Generalfaktor und α -Reliabilität = .88) ergaben im Vergleich zum Populismusbarometer ein völlig abweichendes Ergebnis. Allen 8 Aussagen in der GLES stimmten lediglich 5.5% der Interviewten zu, im Vergleich zu 30% (2017), 33% (2018) und 21% (2020) im Populismusbarometer der Bertelsmann-Stiftung.

Damit scheint die Zahl der sogenannten Populisten in Deutschland doch weitgehend unbestimmt. Sind es 30 Prozent auf Basis des Barometers der Bertelsmann-Stiftung (2017) oder nur aufgerundete 6 Prozent auf Datenbasis der GLES (2017)? Aus empirischer Sicht zeigt sich, dass die Skalierbarkeit des Populismus äußerst fraglich ist, auch wenn man sich auf angeblich reliable/homogene Populismus-Skalen stützt. Homogenität der Populismus-Items im statistischen Sinn ist nachrangig gegenüber der Auswahl inhaltlich zutreffender Bedeutungsgehalte und der externen empirischen Validität. Woher wissen die Autoren des Populismusbarometers wie gut ihre Skala das anzeigt, was sie anzeigen soll?

Die Umfrageergebnisse zum Populismusbarometer sind interessant und wichtig, doch in Hinsicht auf das Niveau des Populismus begrenzt, da die Operationalisierung des diffusen Konstrukts in Form von 8 vorformulierten und vereinfachenden Statements (Indikatoren) schwer zu bewerkstelligen ist. Trotz des nicht kalibrierten Populismusbarometers scheinen die folgende Aussagen für die AfD in der Bertelsmann-Studie 2020 (S.12) zutreffend:

Extremer Ausreißer in der deutschen Parteienlandschaft bleibt auch im Jahr 2020 die AfD. Sie besetzt auch weiterhin im rechtspopulistischen Segment der Wählerschaft eine Position, die nach Populismusneigung und ideologischer Orientierung mit Abstand am weitesten von allen anderen Parteien und vom Durchschnitt aller Wahlberechtigten entfernt ist. Mit einem Wert von 5,9 beim Populismus und von 6,5 bei der Rechtsorientierung hat die AfD ihr Alleinstellungsmerkmal als extrem rechtspopulistische Partei sogar noch einmal verstärkt. Eine deutliche Mehrheit (56 Prozent) aller AfD-Wähler ist entweder latent rechtsextrem (27 Prozent) oder sogar manifest rechtsextrem (29 Prozent) eingestellt. Gleichzeitig sind 73 Prozent aller AfD-Wähler entweder klar populistisch (38 Prozent) oder zumindest teils/teils populistisch (35 Prozent) eingestellt. Der Anteil unpopulistisch und zugleich nicht rechtsextrem eingestellter Wähler liegt bei der AfD bei lediglich 13 Prozent. Fast neun von zehn AfD-Wählern (87 Prozent) vertreten also entweder sehr deutlich oder zumindest latent populistische und/oder rechtsextreme Einstellungen“.

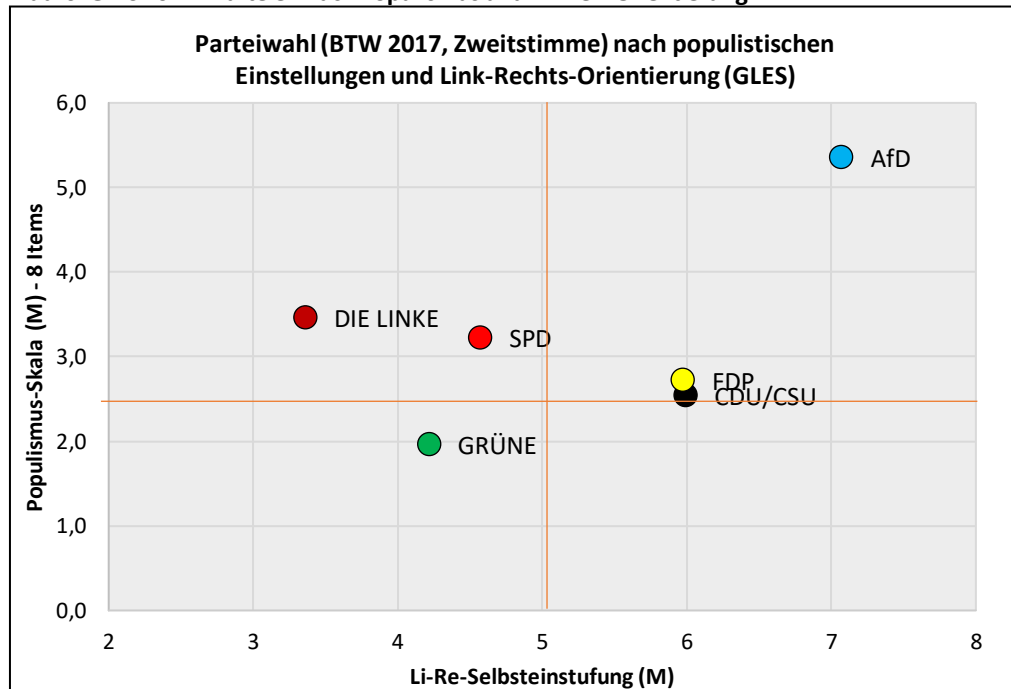
Abb. 5: Populismusbarometer: Parteien nach Populismus und Links - Rechts – Orientierung



Quelle: Populismusbarometer 2020, S. 11. Rote Linien: Durchschnitt aller Wahlberechtigten.

Abbildung 5, welche dem Populismusbarometer 2020 entnommen wurde, verdeutlicht jene Feststellungen. Diese Abbildung kann auch anhand des GLES-Datensatzes eindeutig repliziert werden.

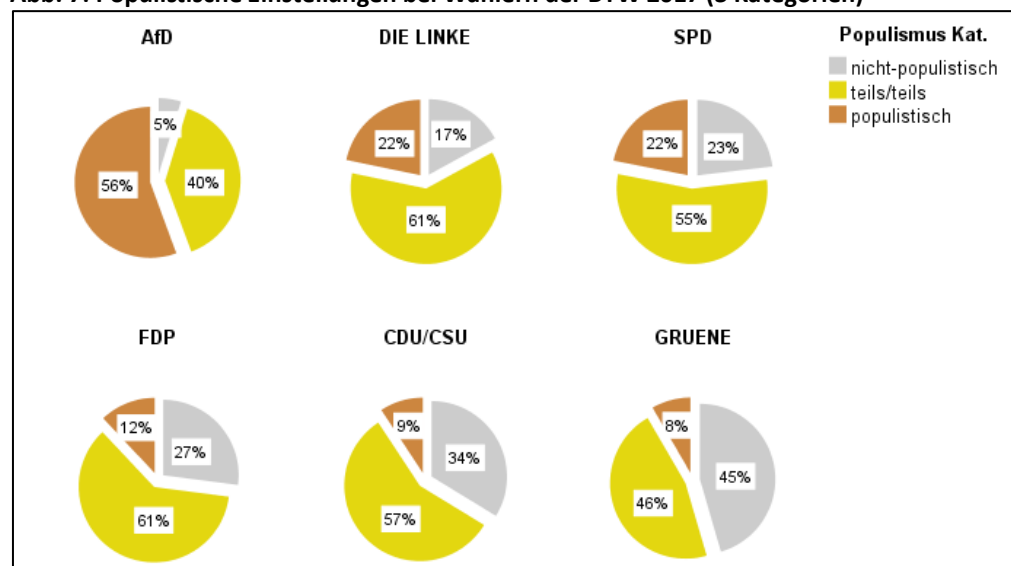
Abb. 6: GLES 2017 - Parteien nach Populismus und Li - Re – Orientierung



Quelle: GLES-Datensatz ZA 6801, eigene Berechnung. Rote Linien zeigen Durchschnittswerte.

Abbildung 7, basierend auf den GLES-Daten, belegt, dass sich AfD-Wähler in Hinsicht auf den Populismusgrad sehr deutlich von Wählern anderer Parteien abheben. Während mehr als die Hälfte der AfD-Wähler (56%) in die (relative) Kategorie populistisch fallen, sind es bei den Wählern der Grünen lediglich 8 Prozent.

Abb. 7: Populistische Einstellungen bei Wählern der BTW 2017 (3 Kategorien)



Quelle: GLES, ZA 6801; eigene Berechnung. Zust. 5-8 Items = populistisch; Zust. 0-1 Item = nicht populistisch.

Welche Merkmale aus der Nachwahlbefragung der GLES sind geeignet, das Wahlergebnis der AfD am besten zu erklären? Anhand des GLES Datensatzes wurde die Prozedur "Klassifizierungsbaum" (SPSS, Classification Regression Tree) gewählt, um das Wahlverhalten der AfD-Wähler bei der BTW 2017 besser zu verstehen. In der Baumanalyse werden die Fälle in relativ homogene Gruppen klassifiziert, und es werden Werte für eine ab-

hängige Zielvariable (hier Zweitstimmenverteilung pro Partei) auf Grundlage der Werte von unabhängigen Variablen (Einfluss-, Prädiktorvariablen) vorhergesagt. Grob vereinfacht handelt es sich um eine nicht-metrische Regressionsanalyse. Als Prädiktorvariablen wurden ausgewählt: (1) 5 soziodemografische Merkmale (Geschlecht, Alter, Schulbildung, Einkommen, Ost/West); (2) Populismus-Index (8 Items); (3) ein Item zur allgemeinen Demokratiezufriedenheit; (4) 5 Items zur Einwanderung (out-groups). Die sechs Klassifikationsanalysen mit verschiedenen Prädiktoren führten zu folgenden Ergebnissen:

Tabelle 3: Klassifikationsanalyse - Korrekte Vorhersagen der Parteiwahl (verschiedene Prädiktoren)

	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD	Gesamt
BTW 2017 (off. Ergebnis)	33,0%	20,5%	10,7%	8,9%	9,2%	12,6%	94,9%
GLES-Stichprobe	31,2%	20,9%	12,4%	13,9%	11,6%	10,0%	100,0%
Fallzahl N	504	338	200	225	188	162	1617
Parteiwahl (Zielvariable)							
Prädiktoren	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD	Gesamt
nur 5 soziodemografische Merkmale (1)	72%	13%	0%	48%	0%	11%	34%
nur Index Populismus (2)	95%	0%	0%	0%	0%	30%	34%
Index Populismus + 5 soziodemografische Merkmale (3)	77%	8%	0%	41%	0%	33%	36%
Demokratiezufriedenheit + Index Populismus (4)	92%	13%	0%	0%	12%	51%	38%
Kulturelle Bedrohung d. Einwanderer + Populismus (5)	78%	7%	0%	40%	20%	51%	39%
Demokratiezufriedenheit + kulturelle Bedrohung d. Einwanderer + Populismus (6)	79%	23%	0%	40%	0%	56%	41%

Quelle: GLES 2017 (eigene Berechnung)

Bei Verwendung von ausschließlich soziodemografischen Prädiktoren ist das Klassifizierungsergebnis nur für die Wähler von CDU/CSU und Grünen signifikant, wie aus Tabelle 3 zu ersehen. Soziodemografische Merkmale haben im Parteivergleich in Bezug auf das AfD-Wahlergebnis eine sehr geringe Erklärungskraft (11% korrekte Vorhersage). Wird die Populismusskala als alleiniger Prädiktor für das Wahlverhalten gewählt, verbessert sich – relativ gesehen – der Prozentsatz korrekter Klassifizierungen deutlich für die AfD und die Union. Der Prädiktoren-Set soziodemografische Merkmale plus Populismuswert führt zu einer verbesserten Klassifikation für Wähler der CDU/CSU, Grünen und AfD, wobei der Populismuswert eine höhere Vorhersagekraft hat als soziodemografische Merkmale. Eine vierte Klassifikationsanalyse ergab, dass Demokratiezufriedenheit ein besserer Prädiktor ist als Populismus, allerdings vornehmlich für die Wähler der Union und der AfD – korrekte Klassifikation für AfD-Wähler: 51 Prozent. Eine sechste Klassifikationsanalyse führte zum Ergebnis, dass maximal 56 Prozent der AfD-Wähler korrekt vorhergesagt werden können, bei Kenntnis von Demokratiezufriedenheit, Einstellung zur (kulturellen) Bedrohung durch Einwanderer und Populismusaussprägung. Dieser empirische Befund belegt die These von Kritikern des Populismusbarometers, dass Einstellungen zu Migration resp. Immigration das Wahlverhalten stärker beeinflusst als populistische Einstellungen. Schließlich macht die sechste Klassifikationsanalyse deutlich, dass das Wahlverhalten der AfD-Unterstützer bei der letzten Bundestagswahl vorrangig durch kulturelle Bedrohungsgefühle gegenüber Einwanderern motiviert wurde, gefolgt von allgemeiner Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Demokratie und dann erst durch einen erhöhten Populismuswert.

Insgesamt lässt sich aus den hier durchgeführten Sekundäranalysen anhand der GLES-Daten schließen, dass die AfD zwar als „rechtspopulistisch“ etikettiert werden kann, doch Bedrohungsgefühle durch Einwanderer und geringe Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland haben zumindest bei der BTW 2017 das Wahlverhalten der AfD-Unterstützer signifikant stärker beeinflusst als Einstellungen zum sog. Populismus. Von allen Wählern der AfD (Zweitstimmenanteil in der GLES-Stichprobe 10% statt 12,6% nach offiziellem Wahlergebnis) war

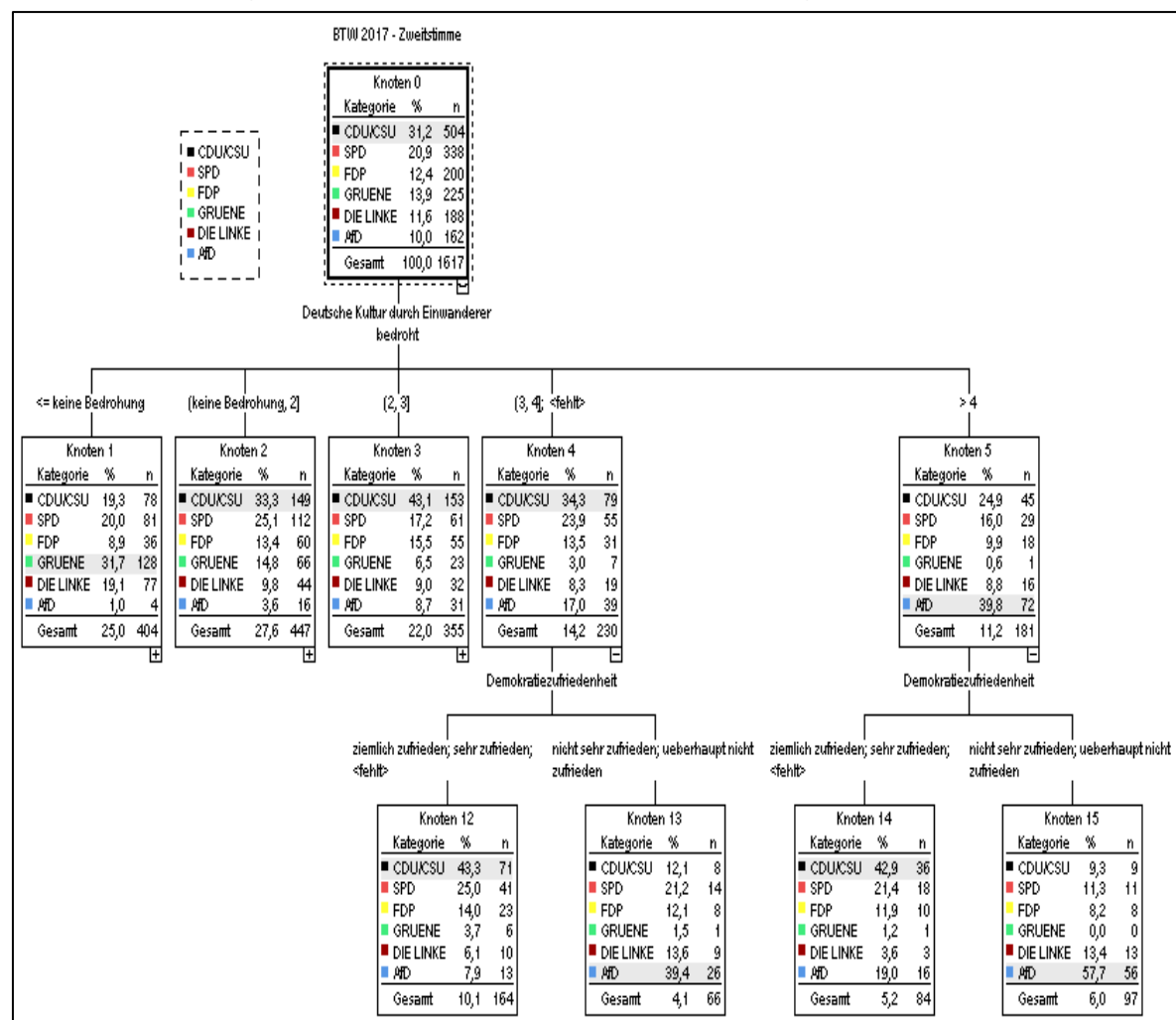
die Hälfte unzufrieden mit der Demokratie und fühlte sich durch Einwanderer bedroht. Dagegen fand sich unter den Wählern der Grünen bei der BTW 2017 in der Nachwahlbefragung kein einziger Befragter bedroht und unzufrieden mit der Demokratie. Unzufriedenheit mit der Demokratie unter AfD-Anhängern lässt sich auch aus den Allbus-Daten 2018 belegen (s. Tabelle 4).

Tabelle 4: Einstellungen zur Demokratie – Anhänger der AfD vs. anderer Parteien

Einstellungen zur Demokratie		Parteipräferenz		Zweitstimme BTW 2017	
		Andere Parteien	AFD	Andere Parteien	AFD
		%	%	%	%
Politiker kümmern sich nicht um meine Gedanken.	stimme voll zu	20	69	22	63
Zufrieden mit der Leistung der Bundesregierung?	ziemlich/ sehr unzufrieden	15	57	17	56
Bewertung von Demokratie als Idee.	sehr dafür	75	51	74	47
Bin stolz auf das Grundgesetz.	genannt	79	43	77	48
Zufrieden mit der Demokratie in der BRD?	ziemlich/ sehr unzufrieden	3	38	5	31

Quelle: Allbus 2018

Abbildung 8: Klassifikationsanalyse (CHAID, SPSS) – Wahlverhalten und Prädiktoren (soziodemografische Merkmale, Bedrohung durch Einwanderer, Demokratiezufriedenheit, Populismus-Skala)

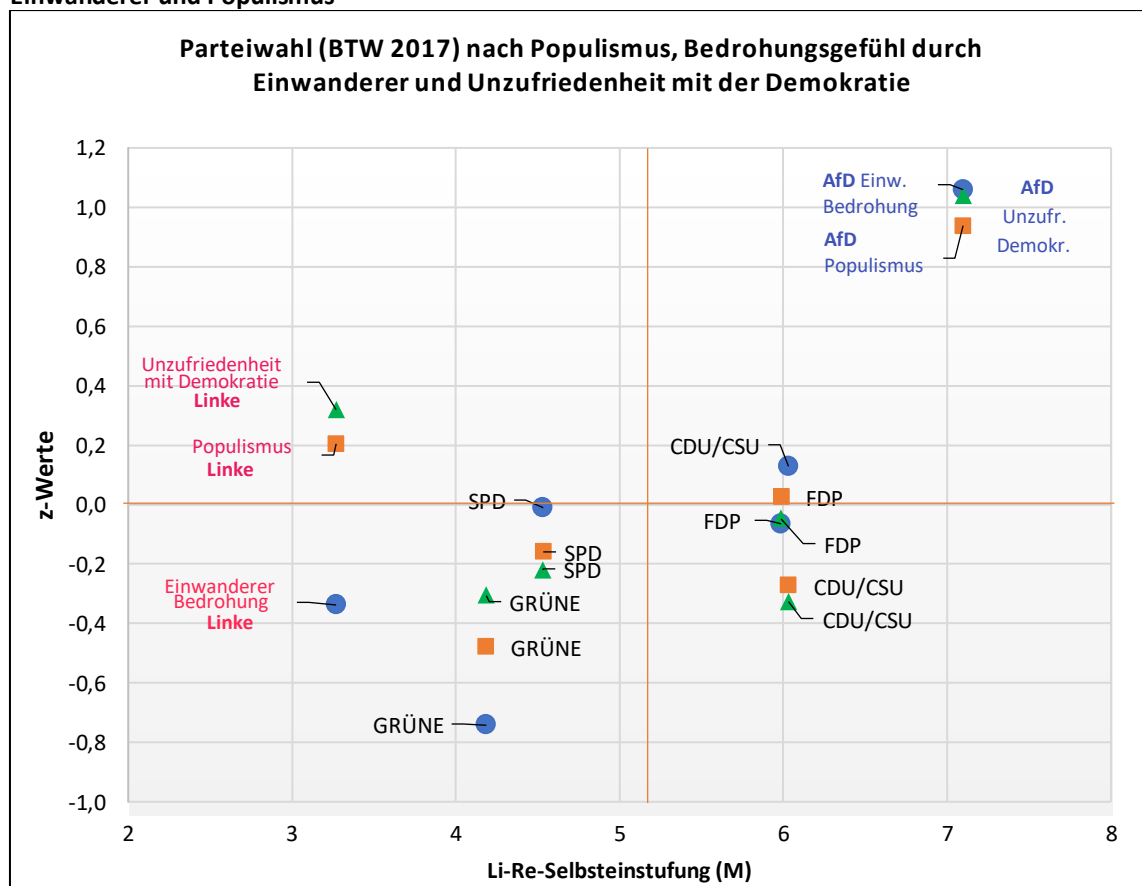


Quelle: GLES 2017 (eigene Berechnung)

Die folgende Abbildung 9 macht deutlich, dass bei den AfD-Wählern negative Einstellungen zur Demokratie und zu Einwanderern sowie eine populistische Orientierung stark kovariieren. Bei Wählern der Grünen und auch der Linken hatte das Thema Einwanderung offensichtlich keinen großen Einfluss auf die Wahlentscheidung. Auffällig ist, dass im Parteienvergleich Unzufriedenheit mit der Demokratie und Populismus nur bei den Linken und den Rechten (AfD) überdurchschnittlich ausgeprägt sind (obere Hälfte der Abbildung mit positiven z-Werten).

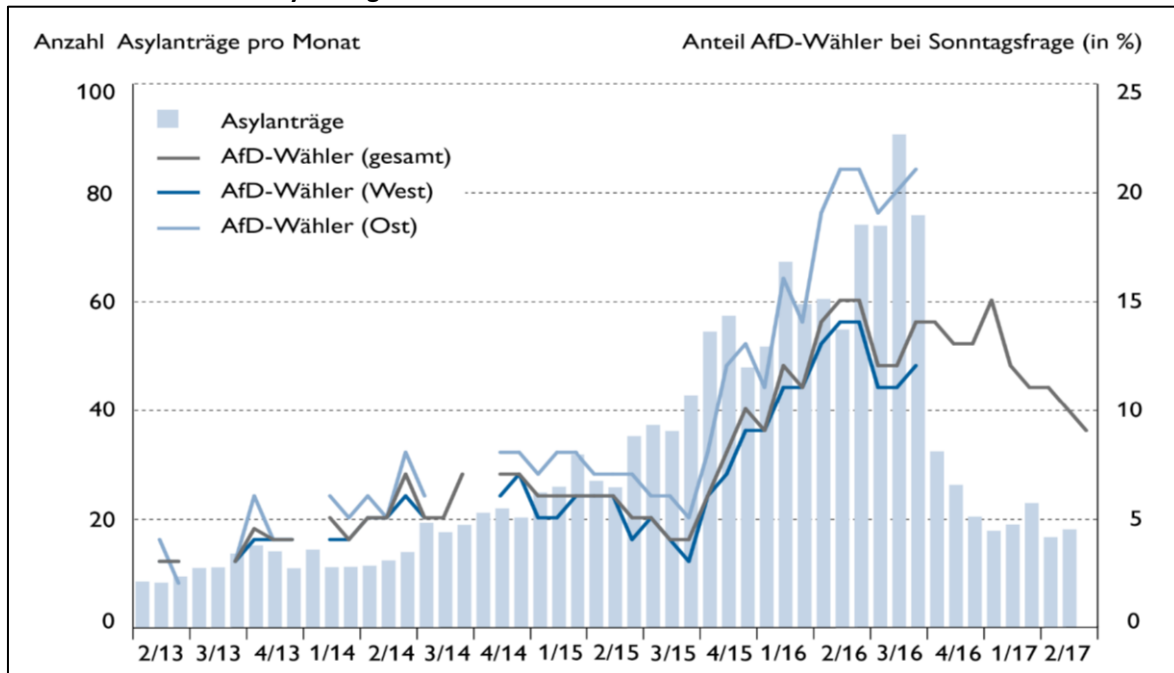
Ein weiterer Beleg für die Anti-Immigrationshaltung unter Anhängern der AfD liegt vom Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap vor. Infratest veröffentlichte vor der Bundestagswahl 2017 eine Grafik (s. Abbildung 10), die einen sehr starken Zusammenhang zwischen Zunahme der Asylanträge und Zunahme der AfD-Unterstützung veranschaulicht. Offensichtlich fruchtete die Anti-Asyl- und Anti-Immigrationspropaganda der AfD vor der Bundestagswahl 2017. Auch vor der Europa-Wahl 2019 (AfD Ergebnis: 11%) versuchte die AfD erneut Wählern mit populistischen Aussagen Angst zu machen: „Die politischen Eliten und Institutionen der EU betreiben eine Asyl- und Immigrationspolitik, welche die europäische Zivilisation in existenzielle Gefahr bringt... In Deutschland leben gegenwärtig nur noch etwa 4 Millionen Männer deutscher Herkunft im Alter von 20 bis 35 Jahren. Eine weitere Öffnung für Zuwanderung aus anderen Kontinenten wird in relativ kurzer Frist unweigerlich zu einer Marginalisierung der einheimischen Bevölkerung führen. Die Politik der Grenzöffnung wird einen Kulturabbruch historischen Ausmaßes zur Folge haben und stellt überdies die seit der Aufklärung in Europa entwickelten Prinzipien der Volkssouveränität und Demokratie auf den Kopf“ (www.afd.de, Migrationspolitik).

Abb. 9: Parteien nach Links-Rechts-Selbsteinstufung, Demokratiezufriedenheit, kulturelle Bedrohung durch Einwanderer und Populismus



GLÉS 2017 (eigene Berechnung)

Abb. 10: Zunahme von Asylanträgen und AfD-Wahlabsicht vor der BTW 2017



Erläuterung: Die waagerechte Zeitachse nennt die Quartale von 2/13 bis 2/17. Die Anzahl der Asylanträge bezieht sich auf die Erstanträge im jeweiligen Monat. Grafik veröffentlicht von Infratest dimap, ARD-Deutschland Trend.

Aus Wählersicht ist die AfD zweifelsohne eine rechtspopulistische Partei. Ihre Sympathisanten und Wähler positionieren sich im Parteienspektrum deutlich rechts von anderen Parteien; sie unterstützen die Anti-Establishment-Programmatik der AfD, sind unzufrieden mit der Demokratie und lehnen eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland ab.

Kann die AfD auch als eine rechtsextreme bzw. extremistische Partei bezeichnet werden? Manche Demokratietheoretiker bejahen diese Frage, andere dagegen verneinen sie. Es mangelt offensichtlich an einer einheitlichen Definition und einer Standard-Methodik.

Für den Politikwissenschaftler und Extremismusforscher Eckhard Jesse (2019, S. 124) ist die AfD „eine rechtspopulistische Partei, und der Protest ist der Kitt. Diese Aussage Gaulands stimmt. Eine Protestpartei ist sie deshalb, weil sie in vielen Sachfragen – etwa in der Rentenpolitik – selbst nach eigenen Angaben noch keine ausgereiften Konzepte anzubieten vermag. Sie, ein Stachel im Fleisch der etablierten Kräfte, profitiert daher von ihrem Dagegen-sein. Ferner ist die AfD in ihrem Selbstverständnis eine Partei der Anti-68er, wodurch sich die Einordnung als Protestkraft relativiert, ebenso durch die betont migrationskritische Sichtweise. Zugleich ist sie eine Wählerpartei – die prozentuale Differenz zwischen der Zahl der WählerInnen und der Zahl der Mitglieder fällt bei keiner anderen Partei so immens aus... Gleichwohl ist sie im Kern trotz Radikalisierung keine extremistische Partei – jedenfalls bejaht der überwiegende Teil der politisch Verantwortlichen den demokratischen Verfassungsstaat“.

Andere Politikwissenschaftler wie Pfahl-Traughber (2019, S. 38) wollen die AfD dagegen eher als rechtsextremistisch verstanden wissen, „denn der Extremismus kann sich in unterschiedlichen Intensitätsgraden artikulieren, wozu eine normen- und systembejahende wie eine offen normenverneinende und systembejahende Form auf einer niedrigen Stufe gehören. Dort befindet sich aktuell die AfD, die eine ähnliche Ausrichtung wie „Die Republikaner“ Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre hat. Auch aus diesem vergleichenden Blick handelt es sich um eine extremistische Partei mit noch niedrigem Intensitätsgrad, aber eben einer extremistischen Orientierung“.

Der Verfassungsschutz benennt keine populistischen, sondern nur links- und rechtsextreme Parteien, Bewegungen und Organisationen. In seinen jährlichen Berichten beruft er sich auf keine explizite wissenschaftliche

Definition von Extremismus, sondern zählt fünf Kriterien auf, welche der Einordnung einer extremistischen Position von Personen, Parteien und Organisationen auf der Links-Rechtsskala dienen würden: (1) Nationalismus, (2) Rassismus, (3) Antisemitismus, (4) autoritäres Staatsverständnis, (5) Ideologie der Volksgemeinschaft. Diese fünf Elemente werden auch nicht näher definiert. Als extremistisch gelten für den Verfassungsschutz „Bestrebungen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben“ (Verfassungsschutzbericht 2019, S. 15). Damit wird Extremismus in seiner rechten oder linken Ausprägung letztlich unspezifisch durch das Kriterium „Verfassungsfeindlichkeit“ definiert. Die Partei der AfD wird im jüngsten Verfassungsbericht 2019 zwar nicht als rechtsextremistisch eingestuft („kein Beobachtungsobjekt“), doch zu ihren Teilorganisationen „Junge Alternative“ und „Der Flügel“ lägen „tatsächliche Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Bestrebung vor... „Aufgrund der fehlenden formellen Vereins- und Mitgliederstruktur kann nicht konkret beziffert werden, wie viele Anhänger „Der Flügel“ tatsächlich hat. Verschiedene Aussagen von AfD- und „Flügel“-Funktionären lassen aber den Schluss zu, dass dem „Flügel“ bundesweit mindestens 20 % der AfD-Mitglieder zuzurechnen sind. Deshalb ist als untere Grenze von einem Personenpotenzial von circa 7.000 Anhängern auszugehen“. (AfD Mitgliederzahl Juni 2020: 34.000)

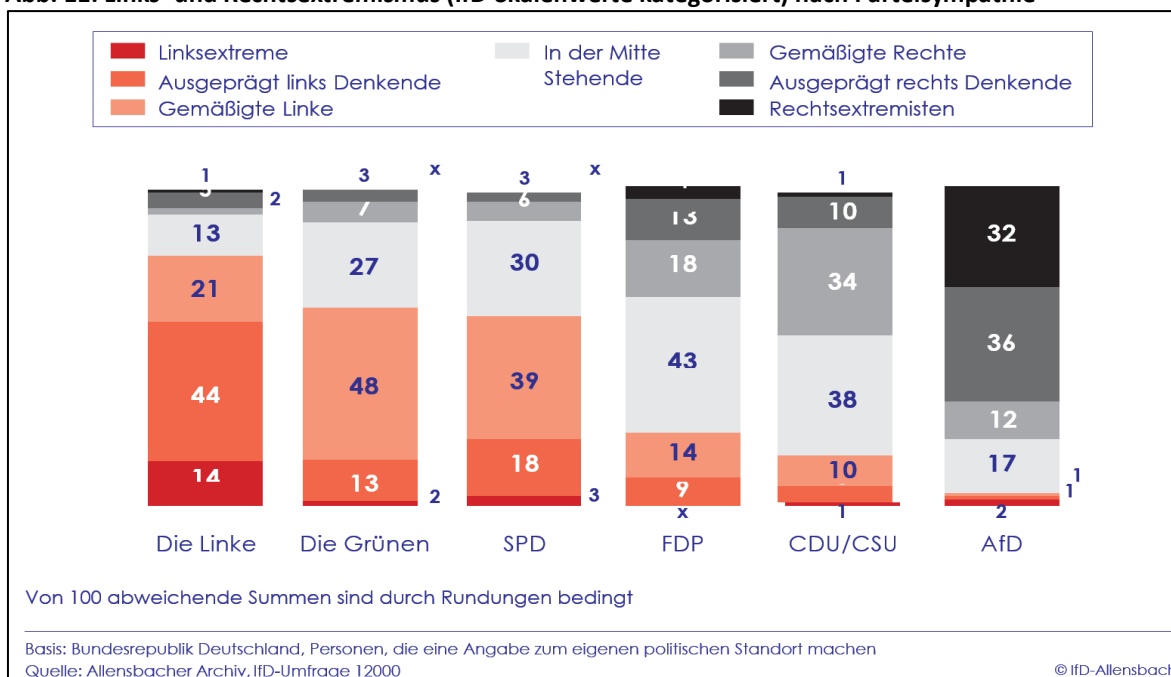
Nach Ergebnissen des ZDF-Politbarometers (Sept. 2018), in dem gezielt nach AfD und Extremismus gefragt wurde, meinten 63 Prozent der Deutschen, dass die AfD eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland sei; 83 Prozent der Bevölkerung waren der Auffassung, dass rechtsextremes Gedankengut in der AfD weit oder sehr weit verbreitet sei. Die Befragten meinten zudem mit großer Mehrheit, dass politisch nicht genug gegen den Rechtsextremismus getan werde (78%); ebenso würden Polizei und Behörden zu wenig gegen den Rechtsextremismus tun (60% Zustimmung). Sehr unterschiedlich wurde die Gefahr des Links- und Rechtsextremismus in der Bevölkerung bewertet: „Der Rechtsextremismus ist eine sehr große Gefahr für die Demokratie in Deutschland“ – dieser Aussage stimmten 37 Prozent zu; dagegen hielten nur 12 Prozent den Linksextremismus als sehr große Gefahr für die Demokratie in Deutschland.

Das Institut für Demoskopie Allensbach fand in einer 2019 durchgeführten Repräsentativbefragung, bei der sowohl links- wie rechtsradikale Einstellungen erforscht wurden, 28 Prozent Links- und 24 Prozent Rechtsextreme in der Gesamtbevölkerung. Auf Basis einer Faktorenanalyse wurde neben einer Linksextremismus-Skala auch eine Rechtsextremismus-Skala mit 10 Items konstruiert. Die Itemliste umfasste sowohl rechtsextremistisches und autoritäres Denken als auch Gewaltbereitschaft. Wer 7-10 Items zugestimmte, wurde als „rechtsradikal“ kategorisiert; als „ausgeprägt Rechte mit autoritären und radikalen Elementen“ galten Personen mit Zustimmung bei 4-6 Items, und als „gemäßigt Rechte“ Befragte mit einer Zustimmung bei 0-3 Items.

Tabelle 5: AfD - Rechtsextremismus-Skala mit 10 Items – Zustimmungshäufigkeit

Rechtsextreme Einstellungen und Gewaltbereitschaft (Gesamtbevölkerung, 2019)	stimmt %
Wir brauchen einen starken Politiker an der Spitze, keine endlosen Debatten und Kompromisse.	45.5
Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.	40.1
Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.	36.3
Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie. Tatsächlich haben die Bürger nichts zu sagen.	35.5
Ich bin überzeugt davon, dass unsere Gesellschaft unaufhaltsam auf eine große Krise zusteuert.	36.0
Die Deutschen haben in der Geschichte mehr geleistet als viele anderen Völker.	23.9
Gewalt gegen Menschen lehne ich ab, aber Gewalt gegen Sachen kann manchmal gerechtfertigt sein.	14.7
Juden haben zu viel Macht auf dieser Welt.	8.5
Vieles, was über die nationalsozialistischen Verbrechen gesagt wurde, ist übertrieben.	7.3
Manchmal muss man sich gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen.	6.0

Abb. 11: Links- und Rechtsextremismus (IfD-Skalenwerte kategorisiert) nach Parteisympathie

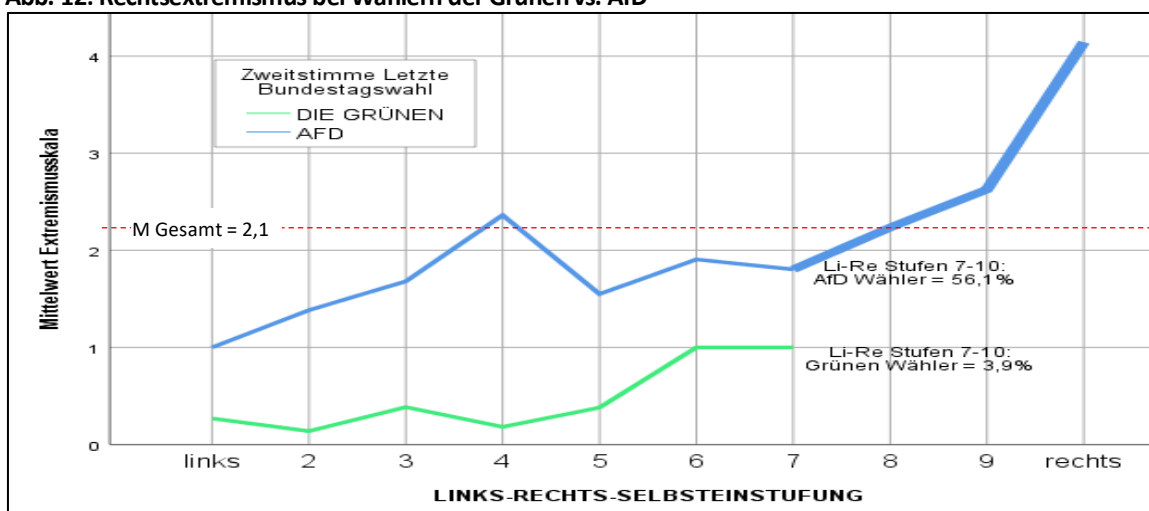


Quelle: IfD (2019). Das Extremismuspotential in Deutschland, S. 25 (unveröffentlicht).

Der Anteil an allen Befragten, die sich auf der rechten Seite des politischen Spektrums einordneten (Selbsteinstufung auf einer 100er Links-Rechts-Skala mit Filter 53-100 für rechtsorientierte Befragte), ergab 13 Prozent Rechtsextremisten, 32 Prozent ausgeprägt rechts Denkende und 55 Prozent gemäßigte Rechte. „Auf der rechten Seite des Spektrums ist die Konzentration der Radikalen und Autoritären auf eine einzige Partei deutlich ausgeprägter“, so das IfD. „Fast jeder dritte AfD-Anhänger [32%] fällt in die Kategorie der Rechtsextremisten, ein weiteres gutes Drittel [36%] in die Gruppe der ausgeprägt rechts Denkenden. Unter den Anhängern der anderen Parteien findet man kaum Personen, die diesen Gruppen angehören“ (s. Abbildung 11).

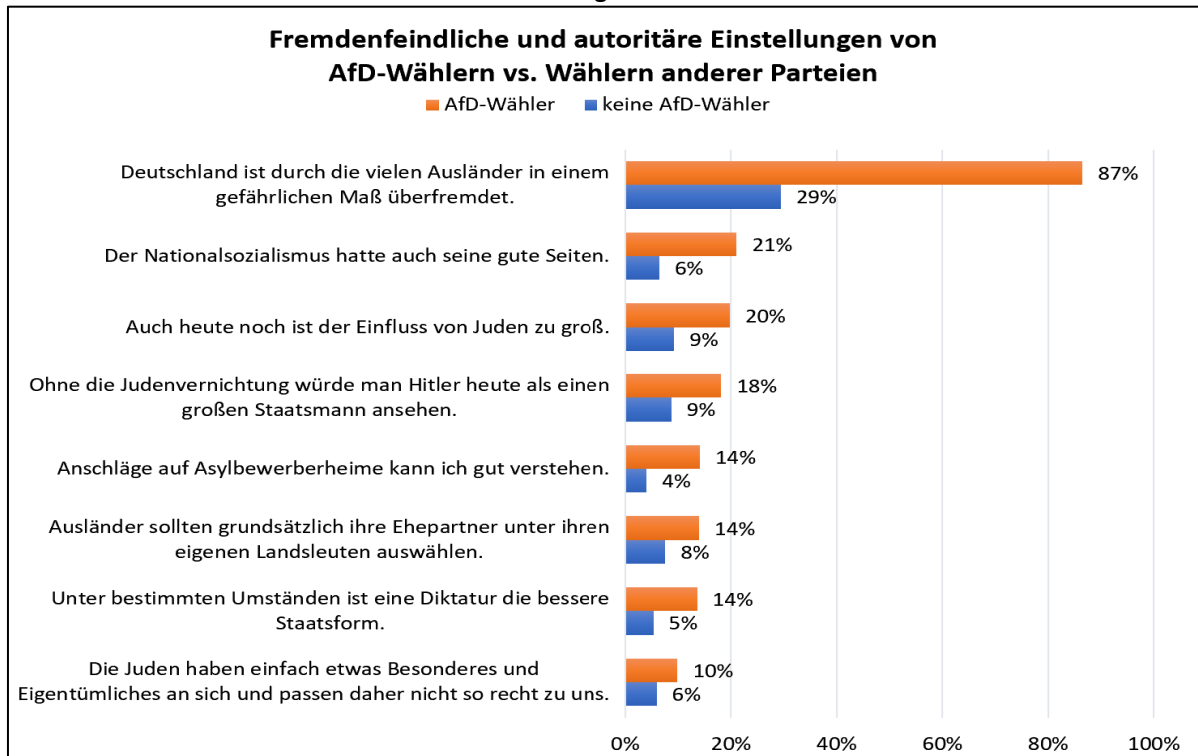
Ein anhand der Daten des Allbus 2018 gebildeter Extremismus-Index (bestehend aus 8 Items, aber ohne Kategorisierung der Skalenwerte, sondern Mittelwertvergleich nach Parteien) zeigt ein vergleichbares Ergebnis. Mehr als die Hälfte der stark rechtsorientierten AfD-Wähler der BTW 2017 (56%) weisen überdurchschnittliche Extremismus-Werte auf; bei den Grünen dagegen nur 4 Prozent.

Abb. 12: Rechtsextremismus bei Wählern der Grünen vs. AfD



Quelle: Allbus 2018, eigene Berechnung; Index Extremismus mit 8 Items.

Abb. 13: Fremdenfeindliche und autoritäre Einstellungen - AfD- und andere Wähler



Quelle: Allbus 2018, eigene Berechnung

Die Abbildung 13 zu fremdenfeindlichen und autoritären Einstellungen (Kernelemente von Extremismus) macht deutlich, dass AfD-Wähler zuallererst eine „Überfremdung durch die vielen Ausländer“ befürchten. Fast 9 von 10 AfD-Wählern (87%) bejahten die Aussage „Deutschland ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“. Auch bei anderen Indikatoren des Extremismus wie „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ oder „Befürwortung einer Diktatur“ liegen die AfD-Wähler in ihrer Zustimmung deutlich vor anderen Parteien, wenn auch auf niedrigerem Niveau.

Die Tabelle 6 ist eine Zusammenfassung von kategorisierten Skalenwerten zu Extremismus, Chauvinismus und Populismus sowie von kombinierten Kategorien. Die Berechnungen basieren auf dem Allbus-Datensatz 2018, der Items zu Extremismus, Chauvinismus und Populismus enthält. Bezüglich der AfD ist das Ergebnis eindeutig. AfD-Sympathisanten sind in mehrfacher Hinsicht extrem eingestellt: mehrheitlich fremdenfeindlich, mehrheitlich chauvinistisch, mehrheitlich populistisch.

Tabelle 6: Einstellungen zum Extremismus und Populismus nach Parteipräferenz

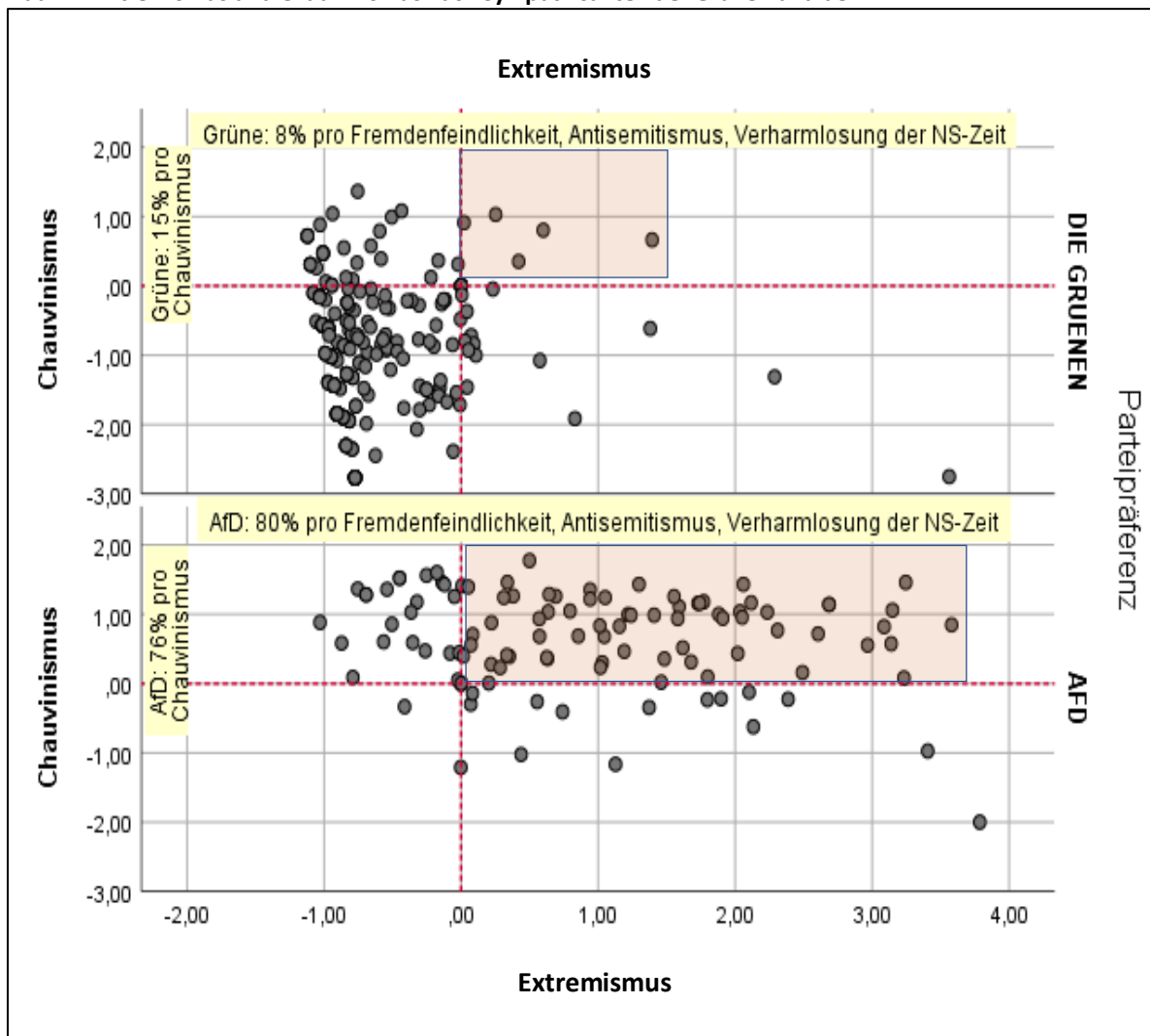
		Parteipräferenz 2018					
Extremismus-Merkmale		AFD	CDU-CSU	SPD	FDP	LINKE	GRÜNE
Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Verharmlosung NS-Zeit	niedrig	24%	63%	69%	70%	77%	92%
	hoch	76%	37%	31%	30%	23%	8%
Chauvinismus	niedrig	20%	35%	49%	50%	73%	85%
	hoch	80%	65%	51%	50%	27%	15%
Fremdenfeindlichkeit... + Chauvinismus	hoch	61%	28%	24%	20%	13%	2%
Extremismus + Populismus kombiniert	niedrig	6%	25%	41%	39%	63%	73%
	mittel-hoch	79%	43%	32%	37%	19%	7%

Allbus 2018, eigene Berechnung

Abbildung 14 präsentiert einen Vergleich von Sympathisanten der Grünen und der AfD in Hinsicht auf ihre Einstellungen zu Extremismus und Chauvinismus (jeweils drei Items) auf Personenebene (ein Punkt steht für einen Befragten). Der Unterschied im rechtsextremen Einstellungsmuster von Wählern der Grünen und der AfD ist riesig: bei Sympathisanten der Grünen 8% pro Extremismus und 15% pro Chauvinismus vs. 89% pro Extremismus und 76% pro Chauvinismus bei AfD-Anhängern.

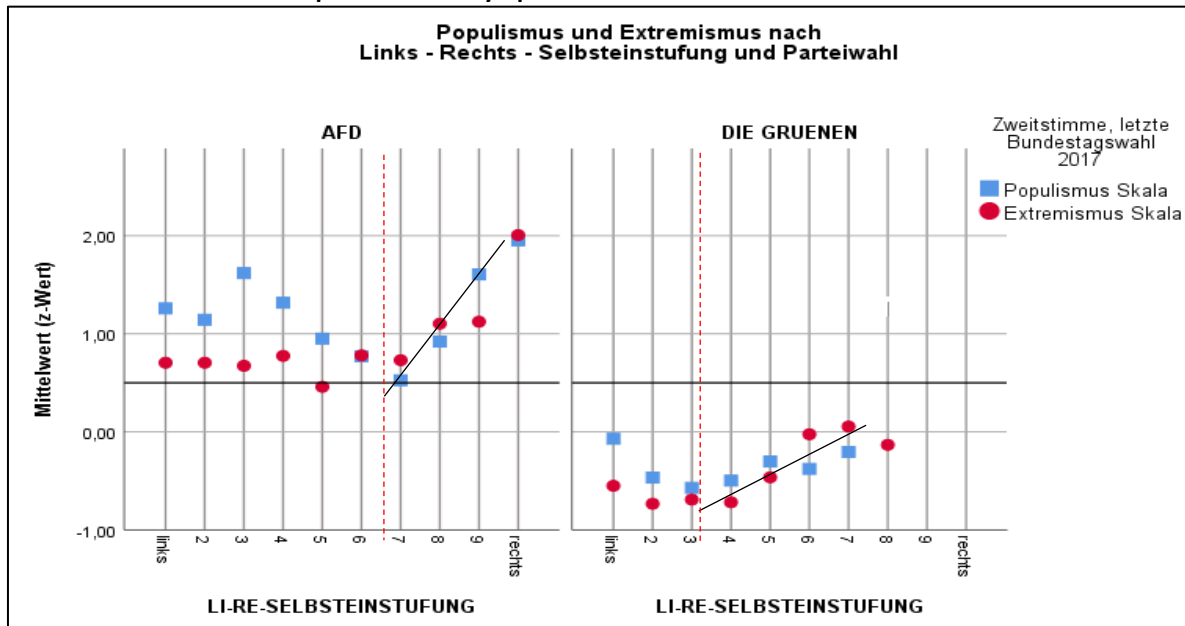
Die Abbildung 15 basiert auf Daten des GLES, in der sowohl populistische als auch extremistische Einstellungen erfasst wurden. Es zeigen sich markante Unterschiede zwischen Wählern der Grünen und der AfD. Während die AfD-Wähler überdurchschnittlich hohe Skalenwerte bezüglich Populismus und Extremismus aufweisen, fallen die unterdurchschnittlichen Skalenwerte der Grünen auf. Für beide Parteianhänger ist eine Kovariation von populistischen und extremistischen Einstellungen feststellbar, insbesondere bei starker Rechtsorientierung.

Abb. 14: Extremismus und Chauvinismus nach Sympathisanten der Grünen und der AfD



Quelle: Allbus 2018, eigene Berechnung; z-Werte für Index-Extremismus (Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Verharmlosung der NS-Zeit); Index Chauvinismus (Stolz, Deutscher zu sein; Stolz auf deutsche Einrichtungen und Leistungen; mehr Mut zu einem starken Nationalgefühl). Indexwerte transformiert in z-Werte. Ein Punkt in der Grafik steht für einen Befragten.

Abb. 15: Extremismus und Populismus nach Sympathisanten der AfD und der Grünen



Quelle: GLES 2017/18, eigene Berechnungen; rote Linie Mittelwert für die jeweilige Partei auf der LI-RE-Skala

Der renommierte Extremismus-Forscher Heitmeyer (2018) wendet sich in seinem Buch „Autoritäre Versuche“ gegen die Verwendung der Begriffe Rechtspopulismus sowie Rechtsextremismus im Kontext der AfD. Der Begriff Rechtspopulismus sei zwar weit verbreitet, werde aber inflationär verwendet und trage zu seiner definitorischen Unterbestimmtheit bei, die es erlaube, ihn beinahe beliebig mit politischen Formationen und Äußerungen in Verbindung zu bringen, die sich auf Nation, Volk, Identität etc. beziehen.

„Die AfD in ihrer heutigen Form (Stand November 2017) erfüllt zwar immer noch einige Kriterien der inzwischen klassischen Populismus-Definition, zentral etwa die Anti-Establishment Rhetorik im Sinne eines Gegensatzes von Elite und Volk. Die gesellschaftliche Dynamik hat jedoch spätestens seit der Flüchtlingsbewegung 2015 zu sehr starken Veränderungen in der inhaltlichen Ausrichtung der Partei geführt“ (2018, S. 233).

Als rechtsextrem will Heitmeyer (2018, S. 234-235) die AfD auch nicht bezeichnen, da seiner Auffassung nach wesentliche faschistische Elemente fehlen würden wie die Ausrichtung auf einen Führer, die paramilitärischen Elemente und ein offener Kult der Gewalt. Heitmeyer charakterisiert die AfD als Protagonistin des autoritären Nationalradikalismus. Die AfD sei:

(1) als autoritär zu bezeichnen: „Forderungen nach rigider Führung in politischen Institutionen und nach einer streng hierarchisch organisierten sozialen Ordnung, aber auch ganz allgemein ein Verständnis von Politik und Gesellschaft, das wesentlich auf den Kategorien Kampf und Konflikt beruht. Damit gehen dichotomische Gesellschaftsbilder und strenge Freund/Fein-Schemata («wir gegen die», «Volk gegen Elite» usw. einher)“.

(2) „Das nationale Moment liegt in der Betonung der außer-ordentlichen Stellung des deutschen Volkes. Die Leitformeln und Parolen der Bewegung reichen von «Deutschland zuerst» bis «Deutschland den Deutschen». Damit wird ein Überlegenheitsanspruch gegenüber anderen Nationen, Völkern und ethnischen wie religiösen Gruppen zum Ausdruck gebracht. Hinzu kommt die Beanspruchung einer «neuen deutschen» Vergangenheitsdeutung“.

(3) „Das Radikale wird vom ursprünglichen Wortsinn (dem lateinischen radix, Wurzel) her bestimmt. Die AfD will ... die offene Gesellschaft bekämpfen und die liberale Demokratie grundlegend umbauen... Zu diesem Zweck dient der AfD ein rabiater und emotionalisierter Mobilisierungsstil, der vor allem mit menschenfeindlichen Grenzüberschreitungen operiert“.

Wie auch immer man Populismus und Extremismus definiert, die empirischen Befunde zu diesen umstrittenen Konstrukten sind für die AfD offenkundig. Die „Alternative für Deutschland“ wird von einer heterogenen Bevölkerungsgruppe von zurzeit circa 10 Prozent der erwachsenen Deutschen unterstützt (12.6% bei der BTW 2017). 80 von 100 ihrer Anhänger stufen sich auf der Links-Rechts-Skala rechts von der Mitte ein. Je nach Skalierung kann mindestens ein Drittel der AfDler als rechtspopulistisch und ein Fünftel als rechtsextrem eingestellt gelten, wenn man die Allbus-Befragung 2018 als verlässliche Datenbasis akzeptiert. Ein harter Kern der AfD-Anhänger (circa ein Drittel) hat massive Vorurteile, starke Ressentiments und ausgesprochen feindselige Einstellungen gegenüber „Fremden“, seien es Flüchtlinge, Asylanten oder Migranten. Mindestens die Hälfte der AfD-Sympathisanten ist zudem chauvinistisch bzw. nationalistisch eingestellt. Die Ergebnisse der Mitte-Studie (2018/19) zu feindseligen Zuständen stützen die Allbus Befunde. In der letzten Mitte-Studie fand man unter den Anhängern der AfD 56 Prozent Ausländerfeinde, 40 Prozent Chauvinisten, 13 Prozent Befürworter einer rechtsautoritären Diktatur und 12 Prozent Antisemiten.

6. Befunde der Mitte- und anderer Studien zum Rechtsextremismus

Eine fast babylonische Sprachverwirrung gibt es im Kontext der Begriffe Rechtsextremismus und politische Mitte, wie die Buchtitel zu den sogenannten „Mitte“-Studien verdeutlichen. Die Studien (seit 2002 zehn Studien¹², in Fortsetzung der ersten Sinus-Studie zum Rechtsextremismus 1980) sind repräsentative Erhebungen in der deutschen Bevölkerung mit dem Ziel, rechtsextreme, menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen zu messen. Die erste Mitte-Studie trug den Titel „Vom Rand zur Mitte“ (2006), die zweite „Bewegung in der Mitte“ (2008); dann folgten „Die Mitte in der Krise“ (2010), „Die Mitte im Umbruch“ (2012), „Fragile Mitte“ (2014), „Die enthemmte Mitte“ und „Gesplante Mitte“ (2016), und schließlich „Verlorene Mitte - Feindselige Zustände“ (2018/19). In der Gesamtschau suggerieren die Buchtitel der Leipziger Studien eine Zunahme des Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft seit dem Jahr 2002. „Darf’s ein bisschen rechtsextremer sein?“ fragte denn auch eine Kritikerin¹³ in ihrer Rezension zur „Verlorenen Mitte“. Der alarmistische Tonfall der Mitte-Studien-Geschichte habe Tradition: „Im Laufe der Jahre wurde die Mitte damit pulverisiert“.

Der ehemalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel¹⁴ kritisierte 2019 die von seiner SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) geförderte Studie zur „verlorenen Mitte“ wie folgt: *„Was aus den Ergebnissen der Studie gemacht wird, ist verantwortungslos... Da erscheint eine Studie der FES, in der immerhin 86 Prozent der Bevölkerung die Demokratie für die richtige Regierungsform halten und immerhin 80 Prozent eine offene Gesellschaft befürworten und es gut finden, dass sich in unserem Land um Minderheiten gekümmert wird... Und rechtsradikal ticken nach der Studie ganze 2,4 Prozent und das auch noch gleich verteilt in Ost- und Westdeutschland. Statt nun diese außerordentlich positiven Befunde zu begrüßen und die Deutschen für ihre Aufbauleistung einer offenbar fest in der Gesellschaft verankerten Demokratie und ihre Europafreundlichkeit zu loben, wählen die Autoren die alarmistische Überschrift „Verlorene Mitte – Feindliche Zustände... Man kann sich des Verdachts nicht erwehren, hier seien die Ergebnisse unter einer bestimmten Vorannahme ihrer Autoren interpretiert worden. Und kein Wunder, dass Überschrift und Inhalte der Studie verwechselt wurden. ‚Alarmierend‘ an der jüngsten Mitte-Studie sind weniger ihre Ergebnisse als der Umgang mit ihnen“.*

¹² Die neunte Leipziger Mitte-Studie wurde umbenannt in: „Flucht ins Autoritäre – Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft“ mit der Begründung, „dass die gegenwärtige deutsche Gesellschaft von einer autoritären Dynamik beherrscht wird, die das Einverständnis vieler Bürgerinnen und Bürger hat. Und diese Dynamik, so unsere These, bringt die rechtsextreme Einstellung hervor“ (Vorwort der Herausgeber). Vielleicht war aber auch die heftige Kritik am vagen „Mitte“-Begriff (welche Mitte bitte – sozio-ökonomische, ideologische, politische?) Anlass für die Umbenennung.

Im September 2020 erschien die von Oliver Decker und Elmar Brähler herausgegebene zehnte Leipziger Autoritarismus-Studie mit dem Untertitel „Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments - neue Radikalität“.

¹³ Juliane Wiedemeier, uebermedien.de, 30.4.2019.

¹⁴ Der Tagesspiegel vom 27.04.2019 mit dem Titel: Von wegen „verlorene Mitte“ - „Eine Studie und ihre bewusste Fehlinterpretation“. Kommentar von Sigmar Gabriel.

Tatsächlich stehen aus Sicht dieses Autors die *empirischen* Befunde der Mitte-Studien im Widerspruch zu den Buchtiteln, denn die statistischen Ergebnisse zeigen in der Zusammenschau keine effektstarke Zunahme rechtsextremer Einstellungen der Deutschen im Laufe von 16 Beobachtungsjahren, zumindest nicht in Hinsicht auf den Gesamtindex der extremen Orientierung, der aus sechs Dimensionen zusammengesetzt wurde: 1. Fremdenfeindlichkeit, 2. Antisemitismus, 3. Sozialdarwinismus, 4. Befürwortung rechtsautoritärer Diktatur, 5. Chauvinismus, 6. Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Der Gesamtindex „Extreme Orientierung“ lag im Jahr 2002 bei 9.7 Prozent Zustimmung und sank auf 9.0 Prozent im Erhebungsjahr 2012; nach 2012 fielen die Zustimmungswerte sogar auf 2.4 Prozent. Diesen deutlichen Rückgang erklären die Forscher u.a. mit einem Methodenwechsel (von 4-stufigen auf 5-stufige Antwortskalen). Dennoch: *„Rechtsextreme Einstellungen bleiben stabil auf niedrigem Niveau“*, so die Aussage in der letzten Mitte-Studie (2018/19). *„Eindeutig und offen rechtsextreme Einstellungen werden vom Großteil der Bevölkerung abgelehnt. Lediglich 2 bis 3% der Befragten äußern sich klar extrem – im Osten nicht mehr als im Westen“*.

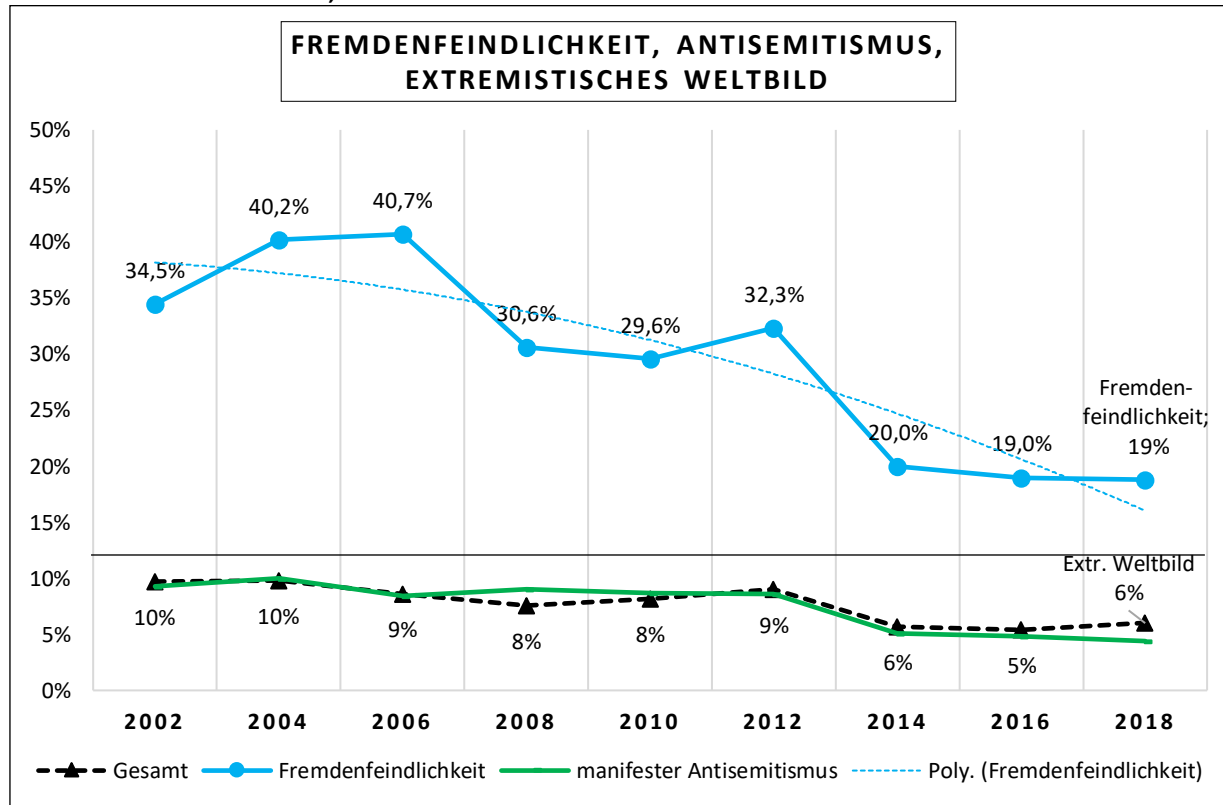
Die Fremden- bzw. Ausländerfeindlichkeit (ein Kernelement des Rechtsextremismus) sank in der Gesamtbevölkerung deutlich - von 34% (2002) auf 19% (2018). Auch in Hinsicht auf den klassischen Antisemitismus (ein weiteres Kernelement des Rechtsextremismus) sank der durchschnittliche Prozentsatz von 13% im Jahr 2002 auf 6% (2018/19) – siehe Abbildung 16.

Bereits die erste von der damaligen Bundesregierung beauftragte Extremismus-Studie (sog. SINUS-Studie, 1979/80) auf Basis von 6.968 Interviews hatte einen Aufsehen erregenden Titel: *„5 Millionen Deutsche: ‚Wir sollten wieder einen Führer haben‘ - Die Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen“*. Das Hauptergebnis: *„13 Prozent der deutschen Wähler haben ein ideologisch rechtsextremes Weltbild, dessen Hauptstützen ein nationalsozialistisches Geschichtsbild, Hass auf Fremdgruppen, Demokratie und Pluralismus sowie eine übersteigerte Verehrung von Volk, Vaterland und Familie sind“*. Und: *„fast die Hälfte davon (etwa sechs Prozent) billigen gewaltsamen Protest“*.

Vorbildlich bei der Operationalisierung des Konstruktes Rechtsextremismus im Rahmen der SINUS-Studie war das Vorgehen: 1) Materialsammlung zum organisierten und manifesten Rechtsextremismus durch umfangreiche Inhaltsanalyse des mannigfaltigen rechtsextremen Schrifttums sowie Tiefeninterviews mit Angehörigen rechtsextremer Gruppen und Organisationen (45 Fallstudien); 2) Pretest von Items an einer angenähert repräsentativen Teilstichprobe von 150 (nicht-extremen) Personen und an 50 Personen aus dem rechtsextremen Lager; 3) Im Gegensatz zu anderen Extremismus-Studien ein Pretest der schließlich verwendeten Extremismus-Skala auf Reliabilität und Validität mit dem Ergebnis, dass in der Feldforschung ausschließlich 23 trennscharfe Items zum Einsatz kamen.

Man kann darüber streiten, ob in einer wehrhaften Demokratie bei extremistischen Einstellungen einer Minderheit (etwa 10-15 Prozent) gleich die Alarmglocken schrillen müssen oder ob weiterhin die Gesamtaussage der Sinus-Forscher von 1980 gilt: *„Führerkult, Militarismus, die Verehrung der nationalsozialistischen Herrschaft und die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie außerhalb des rechtsextremen Einstellungspotentials finden bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik kein Echo“*. In Hinsicht auf die viele Bevölkerungsumfragen seit der SINUS-Studie wird oft vergessen, dass man sich auf die Erfassung von Meinungen und Einstellungen und nicht auf manifestes Verhalten stützt.

Abb. 16: Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und extremistisches Weltbild im Verlauf 17 Jahren



Quelle: Mitte-Studien, Leipziger-Studien

Tabelle 7 enthält eine Zusammenstellung der Umfrageergebnisse zum Antisemitismus aus 6 verschiedenen Studien über einen sehr langen Zeitraum von 40 Jahren. Augenscheinlich haben sich antisemitische Vorurteile, Klischees und Stereotype wenig verändert. Bis auf zwei Sinus-Items liegen alle Zustimmungswerte unter 15 Prozent. Beim Itemvergleich sind nicht nur teilweise unterschiedliche Formulierungen der Aussagen/Items zu berücksichtigen, sondern auch verschiedene Antwortmodi und sozial (un)erwünschtes Antwortverhalten. Die empirische Evidenz lautet: antisemitische Einstellungen und autoritäres Denken sind in Deutschland über einen langen Zeitraum ausgesprochen stabil geblieben. Sznajder (2019)¹⁵ resümierte in einer Rede zum modernen Antisemitismus:

„Wie untersucht man Antisemitismus, wenn man zwar nicht gleich alle Sturmglöcken läuten lassen möchte, als wäre er ein metaphysischer Ungeist, der über uns kommt und verschwindet, doch andererseits auch nicht mit denen übereinstimmen will, die da sagen, dass alle Ängste eigentlich übertrieben seien und der Judenhass ständig abnehme? Es ist eine Zwickmühle: Sobald über Antisemitismus kommuniziert wird, sieht man sich zu meist in einer fatalen Dichotomie zwischen Alarmisten und Leugnern gefangen“... „Als Mitherausgeber eines Sammelbandes, der die globale Debatte über Antisemitismus zu bündeln versucht hat, fiel mir auf, dass wir es mit einem programmatischen Selbstbedienungsladen zu tun haben. Autoren und Autorinnen, die über den Antisemitismus schreiben, suchen sich den Antisemitismus aus, der politisch am besten passt. Da kann der Antisemitismus rechts, links, islamisch sein, aus der Mitte oder von sonst woher kommen“.

Verlässlichere Befunde hinsichtlich der Stabilität von antisemitischen Vorurteilen stammen aus drei Allbus-Umfragen, in denen identische Items und die gleiche Methodik über einen Zeitraum von 20 Jahren verwendet wurden. Tabelle 8 belegt, dass sich Stereotype über Juden zwischen 1996 und 2016 nur geringfügig verändert haben; tendenzweise ist eine Abnahme der Judenfeindschaft feststellbar. Die eigene FPI-Erhebung 2018 ergab im Zeitvergleich mit 1982 eine deutliche Zunahme des Bewusstseins für die historische Holocaust-Verantwortung.

¹⁵ <https://www.boell.de/de/2019/11/28/antisemitismus-und-moderne>. Siehe auch Heilbronn, Christian et al. (2019). Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte. Berlin: Suhrkamp, 3. Auflage.

Tabelle 7: Ergebnisse verschiedener Studien zum Antisemitismus (1979 – 2019)

		1979/80	2016	2018	2020	2018/19	2019
	Studien zu Aspekten von Antisemitismus	SINUS Studie	LEIPZIG Studie I	LEIPZIG Studie II	LEIPZIG Studie III	Verlorene Mitte	IfD Studie
SINUS	Der Einfluss von Juden und Freimaurern auf unser Land ist auch heute noch groß. (völlig/teilw. richtig)	25					
IfD	Juden haben zu viel Macht auf dieser Welt. (Zustimmung)						9
MITTE	Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss. (stimme zu)					8	
Allbus 2016	Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss (stimme völlig zu)		9				
L I – L III	Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß. (stimme überwiegend/voll und ganz zu)		11	10	10		
L I – L III	Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen. (stimme überwiegend/voll und ganz zu)		10	8	7		
L I – L III	Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns. (stimme überwiegend/voll und ganz zu)		10	9	6		
SINUS L I – L III	Wir sollten (wieder) einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert. (L I – L III ohne wieder; Zustimmung)	14	11	11	9		
SINUS	Wir sollten wieder eine einzige starke Partei haben, die wirklich die Interessen aller Schichten unseres Volkes vertritt. (völlig richtig)	11					
MITTE	Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig. (stimme zu)					8	
SINUS	Wenn man vom Krieg absieht, hatte es D. unter Hitler eigentlich besser als heute. (völlig/teilweise richtig)	18					
L I – L III	Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten (stimme überwiegend/voll und ganz zu)		8	8	6		
L I – L III	Ohne Judenvernichtung würde man Hitler als großen Staatsmann ansehen. (stimme überw./voll und ganz zu)		6	9	8		
IfD	Vieles, was über die nationalsozialistischen Verbrechen gesagt wurde, ist übertrieben. (Zustimmung)						7
L I – L III	Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden. (stimme überwiegend/voll und ganz zu)		6	8	6		
MITTE	Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen. (stimme eher/voll und ganz zu)					12	

Tabelle 8: Meinungen über Juden (identische Items und Methodik, Wiederholungsstudien):

Allbus 1980-2018, ZA5274	1996	2006	2016
<i>Man hört hier und da verschiedene Meinungen über Juden. Wir haben einmal einige davon hier zusammengestellt. Würden Sie mir bitte - wieder anhand der Liste - sagen, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen? (7-stufige Rating-Skala; (1) stimme überhaupt nicht zu bis (7) stimme voll und ganz zu.</i>	stimme voll und ganz zu (%)		
Mich beschämt, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben.	51	50	53 ↑
Median der 7-stufigen Skala	7	7	7
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.	21	22	15 ↓
Median der 7-stufigen Skala	4	4	4
Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.	9	11	7 ↓
Median der 7-stufigen Skala	3	3	3
Allbus 1980-2018, ZA5274	1996	2006	2016
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig.	5	7	3 ↓
Median der 7-stufigen Skala	2	2	1

Juden als Nachbarn (7 = sehr angenehm, 1 = sehr unangenehm) Median der 7- stufigen Skala	4	4	4
Index Judenfeindschaft* (3 Items mit 7-stufiger Skala)	19	20	14
Freiburger Persönlichkeitsinventar	1982	1999	2018
Ich finde, wir sollten uns als Deutsche mit der Judenvernichtung (2018: Ermordung der Juden) im Holocaust und mit den Vorgängen im Drit- ten Reich auseinandersetzen. – stimmt %	52	55	69 ↑

Die folgenden Ergebnisse aus verschiedenen Umfragen zeigen ganz klar, dass sich Anhänger rechtsextremer bzw. rechtspopulistischer Parteien in Hinsicht auf ihre antisemitischen Vorurteile deutlich von Anhängern anderer Parteien abheben, in der Vergangenheit wie auch in jüngster Zeit.

Tabelle 9: Judenfeindschaft nach Parteipräferenz

Index Judenfeindschaft								
Erhebung	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	REP	NPD	AfD
1996	22	20	21	11	10	57		
2006	22	19	23	7	18	47	56	
2016	13	12	12	5	10			33

Quelle: Allbus-Daten ZA5274, eigene Berechnung

Tabelle 10: Einfluss von Juden nach Parteipräferenz - IfD-Umfrage 2018 (N = 1.279)

Einstellung zu Juden						
Frage: „Wenn jemand sagt: ‚Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.‘ Würden Sie sagen, das stimmt, oder das stimmt nicht?“						
	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD
stimmt%	19	16	19	17	20	55
stimmt nicht%	40	47	46	36	50	23
unentschieden%	41	37	35	47	30	22

Quelle: FAZ Nr. 140, 20.6.2018, S. 8. Wie antisemitisch ist Deutschland?

Ergebnisse der Mitte-Studien in Hinsicht auf Parteipräferenz und Extremismus belegen, dass sich die Anhänger der AfD und der Grünen markant unterscheiden. Unter rechtsextremen AfD-Anhängern sind Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit und Chauvinismus stark ausgeprägt, wohingegen unter Anhängern der Grünen manifest-rechtsextreme Einstellungen im Zeitraum 2014-2018 insgesamt kaum vorhanden waren.

Tabelle 11: Parteiwahl von Rechtsextremen (Mitte-Studien 2014 – 2018)

Was wählen Rechtsextreme?							
	N	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD
2014	179	21	25			7	6
2016	106	11	15		4	3	35
2018	101	19	10	5	1	7	34

Quelle: Mitte-Studien 2014, 2016, 2018

Tabelle 12: Rechtsextremismus unter Anhängern der AfD (Mitte-Studien 2014 – 2018)

AfD - Manifest-rechtsextreme Einstellungen in %				
6 Dimensionen	2014	2016	2018	Veränderung 2014/2018
Ausländerfeindlichkeit	50	53	56	+6%
Chauvinismus	29	47	40	+11%
Antisemitismus	14	17	13	-1%
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	8	18	13	+5%
Verharmlosung des Nationalsozialismus	12	8	10	-2%
Sozialdarwinismus	2	8	8	+6%
	N = 52	N = 161	N = 160	

Quelle: Mitte-Studien 2014, 2016, 2018

Tabelle 13: Rechtsextremismus unter Anhängern der Grünen (Mitte-Studien 2014 – 2018)

GRÜNE - Manifest-rechtsextreme Einstellungen in %				
6 Dimensionen	2014	2016	2018	Veränderung 2014/2018
Ausländerfeindlichkeit	1,7	1,0	1,8	+0,1%
Chauvinismus	1,5	4,4	4,1	+2,6%
Antisemitismus	0,8	0,2	0,8	0%
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	2,3	0	1,3	-1,0%
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1,4	0	0	-1,4%
Sozialdarwinismus	0	0	0,2	+0,2%
	N = 238	N = 268	N = 399	

Quelle: Mitte-Studien 2014, 2016, 2018

7. Antisemitismus im Internet

Im Widerspruch zur relativen Konstanz antisemitischer Einstellungen in den letzten Dekaden in der Gesamtbevölkerung steht die starke Zunahme von Antisemitismen im digitalen Zeitalter. Die Kognitionswissenschaftlerin Schwarz-Friesel (2018) hat mit einem Team über vier Jahre lang Artikulation, Tradierung, Verbreitung und Manifestation von Juden Hass im World Wide Web 2.0 erforscht mit dem Ergebnis, dass sich die Zahl der antisemitischen Online-Kommentare im Vergleich zu Ausgaben der Main-stream-Presse zwischen 2007 und 2017 vervierfacht hat. *„Dieser Anstieg geht einher mit qualitativer Radikalisierung und Intensivierung der Antisemitismen. Das Sag- und Sichtbarkeitsfeld für Antisemitismen hat sich daher im Web 2.0 exorbitant vergrößert“*. Das methodische Vorgehen von Schwarz-Friesel ist einzigartig und innovativ: so wurden im Rahmen einer Langzeitstudie zunächst tausende von Webseiten und zig-tausende von User-Kommentaren mit jüdenfeindlichen Inhalten (z.B. israel*, jüden*, antisemit*) durch einen Crawler automatisch gespeichert und dann detailliert mittels Kodierleitfaden durch geschulte Kodierer inhaltlich analysiert/kategorisiert. Die Kommentarbereiche umfassen u.a. Themen zur NS-Vergangenheit, zum Nahostkonflikt und zu Israel, zu aktuellen politischen und religiösen Themen (Flüchtlingskrise, Beschneidungsdebatte, Verlautbarungen des ZJD). Um Tendenzen der Zu- oder Abnahme der Antisemitismusproduktion erfassen zu können, wurden Kommentarbereiche aus dem Zeitraum 2007 bis 2017 miteinander verglichen, wobei der Fokus auf dem Alltagsantisemitismus lag (keine Posts von Extremisten). Das Fazit von Schwarz-Friesel lautet¹⁶:

„Die internationale Ver- und Ausbreitung drastischer Antisemitismen und Gewaltphantasien über das einflussreiche und allgegenwärtige Web 2.0 verläuft in sozialen Netzwerken unkontrolliert, und die Hemmschwelle, jüdenfeindliche Äußerungen zu artikulieren, sind generell. Auch physische Gewaltakte gegenüber Jüdinnen und Juden, Anschläge auf Synagogen, Schändungen jüdischer Friedhöfe, Terrorattacken sowie Diffamierungs- und Boykott-Kampagnen gegen den jüdischen Staat Israel sind augenfälliger geworden“.

¹⁶ Schwarz-Friesel, M. (2018). Aktuelle Manifestationen von Antisemitismus: Juden Hass zwischen Kontinuität und Wandel. Vortrag in München am 25.7.2018; <https://www.google.com/search?q=schwarz-friesel+aktuelle+manifestationen&oeq=schwarz-friesel+aktuelle+manifestationen&aqs=chrome..69i57.12055j0j7&sourceid=chrome&ie=UTF-8>

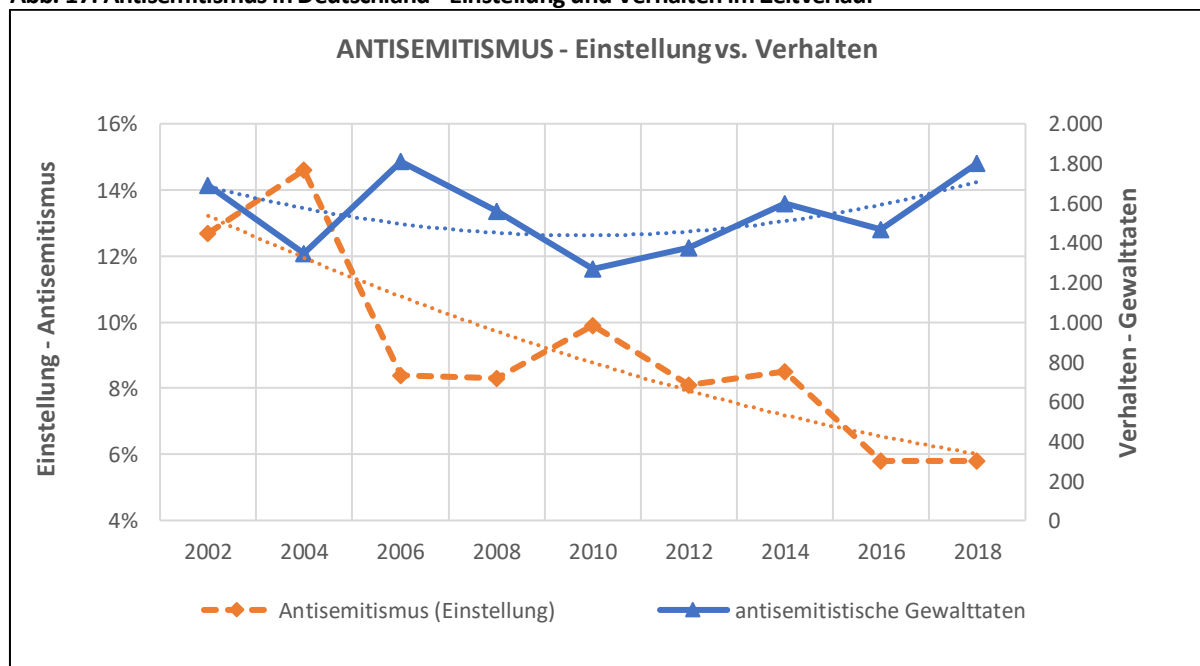
Zurecht wurde die Berliner Studie wegen des Umfangs und der Authentizität der Daten von Rezenten hochgelobt: „Erstmals wurden auf breiter Grundlage Meinungen und Emotionen erhoben, die ungefiltert zum Ausdruck kommen... Das ist ein Vorzug gegenüber Umfragen zu antisemitischen Einstellungen, bei denen die Forschungssituation und die Vorsicht der Befragten die Ergebnisse verzerren können“. Kritisch bemerkt der Rezensent der Frankfurter Allgemeinen (FAZ, Wolfgang Krischke, 25.7.2018) jedoch: „Die Berliner Studie zum Antisemitismus im Netz leistet Großes. Bei der Unterscheidung von Judenhass und legitimer Israel-Kritik verrennt sie sich aber im Positivismus“.

In Hinsicht auf die zunehmende Verbreitung des „Judenhass im Internet“ sind jedoch Spezifika des Internet zu bedenken. Datenauswertungen des Web haben gravierende Probleme, denn bestimmte Bevölkerungsgruppen sind aus verschiedenen Gründen unterrepräsentiert; manche Deutsche haben weniger Zugang zum Internet, benutzen es selten oder nur für bestimmte Zwecke, besitzen nicht genügend Computerkenntnisse, etc. In jedem Fall können empirische Befunde aus dem Internet wegen Selektionsfehlern zu verzerrten, nicht-repräsentativen Aussagen führen.

Bemerkenswert im Internet-Kontext ist ein Befund des US-Medienwissenschaftler Trevor Davis¹⁷, der vor der Europawahl 2019 (zwischen Oktober 2018 bis Mai 2019) herausfand, dass keine Partei die Facebook Plattform so sehr dominierte wie die AfD. Davis et al. (2019) untersuchten im genannten Zeitraum 6.817 politische Webseiten und etwa 220 Millionen Interaktionen auf jenen Seiten. Die AfD erhielt etwa fünfmal so viel „Likes“ und Kommentare wie andere Parteien. Im Ranking von Facebook-Accounts (oft Schein-Accounts zwecks AfD-Unterstützung) lag die AfD mit 1.500 Seiten deutlich an der Spitze vor anderen Parteien. Nach Davis hatte die AfD im Schnitt auch über 4.000 Foto-Posts pro Woche abgesetzt, während Oppositionsparteien wie Die Linke oder die FDP meist nur auf mehrere Hunderte Posts pro Woche kamen. Vermutlich (dieser Autor) befolgte die AfD vor der Europawahl eine geschickte Wählerbeeinflussung durch Verlagerung von Nachrichten und Kommunikation auf die sozialen statt auf die traditionellen Medien, denen die AfD oftmals eine unfaire Behandlung vorwirft.

8. Antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen

Abb. 17: Antisemitismus in Deutschland - Einstellung und Verhalten im Zeitverlauf



Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Gewaltstatistik des BMI und Daten der Mitte-Studien.

¹⁷ <https://www.spiegel.de/politik/warum-die-afd-auf-facebook-so-erfolgreich-ist-a-00000000-0002-0001-0000-000163612064>; <https://smpa.gwu.edu/sites/g/files/zaxdzs2046/f/2019-07-22%20-%20Suspicious%20Election%20Campaign%20Activity%20White%20Paper%20-%20Print%20Version%20-%20IDDP.pdf>

Nach Aussagen des Verfassungsschutzes ist die Zunahme von antisemitischen Straftaten auffällig. Diese hätten in jüngster Zeit bedenkliche Ausmaße angenommen. Dem im Juli 2020 vom BfV veröffentlichten „Lagebild Antisemitismus“ ist zu entnehmen, dass die Zahl der gemeldeten antisemitischen Straftaten (Beleidigungen, Anfeindungen, Einschüchterungen, Angriffe, Sachbeschädigungen) laut PMK-Statistik zwischen 2018 und 2019 um 13 Prozent angestiegen ist. Die gemeldeten Straftaten (ohne Dunkelfeld) hätten mit über 2.000 Delikten den höchsten Stand seit Beginn der statistischen Erfassung vor fast 20 Jahren erreicht. Der Anstieg von 1.268 Straftaten im Jahr 2010 auf 2.032 Straftaten im Jahr 2019 bedeutet eine Zunahme von 60 Prozent in 10 Jahren. 93 Prozent der antisemitischen Straftaten seien laut BfV einem rechtsextremistischen Hintergrund zuzuordnen. Innenminister Seehofer begegne dieser „schlimmen Entwicklung“ seit dem letzten Jahr mit zahlreichen personellen und organisatorischen Maßnahmen in den Sicherheitsbehörden, mit einem „Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ und dem Ausbau der Präventionsarbeit. Im Juni 2020 verabschiedete die Bundesregierung dann auch ein Gesetzespaket gegen Hass und Hetze im Internet. Für Beleidigungen und Drohungen im Internet, etwa Körperverletzung, sexuelle Übergriffe oder auch Sachbeschädigung kann in Zukunft Gefängnis von bis zu zwei Jahren verhängt werden. Bisher stand auf eine im Internet veröffentlichte Morddrohung nur eine mögliche Gefängnisstrafe.

Die Beziehung von antisemitischen Meinungen und Einstellungen, verbalem Antisemitismus im Internet und diskriminierendem Verhalten gegenüber Juden im Alltag ist nach wie vor eine terra incognita. Wie ist die relative *Kontinuität und Stabilität antisemitischer* Einstellungen in der Gesamtbevölkerung - belegt durch zahlreiche repräsentative Querschnittsbefragungen wie auch durch Panel-Ergebnisse (GMF-Längsschnitt) - in Relation zum *kontinuierlichen Anstieg der Judenfeindschaft im Internet* und zum *Anstieg antisemitischer Gewalttaten* in jüngster Zeit zu erklären?

Und: „Wie kommt es zu einer Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung der Betroffenen [Juden], den Umfragen von Sozialwissenschaftlern und der Polizeistatistik? Dafür, so heißt es im Bericht des Expertenkreis ‘Antisemitismus für die Bundesregierung 2017‘ „gibt es derzeit keine plausible Erklärung“.

Bedauerlicherweise gibt es bislang auch keine überzeugenden Erklärungen für die generell „skandalös geringe“ Beziehung zwischen Einstellung und Verhalten (Six, 2000)¹⁸ im Allgemeinen, antisemitischen Vorurteilen und diskriminierendem Verhalten gegenüber Juden im Speziellen. Liegt statt dem postulierten kausalen, nur ein formaler Zusammenhang vor? Muss die in der Forschung bevorzugte Sichtweise der Determinationsrichtung „Einstellung beeinflusst Verhalten“ umgekehrt werden in „Verhaltensweisen beeinflussen Einstellungen“? Die Kontakthypothese von Allport (1954) und Studien zur Auswirkung von Rollenspielen auf Einstellungen sowie ökologisch-psychologische Ansätze sprechen für die Hypothese, dass auch der Schluss von Verhalten auf die Einstellung möglich sei. In diese Richtung argumentieren auch die Autoren der Leipziger Autoritarismus-Studie (2018, S. 26):

„In den Sozialwissenschaften... ist man sich darüber im Klaren, dass sich Einstellungen nicht zwingend in Verhalten umsetzen. In den letzten Jahren war jedoch eine Veränderung zu beobachten, denn offenbar hat sich das Verhalten nun an die lange schon vorhandenen Einstellungen angeglichen. Nicht nur ist die Zahl extrem-rechts motivierter Gewalt- und Straftaten sprunghaft angestiegen, auch in der Handlung des Wählens wird die extrem-rechte Einstellung vermehrt ausgedrückt. Was der NPD nicht gelungen war, davon profitiert derzeit die AfD: Jene Bundesdeutschen, die zwar schon lange extrem-rechte Einstellungen teilten, sei es Chauvinismus, Befürwortung einer Diktatur, Antisemitismus oder Ausländerfeindlichkeit, aber bisher ihr Kreuz bei der SPD oder CDU gemacht hatten, handeln jetzt entsprechend ihrer Einstellung“.

Nach Mummendey (1988, S. 1-26) handelt es sich beim Themenkomplex Einstellung und Verhalten um ein uraltes wissenschaftliches Problem in wechselnd neuem Gewande: „Entspricht unser Sagen und Tun, das Denken dem Handeln, entsprechen Kognition und Evaluation dem menschlichen Verhalten?... Wird jemand, der sich für Toleranz und Gleichberechtigung ausspricht, sich selbst auch tolerant verhalten und seinen Mitmenschen Gleichberechtigung gewähren?“

Meta-Analysen kamen zu ernüchternden Ergebnissen: eklatant geringe Korrelationen zwischen

¹⁸ <https://www.spektrum.de/lexikon/psychologie/einstellungen/3914>.

Einstellungen und Verhalten/Handeln. Wicker (1969), der 16 empirische Studien auf Meta-Ebene analysierte, resümierte: „Insgesamt gesehen lassen es diese Studien erheblich wahrscheinlicher erscheinen, dass zwischen Einstellung und manifestem Verhalten nur ein schwacher oder gar kein Zusammenhang besteht, als dass Einstellungen und Handeln eng miteinander verbunden sind“. Laut Wicker war die gemittelte Korrelation zwischen Einstellungen und Verhalten mit $r = .15$ sehr gering. Schütz und Six (1996) fanden auf Basis von 60 unabhängigen empirischen Studien aus den Jahren 1930-1993 eine gemittelte Korrelation von $r = .24$ zwischen fremdenfeindlicher Einstellung (Vorurteil) und diskriminierendem Verhalten, und ein $r = .37$ zwischen Vorurteil und diskriminierenden Verhaltensabsichten. Diese niedrigen Korrelationen zeigen eine geringe bis mittlere Effektstärke an; die gemeinsame Varianz liegt unter 15 Prozent. Im GMF-Survey 2002 (Heitmeyer et. al. 2002, S. 113) betrug die Korrelation zwischen antisemitischer Einstellung und Gewaltbereitschaft (verbales Verhalten!) lediglich $r = .22$, und in der letzten Mitte-Studie 2018/19 (S. 100, Tab. 3.11) waren die Unterschiede zwischen schwach und stark gewaltbereiten Befragten in Hinsicht auf den klassischen Antisemitismus statistisch unbedeutsam (schwach vs. stark Gewaltbereite: 4.8% vs. 7.0% antisemitisch eingestellt).

Da Einstellungen oftmals nicht zu einer präzisen Verhaltensvorhersage in ausreichendem Maße beitragen, greifen Forscher zu Dritt- bzw. Moderatorvariablen wie Einstellung von wichtigen Bezugspersonen, früheres Verhalten, Bereitschaft und Möglichkeit, Verhalten auszuführen (Verhaltensintentionen). Die Prädiktor-Qualität für zukünftiges Verhalten kann zwar durch die Einbeziehung von Drittvariablen erhöht werden, doch ist dies eine methodische Krücke, denn bekanntermaßen lässt sich die Vorhersage von Kriteriumsvariablen deutlich verbessern, wenn die Zahl der Prädiktorvariablen erhöht wird.

Der Historiker Daniel Jonah Goldhagen (1998) vertritt die Auffassung, dass der deutsche „endemische“ Antisemitismus seit dem 19. Jahrhundert tief in der deutschen Gesellschaft verwurzelt, stets präsent sei, allerdings mal mehr, mal weniger manifest. *„Nicht der Antisemitismus selbst nimmt zu und ab; es sind vielmehr seine Ausdrucksformen... Die Annahme, ...dass eine Abnahme antisemitischer Handlungen auch einen Rückgang antisemitischer Auffassungen bedeutet, ist durch nichts gerechtfertigt“* (S. 64). Als Beleg für seine Sichtweise dienen Goldhagen nicht nur antisemitische Publikationen, sondern auch die Vielzahl und das Verhalten der Täter, Zeugen und Mitwisser aus der NS-Zeit.

Die Autoren des Berichts zum Antisemitismus in Deutschland – Aktuelle Entwicklungen (BMI, 2017, S.90) schlussfolgern in Hinsicht auf antisemitische Einstellungen und Verhalten: *„Im historischen Vergleich war der offene Antisemitismus wohl selten so sehr an den Rand gedrängt wie heute. Gleichzeitig sind moderne Facetten des Antisemitismus auch in der breiten Bevölkerung nach wie vor weit verbreitet;... Darüber hinaus erleben wir derzeit in gewissen altbekannten Spektren, nämlich im Bereich des Rechts- und Linksextremismus, aber auch im islamistischen Fundamentalismus eine antisemitische Mobilisierung... Eine weitgehend stabile Situation, was die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung betrifft, geht einher mit einer erhöhten Aktivität auf der Ebene von Meinungsäußerungen, Propaganda und Übergriffen auf der Handlungsebene“*.

9. AfD – Protest- und Wutbürgerpartei?

In der politischen Arena sind Emotionen wie das Salz in der Suppe, besonders in Wahlkampfzeiten. Kandidaten, denen es gelingt bei den Wählern bestimmte Gefühle anzusprechen, haben größere Chancen gewählt zu werden; die Wählerschaft selbst reagiert oft emotional auf die Politik und ihre Akteure.

Nach dem Rückzug des Parteigründers Bernd Lucke aus der AfD¹⁹ im Jahr 2015 kommentierte dieser: *„Ich habe sicherlich Fehler gemacht und zu den größten gehört zweifellos, dass ich zu spät erkannt habe, in welchem Umfang Mitglieder in die Partei drängten, die die AfD zu einer Protest- und Wutbürgerpartei umgestalten wollen“*. Ist die AfD eine Protest- und Wutbürgerpartei?

¹⁹ Im Juni 2020 kündigte der Publizist und Mitbegründer der AfD, Konrad Adam an, er werde die Partei am 1.1.2021 verlassen: „Im siebten Jahr nach ihrer Gründung hat die AfD zusammen mit ihren hohen Ansprüchen ihren Charakter, ihre Richtung, ihr Profil verloren – abgesehen von ihrem alten Drall nach rechts“ (Welt.de, 17.6.2020).

Aus Infratest-dimap-Umfragen vor und nach der Bundestagswahl 2017 geht hervor, dass Enttäuschung über andere Parteien sowie Sorgen und Ängste wesentlich zum Erfolg der AfD beigetragen haben. Eine haushohe Mehrheit unter den AfD-Wählern vertrat die Auffassung: „Die AfD ist die einzige Partei, mit der ich meinen Protest ausdrücken kann“ (85%). Bei 61% der AfD-Anhänger erfolgte die Wahlentscheidung in erster Linie aus „Enttäuschung über andere Parteien“ (gesamte Wählerschaft = 30%) und nicht aus „Überzeugung für meine Partei“ (AfD 31% vs. gesamt 63%). Auch Sorgen und Ängste beeinflussten das Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl. AfD-Unterstützer machten sich damals „große Sorgen“, dass ...

- wir einen Verlust der deutschen Kultur erleben (95% Zustimmung),
- der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird (92%),
- unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet (91%),
- die Kriminalität künftig massiv zunimmt (91%).

Eine Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung (2013), in der Mitarbeiter des Instituts Massenproteste beobachteten, Aktivisten vor Ort interviewten und Gruppendiskussionen durchführten, ergab ein interessantes Ergebnis, das der ZEIT-Journalist Michael Schlieben (2.2.2013)²⁰ auf die Formel brachte: „Der deutsche Protest ist alt, klug und männlich.“ Andere Journalisten titelten zur Göttinger Studie u.a.: „Der klassische Wutbürger ist ein sturer Egoist, der sich in erster Linie um seine eigenen Interessen kümmert“. Der Studienleiter, Professor Franz Walter, führte präziser aus: „Hinter den sozial engagierten, gesellschaftskritischen Wutbürgern verbergen sich zuweilen sture Egoisten, die sich in erster Linie an privaten Interessen orientieren. Die umtriebigen Wortführer gegen Flughafenausbau, Windräder und Oberleitungen sind in bemerkenswert großem Umfang (über 90 Prozent) Grundstückseigentümer und Hausbesitzer“.

Der Begriff „Wutbürger“ wurde 2010 in einem Spiegel-Essay des Journalisten Dirk Kurbjuweit (41/ 2010) geprägt, später zum „Wort des Jahres“ gewählt. Der Begriff fand sogar Aufnahme im Duden, wo der Wutbürger als ein „aus Enttäuschung über bestimmte politische Entscheidungen sehr heftig öffentlich protestierende[n] und demonstrierende[n] Bürger“ definiert wurde. Kurbjuweit schrieb: „Eine neue Gestalt macht sich wichtig in der deutschen Gesellschaft: Das ist der Wutbürger. Er bricht mit der bürgerlichen Tradition, dass zur politischen Mitte auch eine innere Mitte gehört, also Gelassenheit, Contenance. Der Wutbürger buht, schreit, hasst. Er ist konservativ, wohlhabend und nicht mehr jung. Früher war er staatstragend, jetzt ist er zutiefst empört über die Politiker...Der Wutbürger wehrt sich gegen den Wandel, und er mag nicht Weltbürger sein. Beide Proteste sind Ausdruck einer skeptischen Mitte, die bewahren will, was sie hat und kennt, zu Lasten einer guten Zukunft des Landes...“.

Nach Ansicht des „Parteiphilosophen“ und Vordenkers der AfD Marc Jongen²¹ leidet die Bundesrepublik an einer „thymotischen Unterversorgung“, einer Armut an Zorn, Wut und Empörung. Die AfD unterscheide sich durch ihren positiven Bezug zum Thymos von allen anderen Parteien; sie allein lege „Wert darauf, die Thymos-Spannung in unserer Gesellschaft wieder zu heben“. „Stolz und Wut sind in der AfD wichtige Emotionen“.²² Weil es Deutschland an Zorn und Wut fehle, mangle es seiner Kultur auch an Wehrhaftigkeit gegenüber anderen Kulturen und Ideologien, etwa dem Islamismus, der seinerseits eine „hochgeputschte thymotische Bewegung“ sei.

Eine von der Konrad Adenauer Stiftung nach der BTW 2017 beauftragte repräsentative Studie zu Emotionen und politischen Einstellungen²³ ergab, dass sich unter den Wählern der Union die meisten Optimisten, unter den Wählern der AfD dagegen die meisten Pessimisten fanden. Die Studie zeigte auch, dass AfD-Anhänger überwiegend positive Gefühle mit der Partei assoziierten (wie Zuversicht, Vertrauen, Hoffnung), während Anhänger anderer Parteien beim Gedanken an die AfD vor allem Unbehagen, Angst, Empörung, Wut und Aufregung auslöste.

²⁰ <https://www.zeit.de/politik/2013-01/wutbuerger-studie-protest>

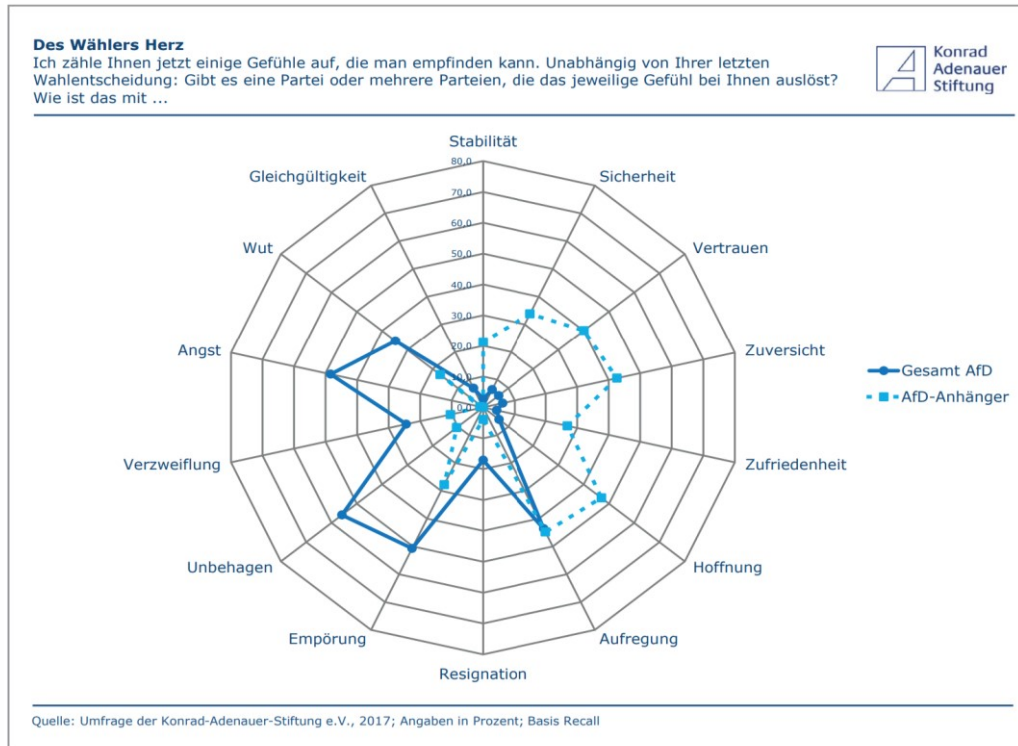
²¹ Marc Jongen im Gespräch mit Justus Bender und Reinhard Bingener: Die wehrhafte Wut des Winkelzahnmolches. In: FAS vom 10. Januar 2016.

²² Bürger in Wut (BIW) ist eine 2004 gegründete rechtspopulistische Wählerversammlung, die hauptsächlich in Bremen aktiv ist. BIW selbst bezeichnet sich als bürgerlich-konservativ. BIW ist seit 2007 in der Bremischen Bürgerschaft vertreten.

²³ Pokorny, S. (Konrad Adenauer Stiftung, Mai 2018, Ausgabe 302). Von A wie Angst bis Z wie Zuversicht. Eine repräsentative Untersuchung zu Emotionen und politischen Einstellungen in Deutschland nach der Bundestagswahl 2017.

https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=d136d87e-3334-2432-d168-c57f8e9bf848&groupId=252038

Abb. 18: Emotionen von AfD-Sympathisanten (2017)



In einer spanischen Panel-Studie aus den Jahren 2014-16 wurden negative Emotionen, d.h. Wut/ Zorn (rage) und Angst/Furcht (fear), im Nachgang der (ökonomischen) Schulden-, Banken- und Finanzkrise in Verbindung mit Populismus und soziodemografischen Merkmalen untersucht. Die Autoren kamen auf Basis von Regressionsanalysen zu dem Ergebnis, dass Wut, nicht Angst populistische Einstellungen nährt und einhergeht mit einer Unterstützung der (links)populistischen Partei Podemos²⁴: „Unsere empirischen Analysen zeigen, dass Populismus eher wütende denn ängstliche Bürgerinnen und Bürger anspricht. Je wütender eine Person ist, desto populistischer werden ihre Einstellungen. Im Gegensatz dazu passen Unsicherheit und Angst nicht zur Weltansicht der Populisten, denn Angst führt eher zu risiko-aversen Reaktionen“.²⁵

Seit Einzug der AfD in den Bundestag hat sich die Debattenkultur verändert. Es ist eine Verrohung des politischen Diskurses zu beobachten, eine Zunahme von Verbalradikalismus, mit der Absicht die Wählerschaft zu emotionalisieren. Nach Analysen des Rhetorik-Professors Olaf Kramer von der Universität Tübingen bedient sich die AfD im Parlament neben Methoden von häufigen Zwischenrufen und Wiederholungsschleifen bestimmter Ausdrücke wie „Staatsversagen“ oder „Messer-Männer“ der Emotionalisierung, um Angst zu erzeugen. „Dieses Gefühl von Unsicherheit und Bedrohung rufen viele AfD-Abgeordnete in ihre Reden hervor. Außerdem ist die AfD-Rhetorik sehr aggressiv. Etwa mit der Ankündigung von Alexander Gauland, Kanzlerin Angela Merkel zu „jagen“. Auch in der Debatte werden Positionen des politischen Gegners nicht einfach nur zurückgewiesen, sondern gleich als völlig absurd dargestellt und aggressiv angegangen“.²⁶

Eine Veränderung der Debattenkultur wurde jüngst auch von der Sprach- und Politikwissenschaftlerin Heidrun Kämper festgestellt. Kämper (2020) analysierte 125 Plenarprotolle des Landtages von Baden-Württemberg in der laufenden 16. Legislaturperiode bis Juli 2020 und verglich die Protokolle mit denen der vorherigen Periode in Hinsicht auf Sprache, Umgangston und Themen. Die Taktik der AfD im BaWü-Landtag, u.a.: „Vorwürfe zurückweisen und anderen zum Vorwurf machen“; „Bewusst provozieren, halbherzig zurückrudern“; „Regeln brechen, Unruhe stiften, stören“. „Im Fall der 16. Legislaturperiode des bawü Parlaments entzündeten sich die Kontroversen mit hoher Evidenz an den Zuschreibungen der Eigenschaften ‚demokratisch‘ und ‚antisemitisch‘, sowie in Vergleichen mit der Nazizeit. Kein anderes Parlament, außer dem Bundestag der

²⁴ Rico, M et al. (2017). The Emotional Underpinnings of Populism: How Anger and Fear Affect Attitudes. Swiss Political Science Review 23 (4), 444-461.

²⁵ <https://www.defacto.expert/2018/02/13/populismus-wut/>

²⁶ <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-bundestag-interview-1.4117527>

frühen Jahre, war derart durchzogen mit dem Nazikomplex, wie das der 16. Wahlperiode in Baden-Württemberg“... „Demokratischsein reklamieren sie [die AfD] für sich, für nazistisch erklären sie das Verhalten und den Kommunikationsstil von Mitgliedern der anderen Fraktionen“. Kämper's Auszählung zum Thema „Nazi“ (Nazivergleiche, Nazimethoden, Nazikeule, Nazidiktion) erbrachte dreimal so viel Nennungen wie in der 15. Legislaturperiode; das Thema Antisemitismus kam 500 Mal vor, im Vergleich zu 15 Mal in der vorherigen Wahlperiode. Für die „Altparteien“ würde laut Kämper das Muster lauten: „Wir sind Demokraten. Die AfD ist antidemokratisch und antisemitisch“. Umgekehrt laute für die AfD das Muster: „Wir sind die wahren Demokraten. Wir sind keine Antisemiten. Die anderen sind un- und nichtdemokratisch. Bestimmtes Verhalten/ Verhalten hat Parallelen mit der Nazizeit“.

10. AfD-Wähler – Narzissten?

Narzissmus ist unter den Wählern der AfD laut einer Studie der Universität Leipzig²⁷ stärker verbreitet als in der Anhängerschaft anderer Parteien. „Relativ hohe Narzissmus-Werte haben wir auch bei den Wählern der Linken gefunden. Allerdings waren diese dort - anders als bei den AfD-Wählern - nicht verknüpft mit einem Hang zum Autoritären“. Auf der Narzissmus-Skala (NARQ-S, 6 Items) erreichten die AfD-Wähler den höchsten Wert; die Anhänger der Linkspartei lagen dahinter. Den geringsten Hang zum Narzissmus attestieren die Autoren den Wählern von FDP und SPD. Die rund 2.100 Studienteilnehmer sollten sich darin zu Aussagen wie "Ich habe es verdient, als große Persönlichkeit angesehen zu werden" oder "Mit meinen besonderen Beiträgen schaffe ich es, im Mittelpunkt zu stehen" positionieren. Der Satz "Die meisten Menschen sind ziemlich Versager" (AfD M = 2,42 vs. Grüne M = 1,96), fand bei den Wählern der AfD die stärkste Zustimmung. Doch mit $d = 0.46$ liegt nur eine geringe Effektstärke vor.

11. Einfluss der (Big Five) auf Parteineigung

Eine umfangreiche Studie zur „Psyche des Politischen – Was der Charakter über unser politisches Denken und Handeln verrät“ hat Markus Freitag, ein Politologe an der Universität Bern, 2017 vorgelegt. Im Vorwort des 254 Seiten umfassenden Buches bezieht sich Freitag auf psychometrische Modelle zur Beeinflussung der amerikanischen Präsidentschaftswahlen und der Brexit-Entscheidung mit dem Hinweis, dass der Schlüssel zu einer erfolgreichen Wahlkampagne im Wissen um die Persönlichkeit liege²⁸. „Spezifische Informationen über die Psyche der Wahl- und Abstimmungsbürgerinnen und -bürger erlaubten eine gezielte Ansprache und eine passgenaue Übermittlung politischer Botschaften. In Zeiten nachlassender Prägekraft soziopolitischer Milieus und einer zunehmenden Emotionalisierung der Politik ist dies eine durchaus bemerkenswerte und herausfordernde Annahme“.

Freitag untersuchte auf Basis von vier repräsentativen Bevölkerungsumfragen in der Schweiz (2012-2016, N = 4.380) den Zusammenhang zwischen Persönlichkeitsmerkmalen nach dem FFM-Modell (15 Items) und politischen Einstellungen sowie Parteipräferenzen mittels Regressionsanalysen. Im AfD-Kontext sind Freitags Befunde zur Schweizerischen Volkspartei (SVP) von Interesse. Die SVP gilt als nationalkonservative, rechtspopulistische Partei, die sich durch eine provokative und plakative Rhetorik auszeichnet. In der Asyl-, Flüchtlings- und Ausländerpolitik hat sich die SVP rechtskonservativ und rechtsextrem positioniert (Verschärfung des Asylrechts und Eindämmung der Zuwanderung: Slogans - „Integration ist kein Selbstbedienungsladen (2013)“, „Volkswille umsetzen – Kriminelle Ausländer endlich konsequent ausschaffen (2020)“, „Kein Ausverkauf unserer Heimat“, „Massenzuwanderung vernichtet Klimaziel“. Bei den letzten Nationalratswahlen 2019 erzielte die SVP einen Stimmenanteil von 25.6% (2015: 29.4%); im Nationalrat ist sie gegenwärtig mit 53 von 200 Nationalräten vertreten.

Laut Freitag haben „sehr gewissenhafte“ Personen (Big Five) eine starke Neigung zur SVP (im politischen Kontext laut Freitag Personen mit starkem Bewusstsein für Struktur, Pflichten und Hierarchien sowie Präferenz für Recht und Ordnung). „Der Unterschied zu einer weniger regeltreuen und bodenständigen Person beträgt deutliche 51 Prozentpunkte. Dieser Befund bestätigt unsere Vermutungen, wonach die SVP den Konservativen mit einem Sinn für Bodenständigkeit und einer Präferenz für Ordnung und Struktur eine Heimat bietet“. Darüber hinaus würden auch Personen mit „geringer Verträglichkeit“ eher zur SVP neigen. „Verfügt eine Person über

²⁷ Yendell, A. et al. (2018). Die Parteien und das Wählerherz 2018. Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig.

²⁸ „Personality drives Behavior“: sog. psychological or micro targeting mit Big Data, u. a. den Big Five (IPIP) – siehe: <https://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/diese-firma-weiss-was-sie-denken/story/17474918>; <https://www.pnas.org/content/pnas/110/15/5802.full.pdf>.

hohe Verträglichkeitswerte, sinkt die Wahrscheinlichkeit einer Bindung an die SVP um knapp 44 Prozentpunkte.“ Die Modellrechnungen von Freitag et al. (2018) mit einer Reihe von Prädiktorvariablen (sozio-strukturelle Merkmale, Einstellungen zu Zuwanderung, Wirtschaft und Populismus, Big Five) ergaben, dass die SVP-Wahl in erster Linie durch eine restriktive Einstellung zu Migration, durch Populismus und Urbanisationsgrad erklärt wird. Von den Big Five haben die Dimensionen *Gewissenhaftigkeit* und *Verträglichkeit* eine signifikante, doch eine *wenig effektstarke* Vorhersagekraft. Schimpf & Schoen (2017) kommen nach Reanalysen der Daten von Bakker et al. (2016) zur Schlussfolgerung, dass nur ein *indirekter negativer* Zusammenhang zwischen der Persönlichkeitseigenschaft „*Verträglichkeit*“ und der Wahl für die niederländische rechtspopulistische Freiheitspartei PVV bestehe. „*Our findings suggest that a lack of trust in parties and politicians plays a role in linking agreeableness to vote choice*“. Bei egozentrischen, intoleranten (immigrationsfeindlichen) PVV-Unterstützern würden Mangel an politischem Vertrauen und negative soziale Einstellungen die Parteiwahl viel stärker erklären als ein erniedrigter Big Five-Testwert in der Skala „*Verträglichkeit*“.

Tabelle 14: Verschiedene Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten nach Hofstad (2018)

(a) Big Five, (b) sozio-strukturelle Merkmale, (c) säkulare/religiöse Wertehaltung sowie Links-Rechts-Materialismus (old politics), (d) libertäre/autoritäre Einstellung sowie Einstellungen zu Integration und Umwelt (new politics).

Deutschland (2013)				Niederlande (2012)			
UV	R ²	ES Cohen	Effekt	UV	R ²	ES Cohen	Effekt
Big 5 (10 items)	.103	.339	klein	Big 5 (10 items)	.262	.596	stark
Socio-structural	.265	.600	stark	Socio-structural	.344	.724	stark
Old Politics	.186	.478	mittel	Old Politics	.593	1,207	stark
New Politics	.201	.502	mittel	New Politics	.467	.936	stark
Without Big 5	.328	.699	stark	Without Big 5	.796	1,975	stark
Full model	.385	.791	stark	Full model	.834	2,241	stark
Added Value B5	.057			Added Value B5	.038		

Quelle: Hofstad, T. (2018, Table 6.9, p.. 78). Datenbasis: World Values Survey 2010-2014. Big Five Inventory: 10 Items. Nagelkerke's R²

Hofstad (2018), der mit Daten der weltweiten Wertestudie (WVS, 2010-2014) den Einfluss der Big Five und anderer Prädiktoren auf Wahlverhalten untersuchte, kommt zu dem Ergebnis, dass die Big Five Testwerte zusammen nur eine geringe Vorhersagekraft für das Wahlverhalten in Deutschland (Wahl 2013) und in den Niederlanden (Wahl 2012) hatten (Tabelle 14). Von der aufgeklärten Gesamtvarianz in Höhe von 38.5% (Bundestagswahl 2013) entfielen nur 5.7% auf die Big Five Dimensionen. Ähnlich gering (3.8%) war auch der Mehrwert an Erklärungskraft durch die Big Five für das niederländische Wahlverhalten. Das Wahlverhalten in Deutschland, so Hofstad, wurde 2013 in erster Linie durch sozio-strukturelle Merkmale, in den Niederlanden dagegen durch Werteeinstellungen bestimmt.

In der Mehrzahl der politischen Studien, welche die Big Five einschlossen, wurden zwar signifikante Zusammenhänge mit politischen Themen wie Wahlverhalten festgestellt, insbesondere in Hinsicht auf die Dimensionen Offenheit für neue Erfahrungen und Gewissenhaftigkeit, doch oft fehlen Angaben zur Effektstärke der Big Five; und wenn sie mitgeteilt werden, tendieren sie meist zu gering bis sehr gering. Darüber hinaus sind inkongruente Ergebnisse hinsichtlich der Big Five teilweise durch methodische Verzerrungen erklärbar, denn bei der Messung der Big Five wurden sehr unterschiedliche Item-Listen verwendet, mit einem Item pro Dimension bis zu dutzenden von Items.

Eigene Berechnungen mit den GLES-Daten 2017 belegen die geringen Effekte der Big Five in Bezug auf Parteineigung bei der letzten Bundestagswahl. Vor der eigentlichen logistischen Regressionsanalyse wurden die Sympathisanten der AfD und jene aller anderen Parteien in Hinsicht auf Geschlecht, Schulbildung, Erwerbsstatus und Wohnort (Ost/West) per matching parallelisiert, so dass 160 statistische Zwillinge vorliegen (Geschlecht: M = 71%, F = 29%; Schulbildung: HS = 23%, MS = 46%, ABI = 31%; Erwerbsstatus: berufstätig = 66%, Rentner = 21%, Hausfrau/-mann = 7%, arbeitslos = 4%; Wohnort: Ost = 44%, West = 56%). Die folgende Tabelle 15 enthält die Klassifikationsergebnisse für drei Blocks von Prädiktorvariablen.

Tabelle 15: Klassifikationsergebnisse nach Regressionsanalysen (GLES 2017)

Big Five (5 x 2 = 10 Items)	vorhergesagt		N	% Richtige	Nagelkerke's R-Quadrat
	andere Partei	AfD			
beobachtet					.085
Neigung zu anderer Parteien	98	60	158	62.0	+ 12%
AfD-Neigung	68	88	156	56.4	+ 6.4%

Ausgangs-Trennwert 50 : 50%

Populismus + Links-Rechts-Orientierung	vorhergesagt		N	% Richtige	Nagelkerke's R-Quadrat
	andere Partei	AfD			
beobachtet					.573
Neigung zu anderer Parteien	123	30	153	80.4	+ 30.4%
AfD-Neigung	25	126	151	83.4	+ 33.4%
Populismus + Links-Rechts-Orientierung + Big Five	vorhergesagt		N	% Richtige	Nagelkerke's R-Quadrat
	andere Partei	AfD			
beobachtet					.583
Neigung zu anderer Parteien	124	27	151	82.1	+ 32.1%
AfD-Neigung	29	120	149	80.5	+ 30.5

Nach Kontrolle von soziodemografischen Merkmalen zeigt sich in dieser GLES-Studie, dass die Big Five allein höchstens 8% an Vorhersagekraft in Hinsicht auf Parteineigung besitzen. Dagegen sind bei Kenntnis der Einstellungen zu Populismus sowie der Links-Rechts-Orientierung deutlich bessere Vorhersagen um etwa 30% möglich. In zwei separaten Diskriminanzanalysen (s. Tab. 16) zeigte sich, dass die Trennung und Klassifikation zwischen Unterstützern der AfD und anderer Parteien bei Verwendung der Big Five sehr schlecht gelingt, bei Einschluss von weiteren unabhängigen Variablen jedoch befriedigend ist.

Tabelle 16: Diskriminanzanalysen (schrittweise) mit AV Parteisympathie (GLES 2017)

	Abhängige Variable	AfD	Zu- wachs	Andere Parteien	Zu- wachs	Kanonische Korr.
	Unabhängige Variablen	50%		50%		
1	Big Five (10 Items)	55%	+ 5%	65%	+ 15%	.223
2	Big Five, Skala Populismus, Skala Anti-Immigration, Links-Rechts-Skala	85%	+ 35%	84%	+ 34%	.690

Basis: statistische Zwillinge N = 160 AfD; N = 160 andere Parteien. Parallelisierung nach Geschlecht, Schulbildung, Erwerbsstatus, Wohnort Ost/West.

12. AfD – psychologisch betrachtet

Sozialpsychologen der Universität Trier haben versucht, der AfD und ihren Wählern mit psychologischen Thesen und Theorien auf die Spur zu kommen, denn „Politik wirkt immer durch psychologische Faktoren“. Die Autoren des Buches – „Die AfD-psychologisch betrachtet“ (2019) - überprüfen in 10 Kapiteln ihre Kernhypothese, dass sich der Wahlerfolg der AfD mit drei psychologischen Konfliktlinien (Ökonomie, Identität, Vertrauen) ausreichend erklären lässt, für welche die AfD zwar Angebote aber nur scheinbare Lösungen habe. Drei Konfliktlinien oder Problembereiche werden verknüpft mit verletzten bzw. unbefriedigten Bedürfnissen in der Bevölkerung, mit Lösungsangeboten der AfD und mit hauptsächlichen Wirkungen auf bestimmte Wählergruppen.

Tab. 1 Simplifizierte Darstellung der drei Konfliktlinien und der korrespondierenden AfD Angebote

Konfliktlinie	Ökonomie	Identität	Vertrauen/Kontrolle
Hintergrund	Globalisierung, Ungleichheit, Finanzkrise,	Moderne, Liberalisierung	Konfliktlinie 1 und 2; Distanz Politik-Bürger;
Verletzte Bedürfnisse	Materielle Sicherheit	Selbstwert	Kontrolle und Selbstwirksamkeit
Angebote der AfD	Exklusive Sozialleistungen	Selbstwertanhebung durch Nationalismus, Fremdgruppenabwertung Restauration von Maskulinität durch Heldennarrative	Unterkomplexität; Dem Establishment dem Marsch blasen; „Flüchtlingskrise“ beherrschen
Wirkt hauptsächlich auf ...	Arme, Prekäre; Abstiegsängstliche,	Konservative	Enttäuschte, Nicht-Wähler*innen

Quelle: AfD – psychologisch betrachtet, 2019, S.20)

Laut Herausgeberin Eva Walther (zitiert aus Deutschlandfunk Interview am 8.8.2019) versuche die AfD als relativ neue Partei sehr heterogene Wählergruppen anzusprechen: *„Zur Befriedigung von Bedürfnisdefiziten in Ostdeutschland verspreche die AfD den Ostdeutschen, die sich als Menschen zweiter Klasse betrachten, Wertschätzung, nämlich die Selbstaufwertung durch Abwertung von Minoritäten oder durch die Aufwertung der deutschen Nation. Verunsicherten Konservativen verspricht die AfD eine Rückkehr in eine geordnete, heile Vater-Mutter-Kind-Familienwelt, die es so natürlich nicht mehr gibt. Weißen Männern, die sich durch die Liberalisierung der Gesellschaft verunsichert fühlen, verspricht die AfD Maskulinitätsrestauration durch Selbst-Heroisierung etwa als Retter der Nation. Und enttäuschte Nichtwähler spricht sie etwa dadurch an, dass der Politik nun endlich der Marsch geblasen wird, das verspricht Selbstwirksamkeit, das Gefühl, endlich etwas bewegen zu können. Insgesamt muss man sagen, vermittelt die AfD ein unterkomplexes Bild vieler Probleme, dass allerdings suggeriert verunsicherten Menschen Sicherheit und Kontrolle“.*²⁹

Wenngleich das Buch seine Stärke in Hinsicht auf psychologische Information und Aufklärung hat, vermisst der kritische Leser doch empirische Belege für die ausgewählten sozialpsychologischen Thesen. So wird zum Beispiel behauptet, dass durch Globalisierung, Ungleichheit und Finanzkrise (ökonomische Konfliktlinie) das Grundbedürfnis der Deutschen nach materieller Sicherheit verletzt werde. Daraus resultiere das Angebot der AfD für exklusive Sozialleistungen mit Wirkung auf Arme, Prekäre und Abstiegsängstliche. Unerwähnt bleibt aber der gewichtige empirische Befund, dass AfD-Unterstützer eben keine oder nicht ausschließlich Abgehängte bzw. Modernisierungsverlierer sind. Sie sind nicht depriviert, sondern ausländerfeindlich wie der Soziologe Martin Schröder (2018) überzeugend nachweisen konnte: *„Die bivariaten Analysen zeigten zwar, dass beispielsweise Menschen mit einem niedrigen Einkommen und Berufsprestige tendenziell der AfD zuneigen. Doch die multivariate Analyse zeigt, dass sich dies durch Kontrollvariablen erklären lässt“.*

Auf Grund seiner umfangreichen statistischen Analysen mit Daten des SOEP 2016 (N = 24.339, Auswahl von 25 Einstellungs- und 11 Statusvariablen) kommt Schröder zu folgendem Fazit: *„So ist es fehlgeleitet, hinter den AfD-Unterstützern gesellschaftliche Verlierer zu sehen. Weder sind sie es objektiv, noch fühlen sie sich so. Die Sympathisanten der AfD haben vielmehr Bedenken gegenüber Zuwanderung und insbesondere Flüchtlingen, denen sie vor allem unterstellen, Deutschland zu unterwandern, während ökonomische Nachteile für Deutschland nur nachrangig zu AfD-Unterstützung führen... Die Daten zeigen, dass bestehende Untersuchungen zu unterschiedlichen Schlüssen kommen, weil man deskriptiv bzw. bivariat durchaus den Zusammenhang findet, dass Modernisierungsverlierer die AfD unterstützen. Multivariat zeigt sich jedoch, dass dies nicht daran liegt, dass Menschen ökonomisch oder auch nur in Bezug auf ihre Zuversicht schlechter dastehen, sondern weil sich ausländerfeindliche Einstellungen eher unter Modernisierungsverlierern finden. Es sind jedoch diese ausländerfeindlichen Einstellungen, die unabhängig von der objektiven oder subjektiven Schichtlage die AfD-Sympathie bedingen... Berücksichtigt man Ausländerfeindlichkeit, zeigt sich, dass eine objektiv oder subjektiv niedrige ökonomische Schichtlage nicht ursächlich für die AfD-Unterstützung ist. Denn egal ob sich Ausländerfeindlichkeit in niedriger oder höhergestellten Schichten zeigt, sie geht immer mit einer stärkeren Unterstützung der AfD einher“.*

²⁹ https://www.deutschlandfunk.de/aufstieg-der-afd-afd-suggestiert-verunsicherten-menschen.1148.de.html?dram:article_id=455772

Auch die Trierer These, dass die AfD mit ihrem antifeministischen Wahlprogramm vor allem die soziale Identität konservativer und bedeutungsdeprivierter Männer anspricht, kann angezweifelt werden. Der Befund, dass sich eher Männer zur AfD hingezogen fühlen, genauso wie die Grünen eher von Frauen unterstützt werden, sollte nicht allein mit einem Radical Right Gender Gap erklärt werden. Muss man, um den größeren Erfolg der AfD bei Männern zu verstehen, gleich drei sozialpsychologische Theorien zur Erklärung bemühen? Der Anteil der Wähler, die Wahlprogramme lesen, ist nachweislich verschwindend gering, somit deren Inhalte den wenigsten Wählern bekannt. Diejenigen, welche die Programme tatsächlich lesen, haben oft Verständnisschwierigkeiten. Nach Angaben von Niklas Merz³⁰, der etliche Parteiprogramme nach Länge, Ähnlichkeit, Stimmung und Verständlichkeit einer Computeranalyse unterzog, erfordert das schwer zu verstehende AfD-Programm 12 Bildungsjahre, fast so viel wie ein komplexer und schwer verständlicher Text des Gesellschaftstheoretikers Niklas Luhmann – 13 Bildungsjahre. Die Wahlentscheidung für oder gegen eine Partei wird dann nicht nur auf den programmatischen Vorschlägen der Parteien beruhen. Im sozialpsychologischen Wahlmodell gilt die Parteiidentifikation und nicht das Geschlecht als wichtigste Ursache der Wahlentscheidung, und beim Gender Gap handelt es sich um ein mehrdimensionales gesellschaftliches Strukturverhältnis. Im Übrigen ergaben empirische Studien zum RRG in Deutschland, Frankreich und Österreich, dass politische Themen, insbesondere das Immigrationsthema, einen weitaus gewichtigeren Einfluss auf die Wahl einer rechten Partei haben als der RRG.

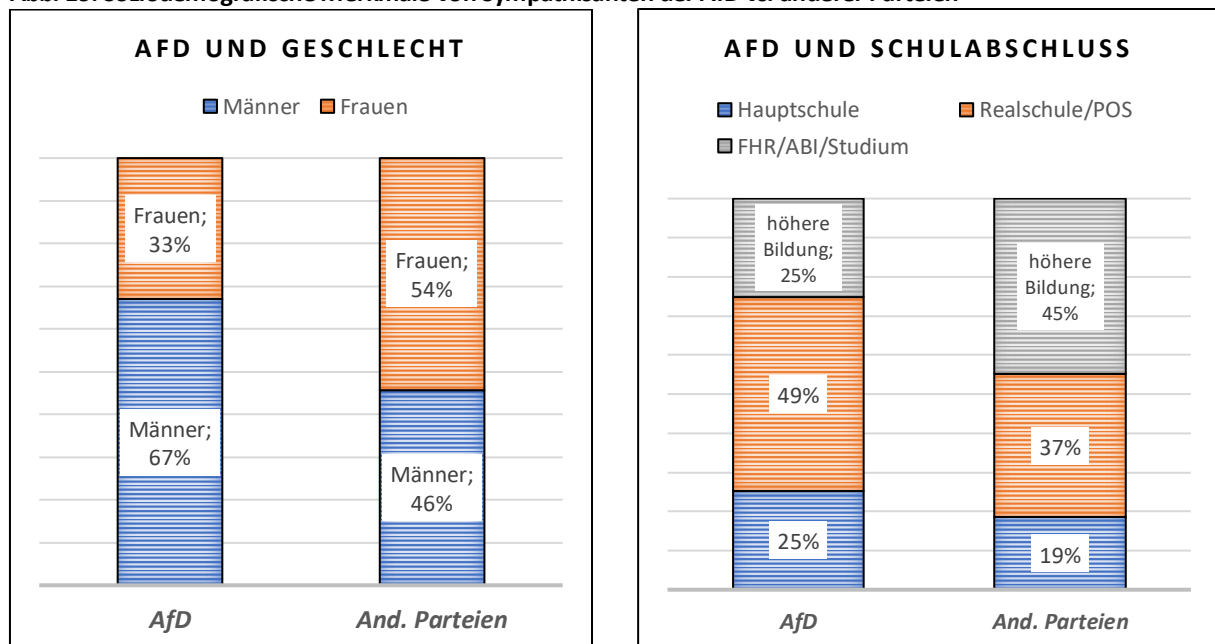
III. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage mit dem FPI 2018

Aus der eigenen Erhebung 2018 liegen für die Parteipräferenz zwei Indikatoren vor: Sympathie und Wahlabsicht (Sonntagsfrage). Für die AfD ist die Übereinstimmungsquote mit 88 Prozent am höchsten, für die FDP am niedrigsten. Wegen der höheren Fallzahlen bei den Sympathisanten basieren die statistischen Analysen im Folgenden mit Ausnahmen auf Basis von Sympathisanten.

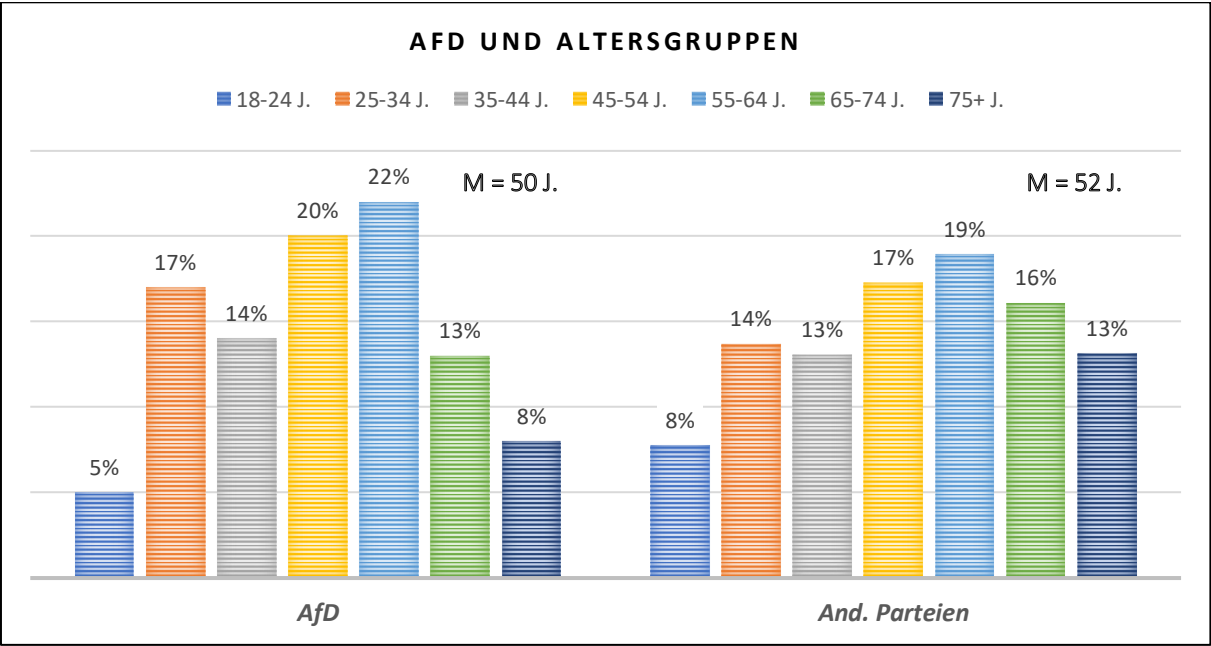
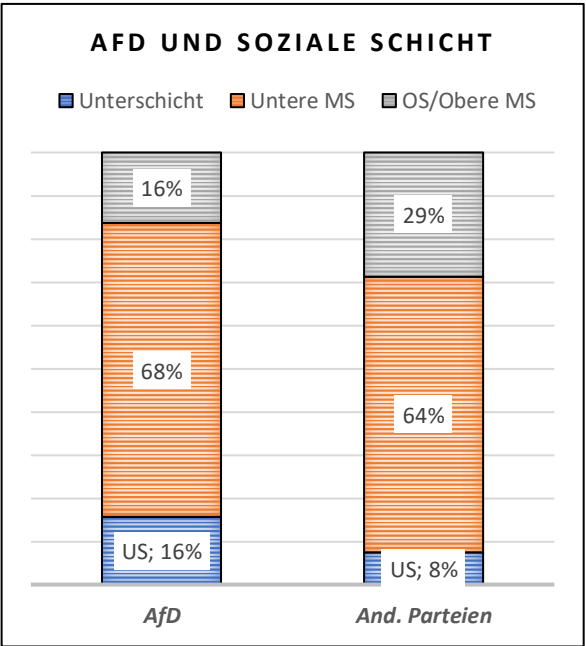
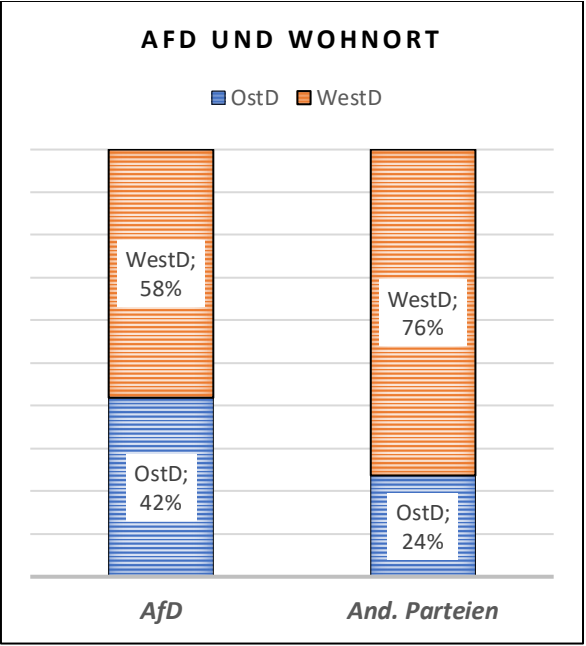
Einfluss von soziodemografischen Merkmalen auf Parteisympathie

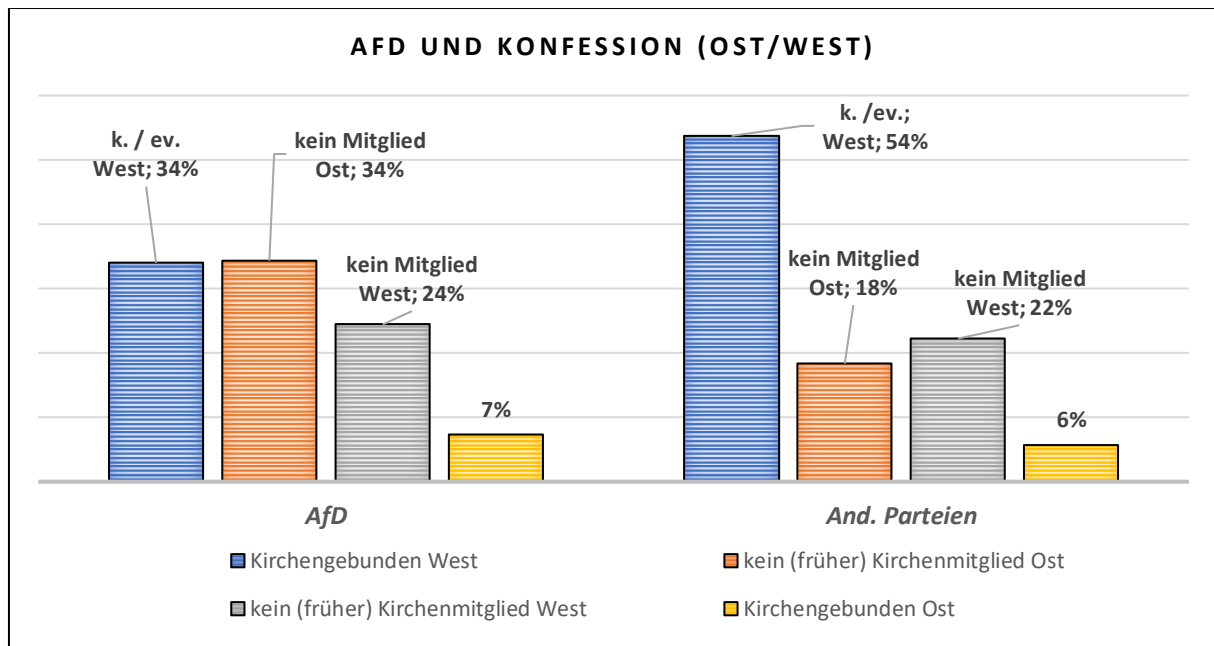
Nach den Daten der Befragung 2018 ist der typische AfD-Sympathisant mehrheitlich ein Mann mit Realschulabschluss, der eher in Ostdeutschland wohnt, eher zur unteren Mittel- oder Unterschicht gehört, und zumeist konfessionslos ist. Der typische AfD-Anhänger in dieser Stichprobe ist mit 50 Jahren geringfügig jünger als der typische Anhänger anderer Parteien.

Abb. 19: Soziodemografische Merkmale von Sympathisanten der AfD vs. anderer Parteien



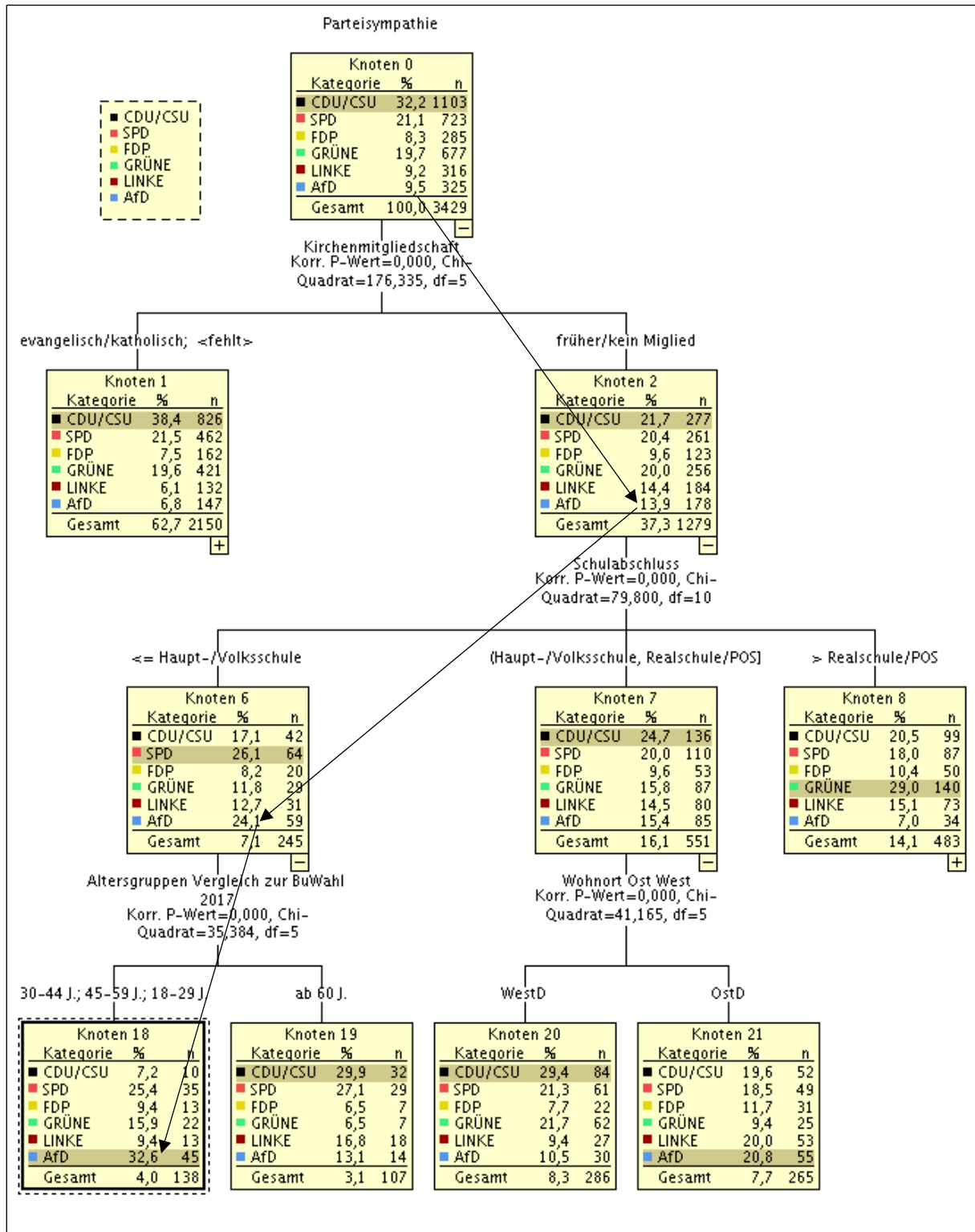
³⁰ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-08/bundestagswahl>





Werden neun der mit der Erhebung erfassten *soziodemografischen Merkmale* als Prädiktoren für Parteisym-
 pathie im Rahmen einer Klassifikations-/Baumanalyse verwendet, dann ergibt sich der in Abbildung 20 dar-
 gestellte Verzweigungsbaum. Kirchenmitgliedschaft ist der erste und beste Prädiktor. Dabei ist zu erwähnen,
 dass Kirchenmitgliedschaft sehr stark mit dem gegenwärtigen Wohnort (West/Ost-Deutschland) kovariiert.
 Dreißig Prozent der westdeutschen Befragten gaben keine oder eine frühere Kirchenmitgliedschaft an, in
 Ostdeutschland dagegen mehr als drei Viertel. Auf der zweiten und dritten Baumebene werden Schulab-
 schluss, Alter und Wohnort als gute Prädiktoren errechnet. Der durchschnittliche AfD-Sympathieanteil von
 9.5% in der Gesamtstichprobe erhöht sich auf eine AfD-Quote von 32.6% für die homogene Gruppe von AfD-
 Anhängern ohne Kirchenmitgliedschaft, mit geringer Bildung und im mittleren Alter. Bei konfessionslosen
 ostdeutschen Wahlberechtigten mit Realschulabschluss ist die AfD-Quote doppelt so hoch wie im Durch-
 schnitt der Gesamtstichprobe (20.8% vs. 9.5%). Bei dieser Extremgruppe handelt es sich allerdings um eine
 zahlenmäßig kleine Gruppe von N = 55 aus N = 325 befragten AfD-Anhängern.

Abb. 20: Klassifikationsbaum (CHAID) – Parteisympathie und soziodemografische Merkmale



Anmerkung: Abhängige (Ziel-)Variable: Parteisympathie; Unabhängige (Prädiktor-)Variablen: 9 soziodemografische Merkmale; N = 3.429 Befragte im Alter von 18+ Jahren (repräsentative Bevölkerungsstichprobe, 2018). Prädiktoren: Geschlecht, Altersgruppen, Schulabschluss, Berufstätigkeit, Erwerbsstatus, Haushaltseinkommen, Soziale Schicht, Wohnort, Konfession.

Einfluss von Persönlichkeitsmerkmalen auf Parteisympathie

Tabelle 17: Persönlichkeitsmerkmale nach Parteisympathie und Wahlabsicht (Sonntagsfrage)

Erhebung 2018 (Bev. 18+ Jahre, Wahlberechtigte)								
	Sympathie für and. Parteien N = 2920		Sympathie für AfD N = 312		Wahlabsicht AfD N = 243			Cohen's d
SKALA	M	s	M	s	M	s	p	Sp. 2-4
AUTORITARISMUS	4,5	2,2	7,1	1,5	7,2	1,5	↑	1,21
SOZIALE ORIENTIERUNG	6,6	2,7	4,3	2,8	4,2	2,8	↓	0,85
AGGRESSIVITÄT	3,5	2,7	5,4	3,2	5,5	3,2	↑	0,69
MULTIPLE ÄNGSTE	3,4	2,0	4,2	1,7	4,2	1,7	↑	0,41
LEBENSZUFRIEDENHEIT	7,8	2,9	6,6	3,3	6,7	3,3	↓	0,41
OFFENHEIT	5,8	2,9	6,9	2,9	6,8	3,0	↑	0,38
ERREGBARKEIT	4,8	3,1	5,9	3,2	6,0	3,3	↑	0,35
EMOTIONALITÄT	5,2	3,6	6,3	3,9	6,3	3,7	↑	0,30
BEANSPRUCHUNG	5,2	3,4	5,9	3,5	6,0	3,4	↑	0,20

Nur Skalen mit sehr signifikanten Mittelwertdifferenzen ($p < .01$); $d > 0,8$ = starker Effekt, $d 0,5 - 0,7$ = mittlerer Effekt.

Tabelle 18: Persönlichkeitsmerkmale nach Parteisympathie (N = 306 statistische Zwillinge)

Erhebung 2018 – matched pairs (Geschlecht, Alter, Schulabschluss, Erwerbsstatus kontrolliert)						
	Sympathie für and. Parteien N = 306		Sympathie für AfD N = 306			Cohen's
SKALA	M	s	M	s	p	d
AUTORITARISMUS	4.7 (+0,2)	2.3	7.1	1.5	↑	1,04
SOZIALE ORIENTIERUNG	6.2 (-0,4)	2.7	4.3	2.8	↓	0,65
AGGRESSIVITÄT	3.9 (+0,4)	2.9	5.3	3.2	↑	0,48
MULTIPLE ÄNGSTE	3.5 (+0,1)	1.9	4.2	1.7	↑	0,41
LEBENSZUFRIEDENHEIT	7.5 (-0,3)	3.2	6.6	3.3	↓	0,26
OFFENHEIT	6.2 (+0,4)	3.0	6.9	2.9	↑	0,24
ERREGBARKEIT	4.9 (+0,1)	3.1	5.9	3.2	↑	0,31
EMOTIONALITÄT	5.5 (+0,3)	3.6	6.3	3.9	↑	0,22
BEANSPRUCHUNG	5,4 (+0,3)	3,3	5,9	3,5	↑	0,16

Nur Skalen mit sehr sign. Mittelwertdifferenzen ($p < .01$); $d > 0,8$ = starker Effekt, $d 0,5 - 0,7$ = mittlerer Effekt. In Klammern Differenzen zwischen Gesamtstichprobe und Substichprobe (andere Parteien).

Die Ergebnisse von Mittelwertvergleichen der 12 FPI-Skalen sowie der Zusatzskalen Autoritarismus und Ängste zwischen Unterstützern der AfD vs. anderer Parteien sind in Tabelle 17 aufgeführt. Statistisch signifikante Differenzen ergeben sich zwar in 9 von 14 Persönlichkeitsmerkmalen, doch effektstarke Unterschiede sind nur in zwei von 14 Persönlichkeitsmerkmalen zu verzeichnen, in Autoritarismus und Sozialer Orientierung. Bei den parallelisierten Stichproben (je $N=306$) zeigt nur Autoritarismus einen starken Effekt an (siehe Tabelle 18).

In Tabelle 19 (Basis: Gesamtstichprobe) sind signifikante Item-Differenzen zwischen Sympathisanten der AfD und aller anderen Parteien aus den FPI-R Skalen Soziale Orientierung (7 von 12 Items) und Aggressivität (5 von 12 Items) verzeichnet. Aus den Zustimmungshäufigkeiten geht hervor, dass sich AfD-Sympathisanten mit deutlicher Mehrheit als unsolidarisch, egoistisch, wenig hilfsbereit beschreiben. Sie neigen zudem auch deutlich mehr zu aggressivem Denken und Handeln im Vergleich zu Unterstützern anderer Parteien.

Tabelle 19: FPI-R Item-Zustimmungshäufigkeiten für Sympathisanten der AfD und aller anderen Parteien

FPI-R Items der Skalen Soziale Orientierung (SOZ) und Aggressivität (AGGR) nach Parteisympathie – Item-Zustimmung in Prozent (nur Items mit Differenz $\geq 15\%$)					
			AfD	Andere	
FPI-R Skala	verkürzter Itemtext	Kategorie	(%)	(%)	Diff.
SOZ	Die Menschen in Entwicklungsländern sollten sich zuerst selbst helfen	stimmt	84	52	33
SOZ	Da der Staat für Sozialhilfe sorgt, brauche ich nicht zu helfen	stimmt	69	45	25
AGGR	Male mir aus, wie übel es denen gehen sollte, die mir Unrecht tun	stimmt	66	44	22
SOZ	Spende gelegentlich für Katastrophenhilfe und andere gemeinnützige Organisationen	stimmt <i>nicht</i>	71	52	19
SOZ	Jeder Mensch soll selbst sehen, wie er zurecht kommt	stimmt	63	45	18
SOZ	Habe schon unbezahlt in Gemeinde oder sozialer Einrichtung geholfen	stimmt <i>nicht</i>	75	57	18
AGGR	Gehe lieber zum Äußersten, als dass ich feige bin	stimmt	49	31	18
ERR	Rege mich oft zu rasch über jemanden auf	stimmt	63	46	17
AGGR	Wenn meinem Freund Böses getan wird, zahle ich es heim	stimmt	56	40	16
AGGR	Wünsche dem, der mich schlecht behandelt oder beleidigt, eine harte Strafe	stimmt	63	47	16
SOZ	Habe häufig schlechtes Gewissen, wenn ich sehe, wie schlecht es anderen geht	stimmt <i>nicht</i>	70	55	15
SOZ	Mir ist es lästig, wenn mich ein Fremder um eine Geldspende bittet	stimmt	75	60	15
AGGR	Wenn ich wirklich wütend werde, bin ich in der Lage, jemandem eine runterzuhauen	stimmt	39	24	15

SOZ: FPI-R Skala Soziale Orientierung (12 Items), AGGR: FPI-R Skala Aggressivität (12 Items)

AfD-Sympathisanten grenzen sich auch hinsichtlich anderer anlässlich der FPI-Erhebung erfasster Persönlichkeitsmerkmale sowie verhaltensnaher Daten deutlich ab (siehe Tabelle 20): Die überwiegende Mehrheit der AfD-Anhängerschaft lehnt eine multikulturelle Gesellschaft ab, befürwortet die Entlassung ausländischer Arbeiter in Krisenzeiten und hat eine starke Neigung zu autoritärer Unterwürfigkeit. Nahezu alle AfD-Anhänger haben Angst vor Überfremdung, fast zwei Drittel Angst vor steigender Kriminalität. Bei den multiplen Ängsten beträgt die Differenz zwischen AfD und anderen Parteien fast 50 Prozent. Der FPI-Testwert Soziale Orientierung kovariiert deutlich, unabhängig vom Einkommen, mit dem Spenden für soziale Zwecke: 74 Prozent der AfD-Anhänger spendeten im Jahr 2018 überhaupt nicht, im Vergleich zu 50 Prozent bei Sympathisanten anderer Parteien. Prosoziales Verhalten und Empathie sind bei der AfD vergleichsweise weniger ausgeprägt. Hinsichtlich Gewaltbereitschaft beträgt der Prozentsatz bei AfD-Anhängern 40 Prozent vs. 18 Prozent bei anderen Parteianhängern.

Tabelle 20: Autoritäre Einstellungen, Ängste, Spendenbereitschaft, Empathie, Gewaltbereitschaft - Itemvergleich in %

Gegen kulturelle Vielfalt und Ausländer, pro Autoritarismus (%)	Kategorie	AfD	And.	Diff.
Ich hoffe auf einen starken Regierungschef, der die Flüchtlingsprobleme energisch löst und die Rückführung in weitgehend sichere Länder durchsetzt.	stimmt	95	73	23
Wir sollten wieder eine starke Partei haben, die wirklich die Interessen aller Schichten vertritt.	stimmt	92	81	11
Ich bin für Entwicklung einer multikulturellen Gesellschaft in Deutschland (verschiedene Lebensformen, Religionen usw.).	stimmt nicht	90	43	46
Eine multikulturelle Gesellschaft wird dazu führen, dass die Deutschen ihre kulturelle und religiöse Identität verlieren.	stimmt	87	45	42
Ich bin stolz, eine Deutsche/ein Deutscher zu sein.	stimmt	85	64	21
Was der Jugend am meisten fehlt, sind Disziplin, Fleiß und Pflichtgefühl.	stimmt	83	70	14
In Krisenzeiten sollen zuerst die ausländischen Arbeiter entlassen werden.	stimmt	72	30	42
Ich finde, wir sollten uns als Deutsche mit der Ermordung der Juden im Holocaust auseinandersetzen.	stimmt nicht	57	28	28
Ich gehe gern auf Reisen, um an anderen Lebensweisen, Kulturen teilzunehmen und diese kennenzulernen.	stimmt nicht	46	34	13

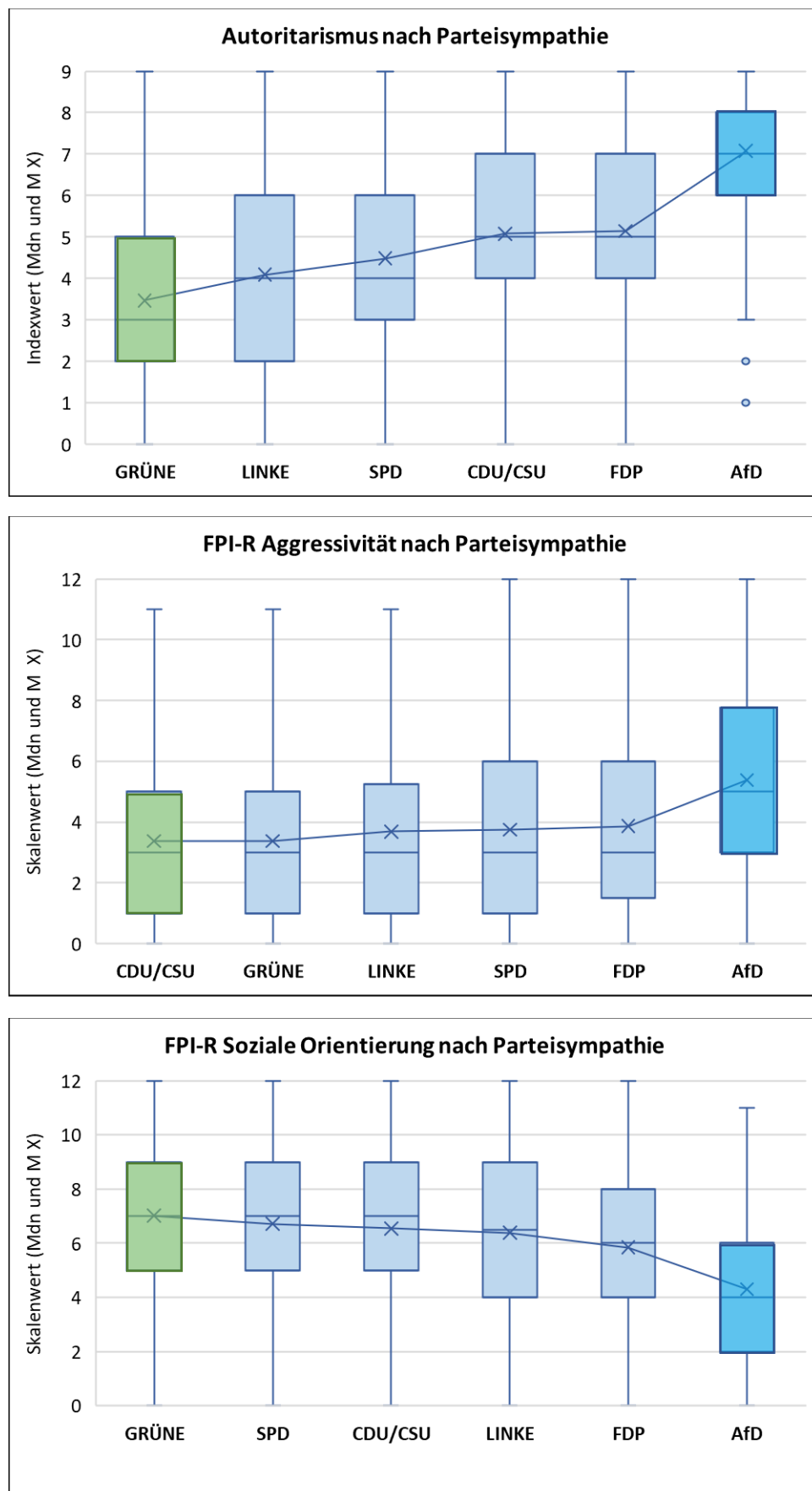
Multiple Ängste (%)	Kategorie	AfD	And.	Diff.
Angst vor Überfremdung des Landes (5 Stufen)	stimme (völlig) zu	87	38	49
Angst vor steigender Kriminalität (5 Stufen)	stimme völlig zu	62	27	35
Angst vor Terroranschlägen (5 Stufen)	stimme (völlig) zu	48	32	16
Angst vor Anstieg des Rechtsradikalismus (5 Stufen)	stimme völlig zu	17	34	-17
Index: Angst vor Überfremdung + steigender Kriminalität + Terroranschlägen	hoch	66	27	39

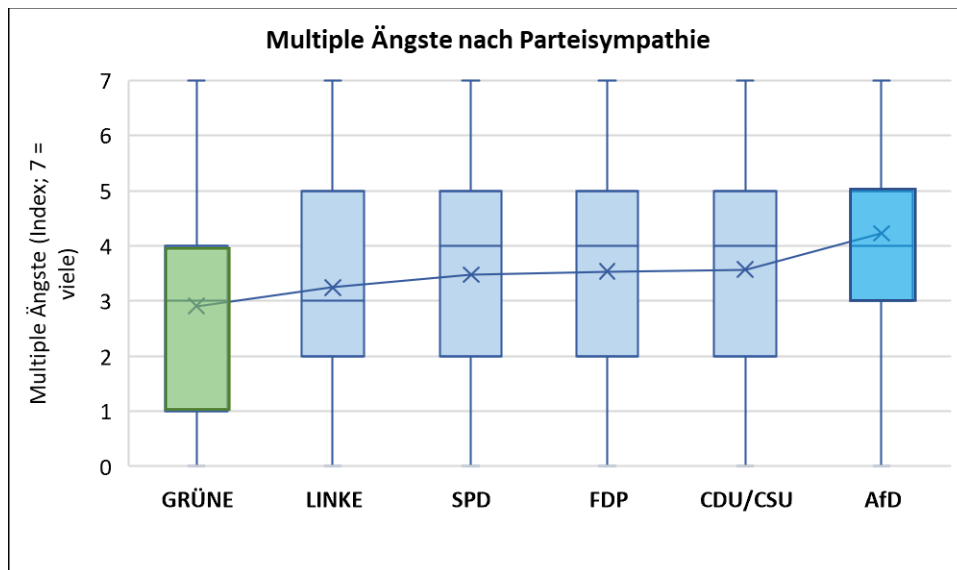
Autoritarismus	Kategorie	AfD	And.	Diff.
Index: Autoritarismus (9 Items, $\alpha = .72$)	massive Zustimmung (bei 8 - 9 Items)	46	11	35
	überwiegende Zustimmung (bei 7 - 9 Items)	69	25	44

Spendenbereitschaft, prosoziales Verhalten, Empathie		AfD	And.	Diff.
Welchen Betrag geben Sie als Spenden für soziale Zwecke durchschnittlich im Jahr aus? () Euro	spende nicht	74	50	24
	bis zu 100 €	17	39	29
Es gibt Personen außerhalb meines/unseres Haushalts, für die ich regelmäßig spende oder denen ich aktiv helfe, z:B. bei Besorgungen, kleineren Arbeiten oder der Betreuung von Kindern oder Kranken (stimmt nicht %).		70	59	11
Es beschäftigt mich sehr, wenn andere ungerecht behandelt werden (stimmt nicht %).		69	78	9
Wenn jemand weint, nimmt mich das sehr mit und ich werde ebenfalls traurig (st. nicht %).		51	38	13

Gewaltbereitschaft				
Ich lehne Gewalt aus Überzeugung ab (stimmt nicht %)		40	18	22

Abb. 22: Box-Plots – Soziale Orientierung, Aggressivität, Ängste, Autoritarismus nach Parteisympathie

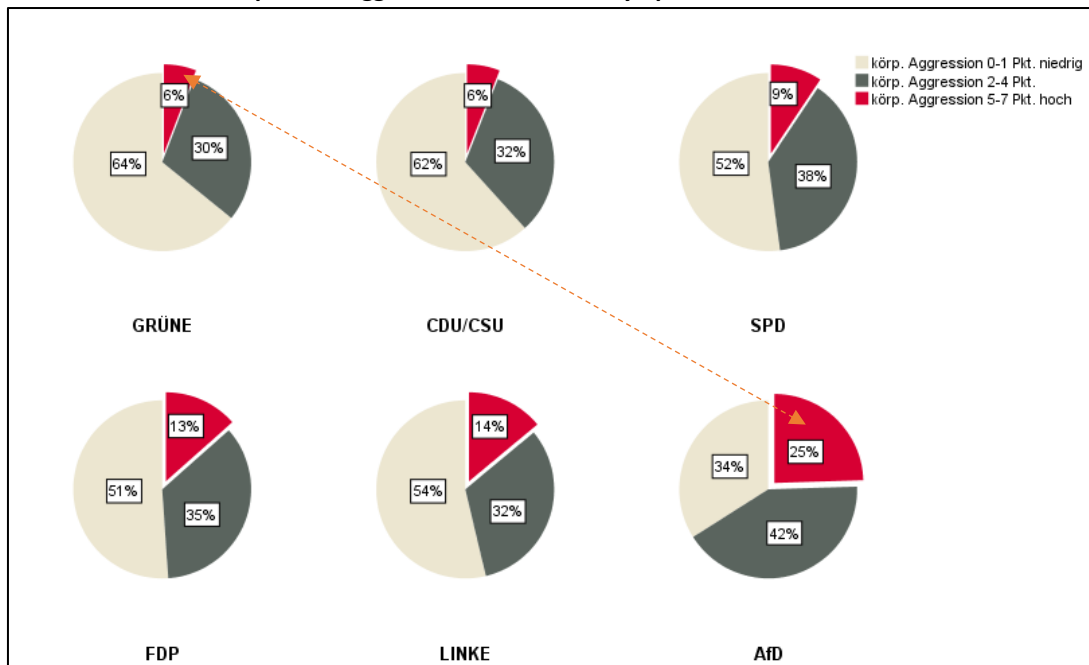




Die in den Abbildungen 22 wiedergegebenen Box-Plots zeigen, dass sich AfD-Sympathisanten sehr deutlich von Sympathisanten anderer Parteien unterscheiden, insbesondere im Vergleich zu den Sympathisanten der Grünen – geringere soziale Orientierung, höhere Aggressivität, höheres Angstpotential und starke autoritäre Orientierung.

Auffällig ist die Bereitschaft der AfD-Sympathisanten zu körperlichen Aggressionen, wie sie im FPI abgefragt werden. Ein Viertel der AfD-Unterstützer würde gegebenenfalls auch körperlich aggressiv werden, im Gegensatz zu nur 6 Prozent bei Unterstützern der Grünen-Partei (siehe Abb. 23).

Abb. 23: FPI – Index Körperliche Aggressionen nach Parteisympathie



Anmerkung: Index körperliche Aggression: 6 Items der FPI-R Skala Aggressivität mit Thematik körperliche Aggressionen plus ein Item „pazifistische Haltung“ („Ich lehne Gewalt aus Überzeugung ab“ – stimmt nicht).

Das Ergebnis einer verhaltensnahen Frage zu erlebten körperlichen Aggressionen bestätigt den FPI-Befund zur Skala Aggressivität (vgl. Tabelle 21). AfD-Sympathisanten haben in ihrem Leben deutlich mehr körperliche Aggressionen erfahren, Männer wie Frauen, Personen mit niedrigem und mittlerem Schulabschluss (Geschlecht und Bildung sind konfundierende Variablen sowohl für die Parteilaffinität wie auch das FPI).

Tabelle 21: Erlebte körperliche Aggressionen nach Parteisympathie

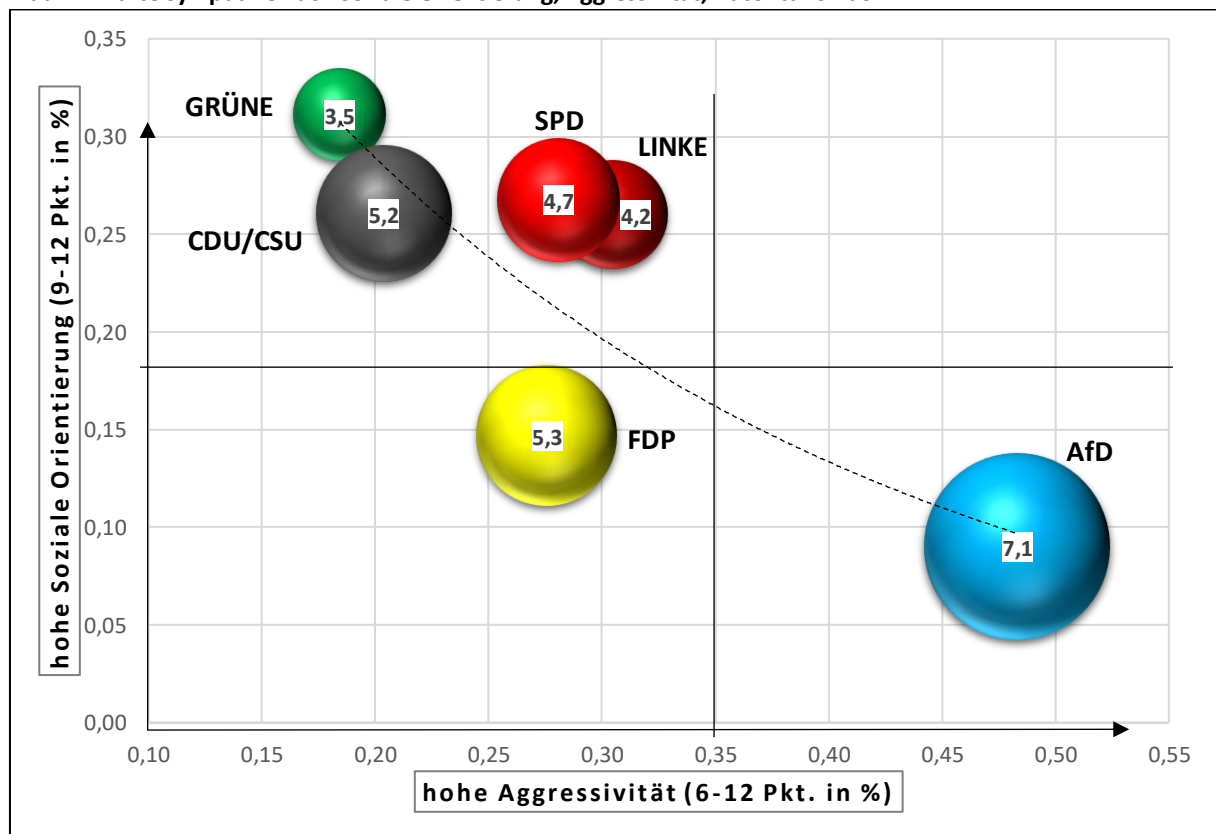
Wie häufig haben Sie persönlich seit dem Alter von 16 Jahren Situationen erlebt, in denen jemand Sie körperlich angegriffen hat; Sie z.B. geschlagen, geohrfeigt, an den Haaren gezogen, getreten oder mit einer Waffe oder einem Gegenstand bedroht hat?,

	Männer (M)		Frauen (F)		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss	
	AfD	andere Parteien	AfD	andere Parteien	AfD	andere Parteien	AfD	andere Parteien
häufig + gelegentlich	50%	31%	29%	17%	58%	29%	40%	24%
nur einmal	26%	28%	32%	22%	24%	23%	26%	23%
nie	24%	41%	40%	61%	18%	47%	33%	52%
N	136	957	65	65	66	524	100	711

Anmerkung: M AfD = 68%, M and. Parteien = 47%; HS AfD = 33%, HS and. Parteien = 26%; RS AfD = 50%, RS and. Parteien = 35%

Im Blasendiagramm (Abb. 24) sind erhöhte Werte in den drei Merkmalen Soziale Orientierung, Aggressivität und Autoritarismus für verschiedene Parteien grafisch dargestellt, wobei die Größe der Kreise das Ausmaß an autoritären Einstellungen und die Achsen das Ausmaß an erhöhten Werten hinsichtlich Soziale Orientierung und Aggressivität in Prozenten zeigen. Markant ist der Unterschied zwischen Grünen und AfD-Unterstützern, deren durchschnittlicher Autoritarismus-Wert doppelt so hoch ist (7,1 vs. 3,5).

Abb. 24: Parteisympathie nach Soziale Orientierung, Aggressivität, Autoritarismus



Anmerkung: Die Größe eines Kreises zeigt das Ausmaß an Autoritarismus (0-9 Punkte) an, die Position das Ausmaß an Sozialer Orientierung und Aggressivität.

Tabelle 22a: Schrittweise Diskriminanzanalyse – AV: Parteisympathie, UV: 12 FPI-R Skalenwerte; Klassifizierungsergebnisse für Gesamtstichprobe (18+ Jahre, N = 3.232)

UV: 12 FPI-R Skalenwerte (3 aufgenommene Variablen: Soziale Orientierung, Aggressivität, Lebenszufriedenheit)			Vorhergesagte Gruppenzugehörigkeit		Gesamt
			andere Parteien	AfD	
Original	Anzahl	andere Parteien	2088	832	2920
		AfD	102	210	312
	%	andere Parteien	71,5	28,5	100,0
		AfD	32,7	67,3	100,0

71,1% der ursprünglich gruppierten Fälle wurden korrekt klassifiziert.

Tabelle 22b: Schrittweise Diskriminanzanalyse – AV: Parteisympathie, UV: 12 FPI-R Skalenwerte; Klassifizierungsergebnisse für statistische Zwillinge (N = 306)

UV: 12 FPI-R Skalenwerte (2 aufgenommene Variablen: Soziale_Orientierung, Aggressivität)			Vorhergesagte Gruppenzugehörigkeit		Gesamt
			andere Parteien	AfD	
Original	Anzahl	andere Parteien	206	100	306
		AfD	117	189	306
	%	andere Parteien	67,3	32,7	100,0
		AfD	38,2	61,8	100,0

64,5% der ursprünglich gruppierten Fälle wurden korrekt klassifiziert. AfD und andere Parteien parallelisiert nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss, Erwerbsstatus.

Schrittweise Diskriminanzanalysen mit den 12 FPI-R-Skalenwerten auf Basis der Gesamtstichprobe führten zu einer befriedigenden Trennung von AfD vs. andere Parteien – 71% korrekte Klassifikationen. Die FPI-R-Merkmale Soziale Orientierung, Aggressivität und Lebenszufriedenheit sind die besten Prädiktoren. Bei Berücksichtigung der Einflussvariablen Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Erwerbsstatus (Tab. 22b) verschlechtert sich das Klassifizierungsergebnis ein wenig, kann mit über 60% richtiger Fallklassifikation in beiden Kontrastgruppen noch als befriedigend bezeichnet werden.

Die Abbildungen 25a - 25c zeigen Häufigkeitsverteilungen nach Parteisympathie für die Persönlichkeitsmerkmale Autoritarismus, Soziale Orientierung und Aggressivität. Fast die Hälfte der AfD-Unterstützer beschreibt sich als autoritär gegenüber 11 Prozent bei Anhängern anderer Parteien. Während nur acht von 100 AfD-Anhängern erhöhte Testwerte in FPI-Soziale Orientierung aufweisen, sind es bei den anderen Parteianhängern dreimal so viele (23%). Doppelt so hoch sind Testwerte in (starke) Aggressivität bei den AfD-Sympathisanten im Vergleich zu anderen: 25% vs. 12% (s. Abbildung 25c).

Abb. 25a: Häufigkeitsverteilungen der Indexwerte Autoritarismus nach AfD vs. andere Parteien (Basis: N = 306 statistische Zwillinge)

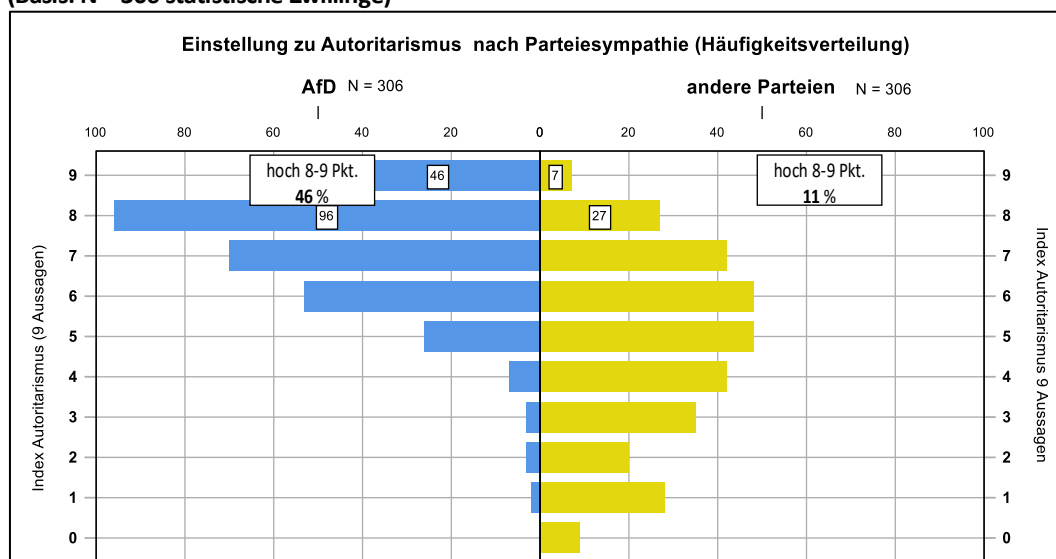


Abb. 25b: Häufigkeitsverteilungen - Skalenwerte Soziale Orientierung nach AfD vs. andere Parteien (Basis: N = 306 statistische Zwillinge)

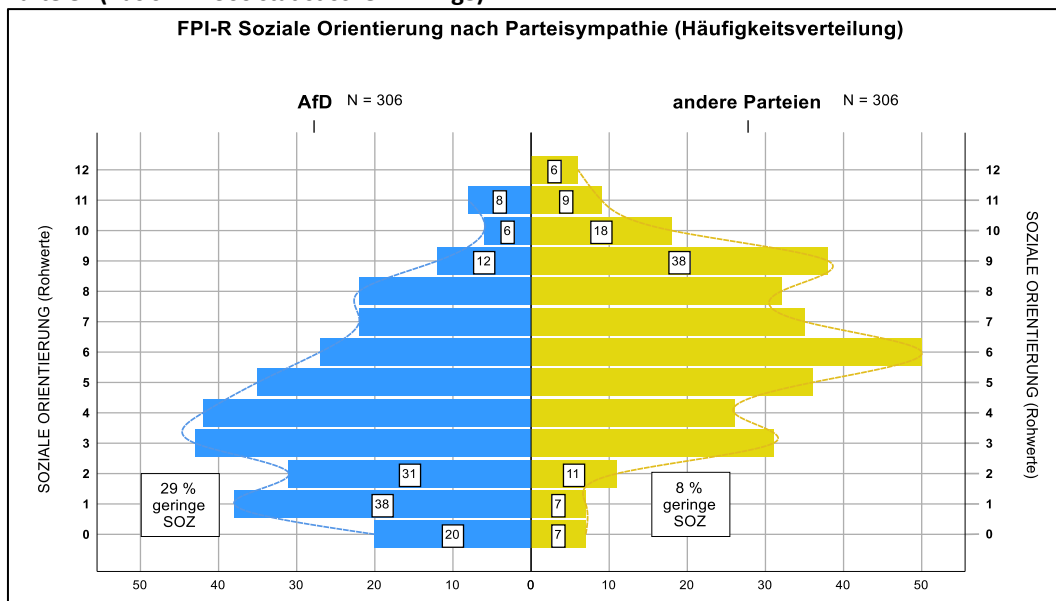
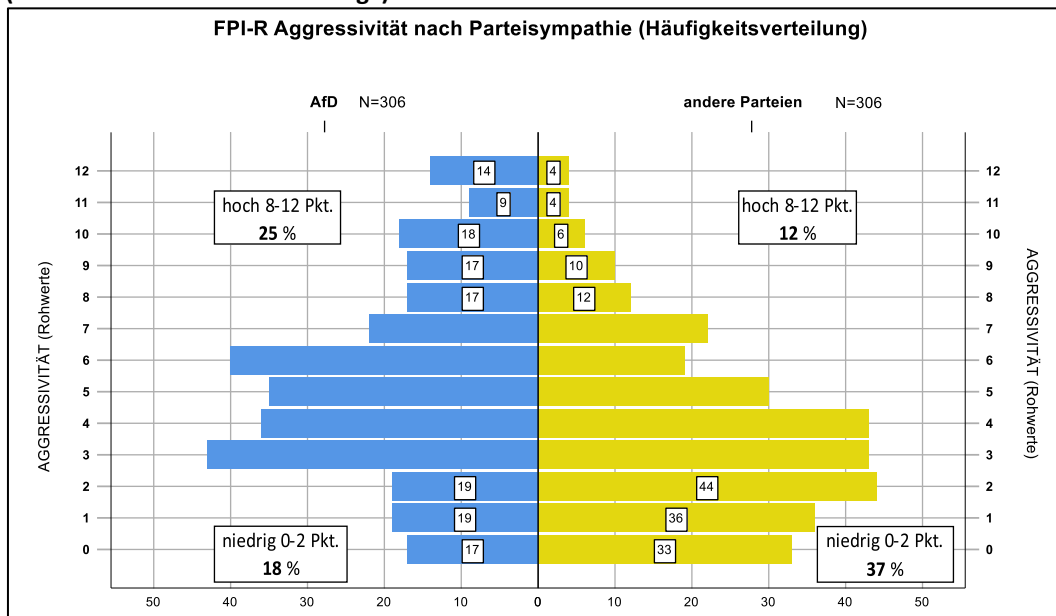


Abb. 25c: Häufigkeitsverteilungen - Skalenwerte Aggressivität nach AfD vs. andere Parteien (Basis: N = 306 statistische Zwillinge)



Zur Überprüfung der Ergebnisse aus den Diskriminanzanalysen wurden Analysen mittels der SPSS-Algorithmen CRT (Classification Regression Trees) und CHAID (Chi-squared Automatic Interaction Detection) durchgeführt.

Bei ausschließlicher Berücksichtigung der 12 FPI-R-Skalenwerte als Prädiktoren resultiert das in Abbildung 26 gezeigte Klassifikationsergebnis. Personen mit geringer sozialer Orientierung und hoher Aggressivität neigen sehr viel häufiger zur AfD. Durch diese beiden FPI-Skalen können etwas mehr als zwei Drittel der AfD-Sympathisanten korrekt vorhergesagt werden (siehe Tabelle 23). Eine Baumanalyse, welche 12 FPI- und 8 soziodemografische Merkmale als Prädiktoren einschloss, ergab eine etwas bessere Klassifikation (+ 6.8%) für die Anhänger anderer Parteien (siehe Tabelle 24).

Tabelle 23: Baumanalyse – 12 FPI-Merkmale (Prädiktoren)

Baumanalyse: Klassifikation (12 FPI-R Merkmale)			
Beobachtet	Vorhergesagt		
	andere Parteien	AfD	Prozent korrekt
andere Parteien	216	105	67,3%
AfD	100	221	68,8%
Gesamtprozensatz	49,2%	50,8%	68,1%

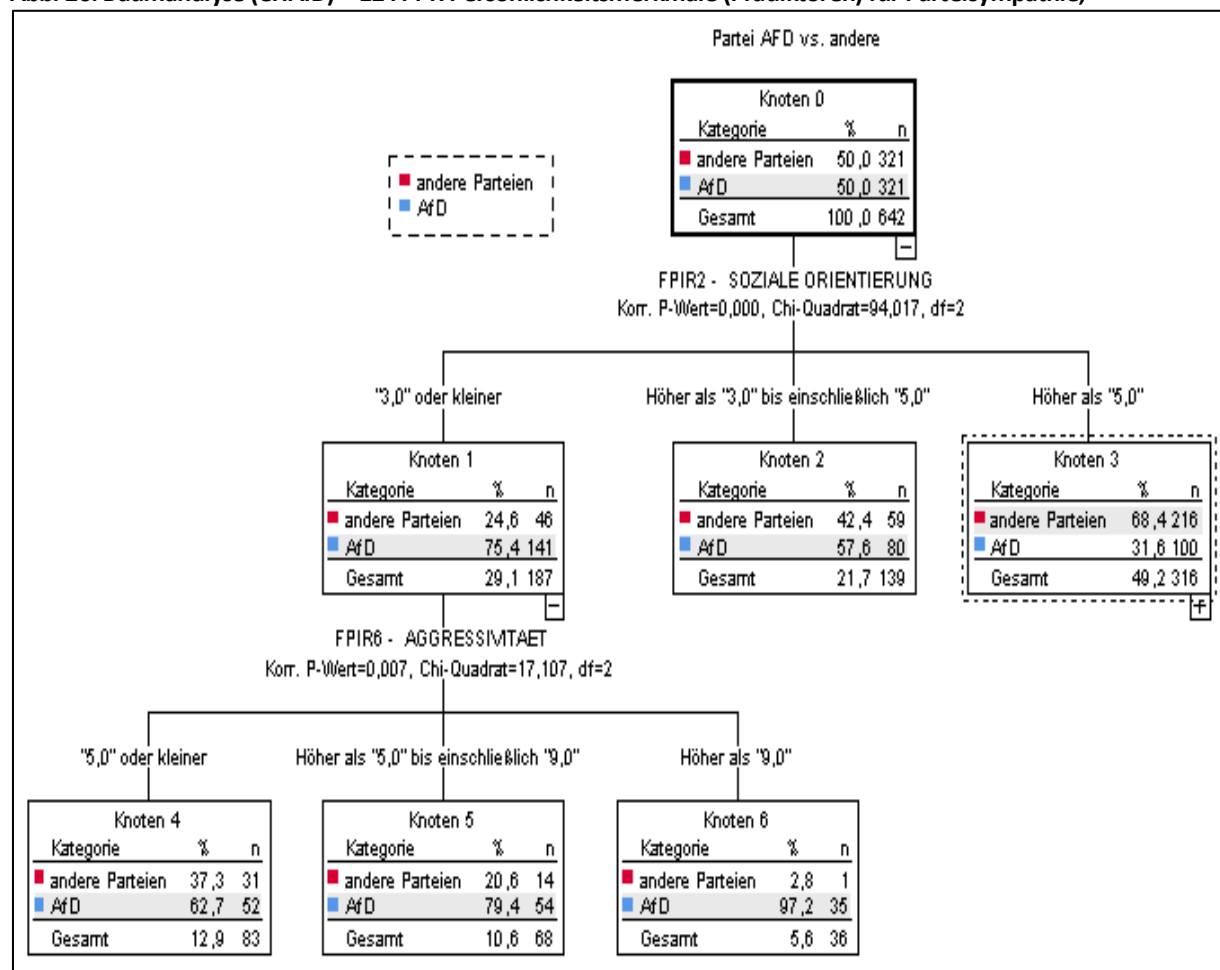
AfD vs. and. Parteien (N = 321 Zufallsstichprobe aus Gesamterhebung)

Tabelle 24: Baumanalyse – 12 FPI- plus 8 soziodemografische Prädiktoren

Baumanalyse: Klassifikation (12 FPI-R Merkmale plus 8 soziodemografische Merkmale)			
Beobachtet	Vorhergesagt		
	andere Parteien	AfD	Prozent korrekt
andere Parteien	238	83	74,1%
AfD	108	213	66,4%
Gesamtprozensatz	53,9%	46,1%	70,2%

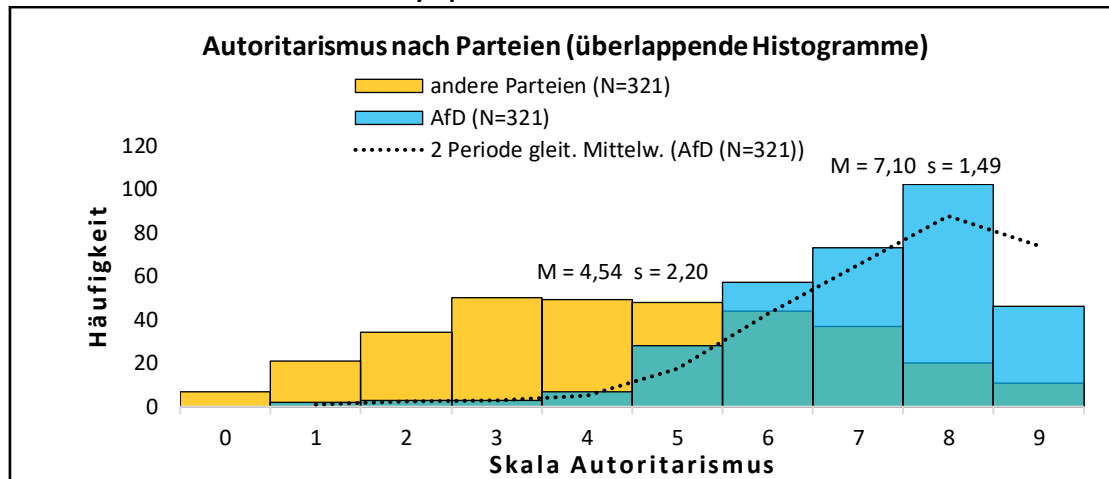
AfD vs. and. Parteien (N = 321 Zufallsstichprobe aus Gesamterhebung)

Abb. 26: Baumanalyse (CHAID) – 12 FPI-R Persönlichkeitsmerkmale (Prädiktoren) für Parteisympathie;



Anmerkung: andere Parteien - Zufallsstichprobe aus Gesamtstichprobe (N = 321); AfD-Stichprobe (N = 321)

Abb. 27: Autoritarismus nach Parteisympathie



Anmerkung: andere Parteien – Zufallsstichprobe aus Gesamtstichprobe (N=321)

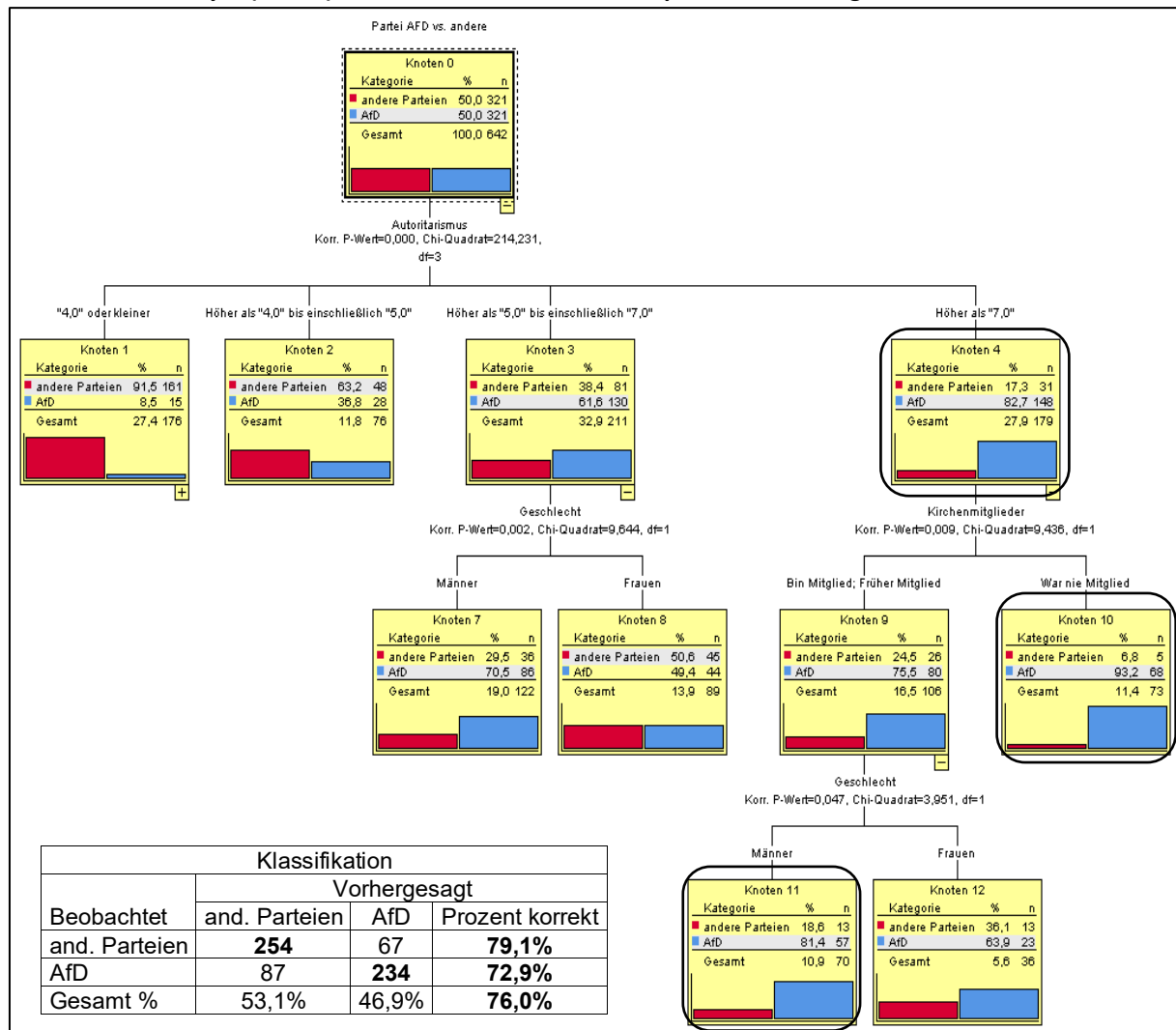
Autoritarismus – wie in dieser Erhebung operationalisiert (siehe Tabelle 20) – ist der alles überragende Prädiktor zur Erklärung von Parteisympathie. Bei Kontrolle von soziodemografischen Einflüssen (statistische Zwillinge, siehe Abbildung 28) ist feststellbar, dass Wahlberechtigte mit sehr hohen Werten in Autoritarismus (7 und mehr Punkte auf der 9er Skala) eine sehr hohe AfD-Affinität aufweisen. Acht von 10 Personen, die sich selbst als sehr autoritär beschreiben, präferieren die AfD, im Vergleich zu zwei Personen bei Anhängern anderer Parteien. Auch ohne Kontrolle von soziodemografischen Einflussgrößen sind autoritäre Einstellungen für die Parteisympathie typisch, wie die Abbildung 29 verdeutlicht. 83 Prozent autoritär eingestellter Wahlberechtigter sympathisieren mit der AfD. Falls jene nie Kirchenmitglied waren, beträgt die AfD-Quote sogar 93 Prozent. Bei Kenntnis von Autoritarismus und soziodemografischen Variablen werden insgesamt drei Viertel aller Wahlberechtigten korrekt zugeordnet.

Abb. 28: Baumanalyse (CHAID) – 12 FPI-R- Skalen plus Autoritarismus; parallelisierte Stichproben



Anmerkung: N= 306 statistische Zwillinge; Geschlecht, Alter, Schulabschluss, Erwerbsstatus parallelisiert.

Abb. 29: Baumanalyse (CHAID) – Prädiktoren: Autoritarismus plus 8 soziodemografische Merkmale



FPI-R Profilvergleich

In den Abbildungen 30 – 32 sind die Profile für die 12 Skalenwerte des FPI-R aufgeführt nach 1. Sympathisanten für AfD vs. andere Parteien, 2. AfD vs. Grüne, 3. AfD vs. CDU/CSU. Die Befragten wurden vor Profilvergleich nach (1) Geschlecht, (2) Alter, (3) erreichtem Schulabschluss, (4) Erwerbsstatus parallelisiert (match-control).

Aus dem FPI-Profil in Abbildung 30 ist zu ersehen, dass sich die AfD-Anhänger vor allem durch erhöhte Skalenwerte in Aggressivität (geringe Effektstärke – $d = .46$) und erniedrigte Werte in Soziale Orientierung (mittlere Effektstärke – $d = .69$) von den Anhängern anderer Parteien abheben. Anzumerken ist, dass es sich um Selbstbeschreibungen anhand des FPI-R-Fragebogen handelt, der vom Befragten selbständig ausgefüllt wurde und nicht um Antworten auf Interviewfragen.

Noch unterschiedlicher sind die Profile der AfD-Anhänger und der Grünen (Abbildung 31). Hier liegen die Effektstärken für Soziale Orientierung und Aggressivität im mittleren Bereich ($d = .66$ und $.74$).

Im dritten Profilvergleich (Abbildung 32) zwischen Anhängern der CDU/CSU und der AfD ist ein effektstarker Unterschied hinsichtlich Soziale Orientierung ($d = .83$) und ein mittlerer Effekt bei Aggressivität ($d = .51$) feststellbar.

Abb. 30: FPI-R Profil von Sympathisanten der AfD vs. anderer Parteien (statistische Zwillinge)

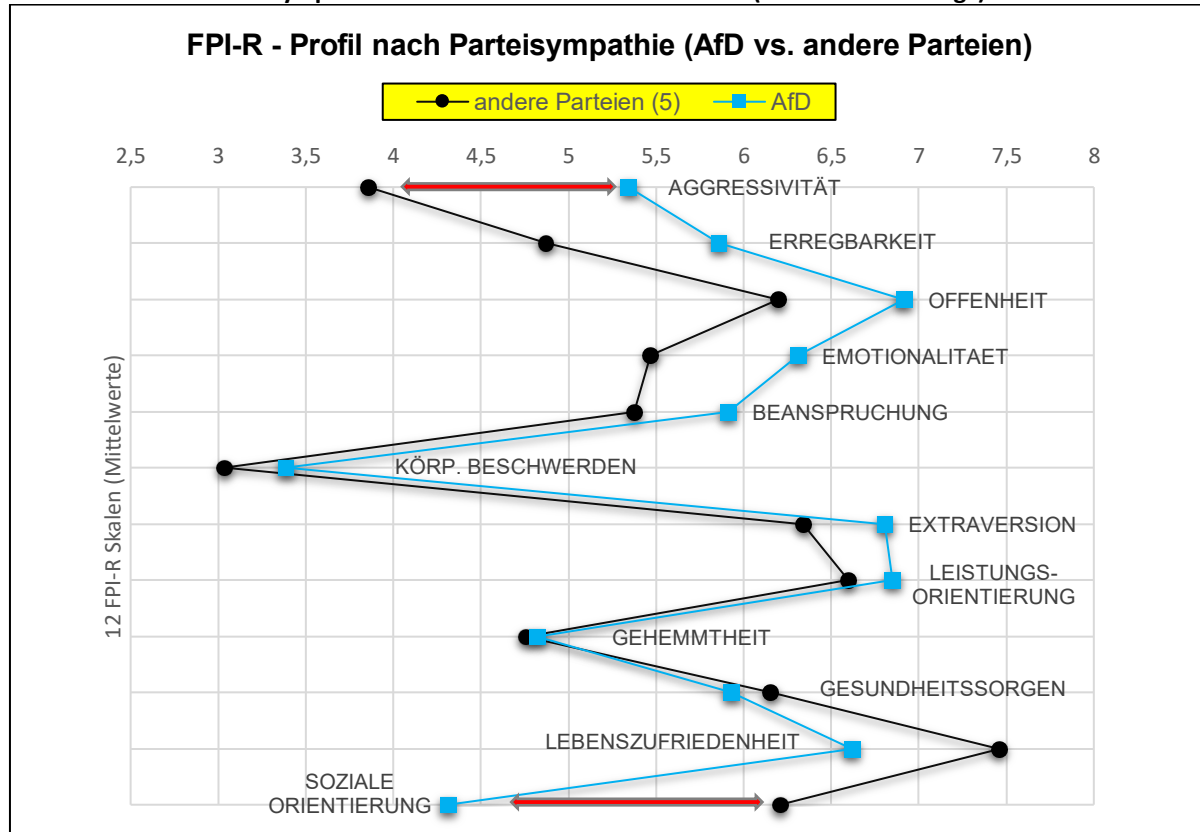


Abb. 31: FPI-R Profil von Sympathisanten der AfD vs. Grüne (statistische Zwillinge)

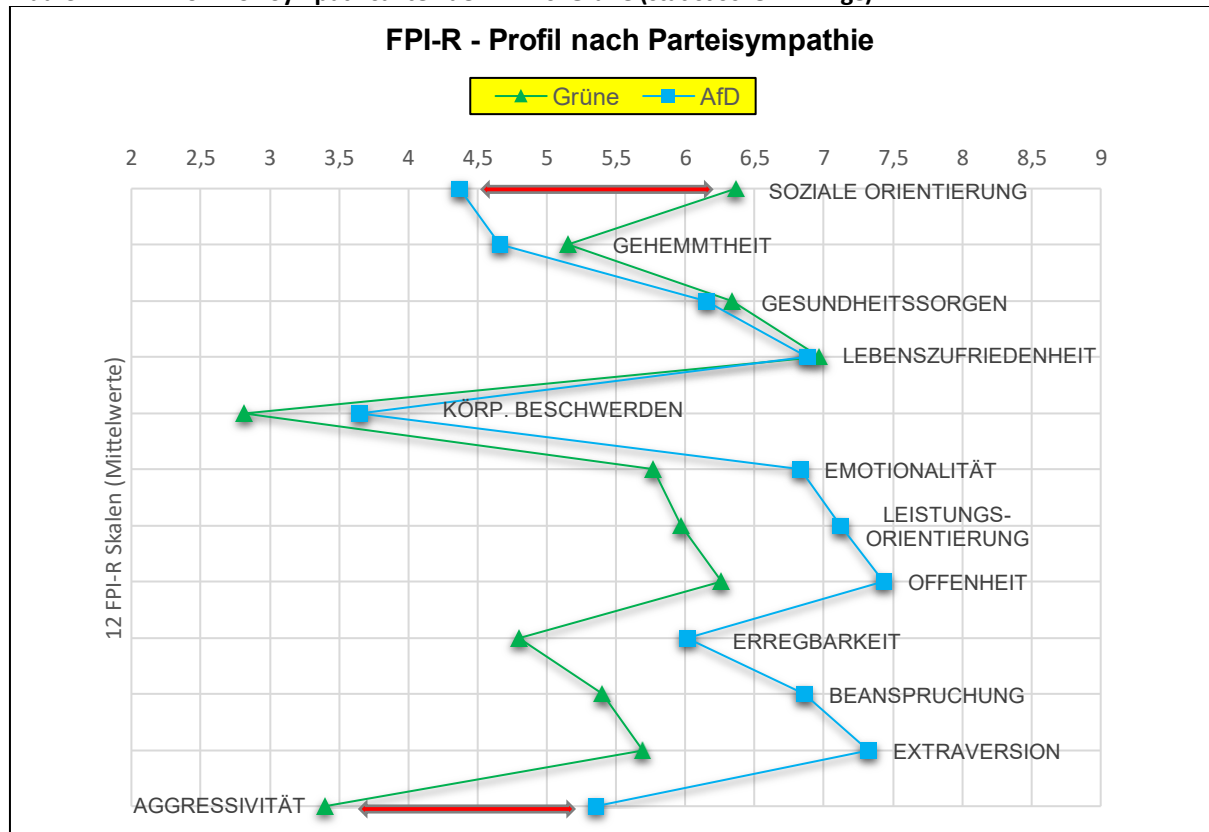
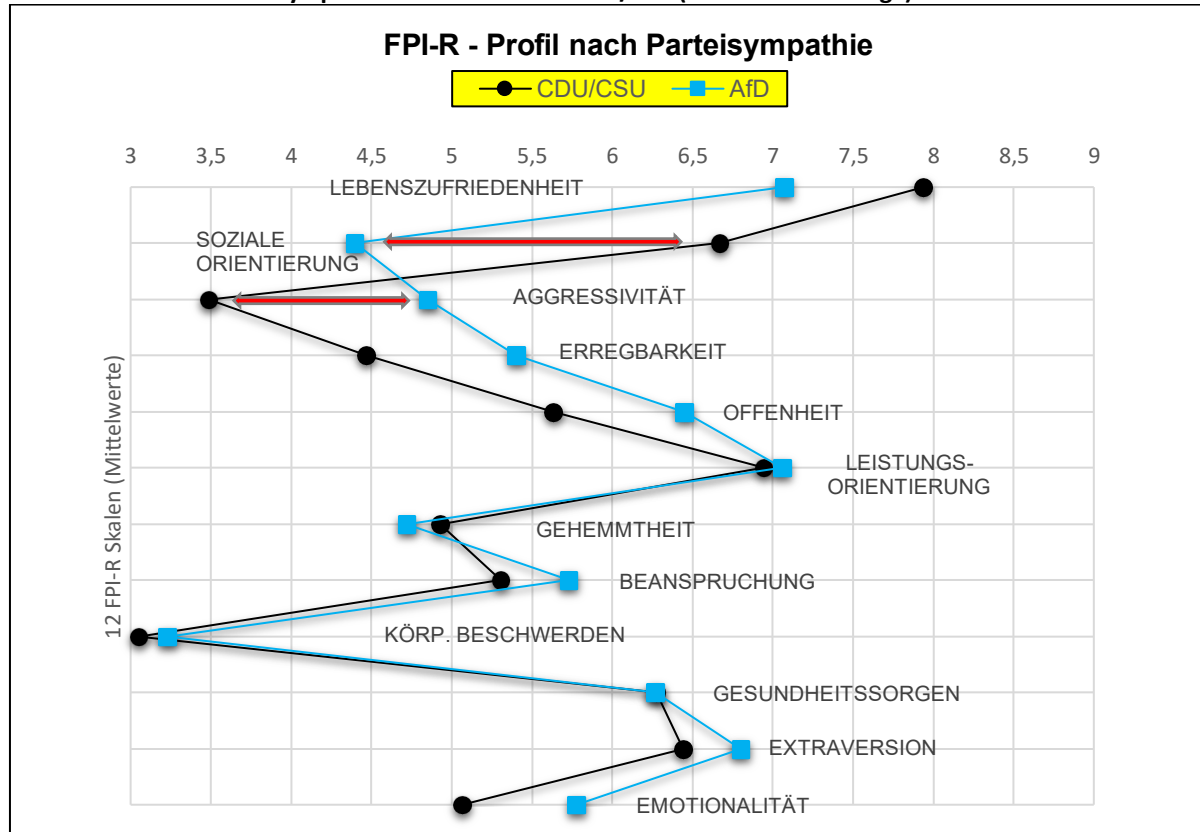
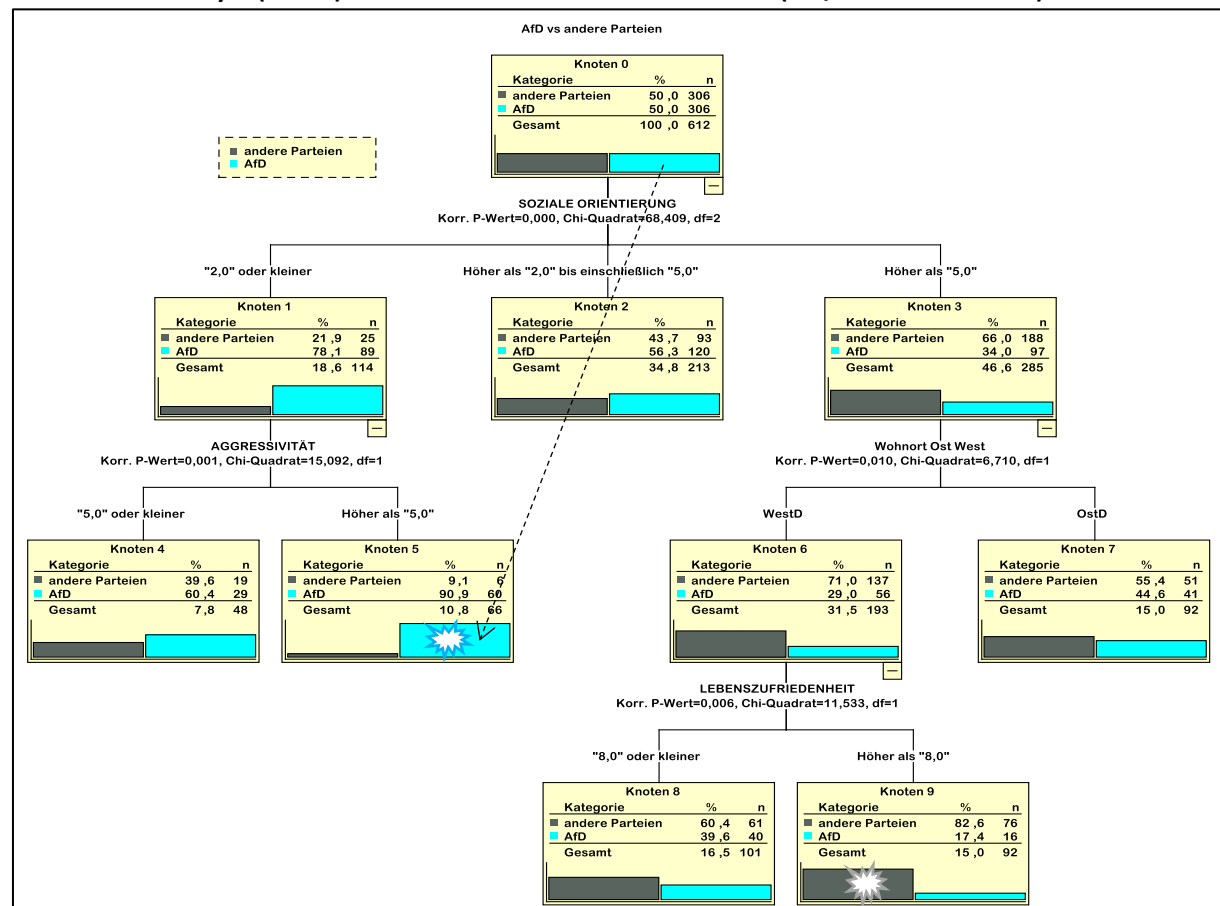


Abb. 32 : FPI-R Profil von Sympathisanten der AfD vs. CDU/CSU (statistische Zwillinge)



Anmerkungen: N=98/198; große Effektstärke Soziale Orientierung ($d=.83$), mittlere Effektstärke Aggressivität ($d=.51$).

Abb. 33: Baumanalyse (CHAID) – Prädiktoren: 12 FPI Skalen + Wohnort (Ost/West-Deutschland)

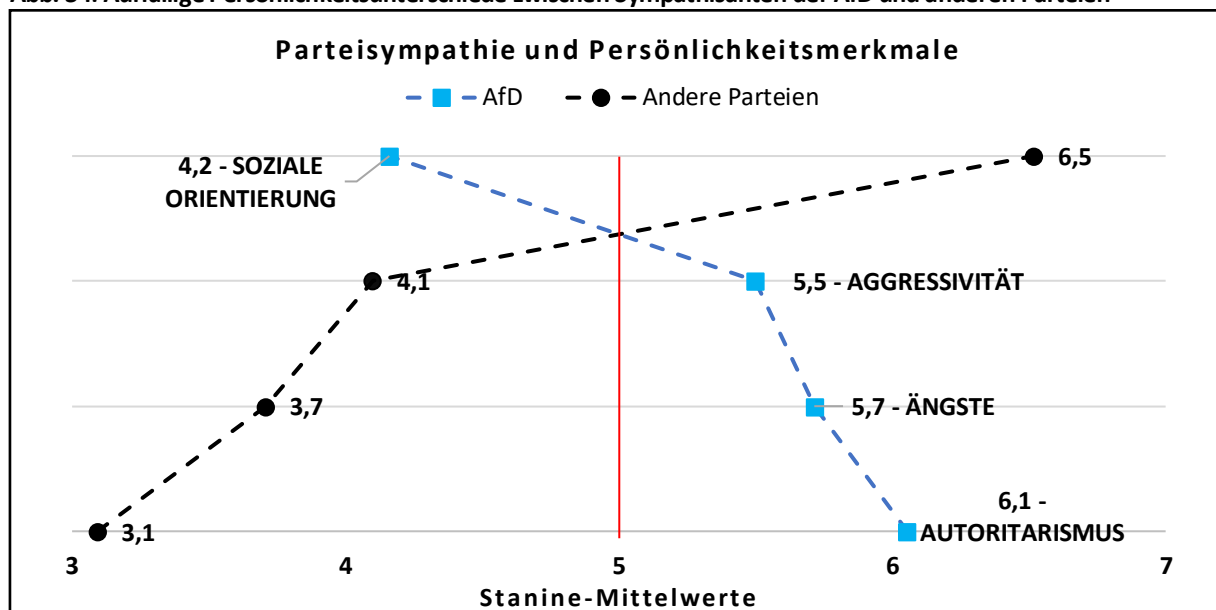


Aus der Baumanalyse basierend auf den parallelisierten Stichproben (je N=306) mit 12 FPI-R-Skalen und Wohnort als Prädiktoren (Abbildung 33) wird deutlich, dass überdurchschnittlich viele AfD-Anhänger niedrige Testwerte in Soziale Orientierung und hohe Testwerte in Aggressivität aufweisen. Altruismus und Empathie scheinen ihnen fremd zu sein. Mehr als drei Viertel der AfD-Anhänger bekunden keine oder nur geringe soziale Verantwortung; sie drücken geringe Hilfsbereitschaft für Menschen in Entwicklungsländern aus, gehen selten auf die Sorgen anderer ein, sind wenig motiviert, zu helfen, zu trösten und andere zu pflegen. Ein harter Kern jener sehr unsolidarischen AfD-Anhänger beschreibt sich darüber hinaus als überdurchschnittlich aggressiv. In dieser Extremgruppe von unsolidarischen und aggressiven Personen sind 20 Prozent AfD-Sympathisanten. Personen mit hoher sozialer Orientierung und Lebenszufriedenheit sind relativ häufiger bei Anhängern anderer Parteien auffindbar. Nur bei diesen hat der Wohnort (West/Ost) einen Einfluss auf die Parteineigung.

Gesamtbefund hinsichtlich der untersuchten Persönlichkeitsmerkmale

Die Analysen hinsichtlich der AfD-Sympathisanten anhand der Erhebungsdaten 2018 ergeben ein klares Gesamtbild: Befragte, die eine starke Sympathie für die AfD hegen, sind aus psychologischer Sicht auffällig, d.h. überdurchschnittlich ängstlich, autoritär, aggressiv, unsolidarisch resp. antisozial. Überspitzt formuliert: sie positionieren sich **Allzeit fern** (des) **Durchschnitts**. Dabei ist zu betonen, dass es sich bei den Daten um anonyme Selbstbeschreibungen bzw. Selbstbeurteilungen handelt und nicht um Reaktionen auf Interview-Fragen. Hinzu kommt, dass auch verhaltensnahe Antworten wie Spendenbereitschaft oder aktive Nachbarschaftshilfe effektstarke Indikatoren für Parteisympathie sind.

Abb. 34: Auffällige Persönlichkeitsunterschiede zwischen Sympathisanten der AfD und anderen Parteien



N = je 306 Befragte parallelisiert nach Geschlecht, Alter Schulabschluss, Erwerbsstatus

Abb. 35: Auffällige Persönlichkeitsunterschiede zwischen Sympathisanten von Grünen, Linken und AfD

Parteisympathisanten - Selbstbeurteilung				
	autoritär	aggressiv	antisozial	N
GRÜNE	5%	9%	12%	674
LINKE	6%	16%	21%	300
AfD	47%	28%	44%	312
Gesamt	14%	12%	18%	3336

Anmerkungen: autoritär Skalenwert > 7 (0-9); aggressiv > 7 (0-12); antisozial (unsolidarisch) – Soziale Orientierung < 4 (0-12)

Auffälligstes Persönlichkeitsmerkmal der AfD-Unterstützer ist eine ausgeprägte autoritäre Haltung mit den Facetten Unterwürfigkeit und Folgebereitschaft, Anti-Pluralismus, Nationalstolz, Fremdenfeindlichkeit.

Von den Persönlichkeitseigenschaften des Freiburger Persönlichkeitsinventars sind die Skalen Soziale Orientierung und Aggressivität relativ effektstarke Prädiktoren für eine AfD-Affinität. Der typische Sympathisant der AfD fühlt sich nicht oder nur in geringem Maß verantwortlich für andere Menschen, es fehlt ihm an Altruismus und Empathie. Außerdem fällt er im Parteienvergleich durch eine erhöhte Aggressivität auf.

Tabelle 25: Ergebnisse von Baumanalysen mit verschiedenen Prädiktoren – AfD vs. andere Parteien

Parteisympathie	Andere Parteien	Gewinn	AfD	Gewinn
Beobachtet	50%		50%	
Einfluss auf Parteisympathie durch:				
	Korrekte Klassifikationen			
Autoritarismus ¹	57%	+7%	83%	+33%
FPI-Persönlichkeitseigenschaften ¹	64%	+14%	78%	+28%
FPI plus Autoritarismus ¹	65%	+15%	74%	+24%
Soziodemografische Merkmale ¹	55%	+5%	74%	+24%
FPI unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale ²	61%	+11%	68%	+18%

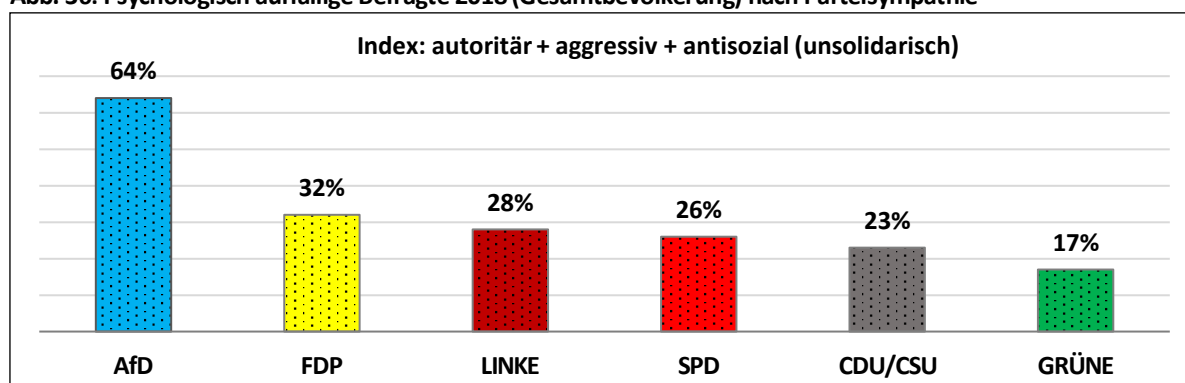
Anmerkung: (1) Zufallsstichprobe aus Gesamtstichprobe andere Parteien (N = 324) vs. AfD-Stichprobe aus Gesamtstichprobe N = 324; (2) statistische Zwillinge nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss, Erwerbsstatus, je N = 306.

Tabelle 26: Psychologisch auffällige Befragte 2018 - AfD vs. andere Parteien

Einfluss von Persönlichkeitsmerkmalen auf Parteisympathie (Index Autoritarismus, Aggressivität, Mangel an Solidarität)									
		Bevölkerung 2018				Statistische Zwillinge*			
Parteisympathie Persönlichkeitsmerkmale		And.	AfD	Andere	AfD	And.	AfD	Andere	AfD
nicht auffällig	nicht autoritär, nicht aggressiv, solidarisch	1136	7	38%↑	2%↓	110	16	36%↑	5%↓
wenig auffällig	1 von 3 Merkmalen überdurchschnittlich	1165	106	39%	34%	104	74	34%	24%
auffällig	autoritär+aggressiv+unsolidarisch autoritär+aggressiv, autoritär+unsolidarisch, aggressiv+unsolidarisch	723	199	24%↓	64%↑	92	216	30%↓	71%↑
	Gesamt N	3024	312	100%	100%	306	306	100%	100%

* Parteien parallelisiert nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss, Erwerbsstatus.

Abb. 36: Psychologisch auffällige Befragte 2018 (Gesamtbevölkerung) nach Parteisympathie



Anmerkung: Befragte mit überdurchschnittlichen Testwerten in 2-3 Persönlichkeitsmerkmalen; vgl. Tabelle 28.

Mit soziodemografischen Merkmalen allein kann eine Präferenz für *andere Parteien* (als Block) nur sehr begrenzt erklärt werden (Informationsgewinn = 5%). Dies ist partiell verständlich, da es sich bei den sog. Altparteien um sehr verschiedene Parteien handelt. Eine AfD-Präferenz dagegen kann in drei von vier Fällen prognostiziert werden (Informationsgewinn = 24%, vgl. Tabelle 26). Werden nur die FPI-Persönlichkeitsmerkmale als Prädiktoren der Parteilaffinität verwendet, beträgt der Informationsgewinn für die Altparteien 14 Prozent, für die AfD 28 Prozent.

Bei Kontrolle wichtiger konfundierender Variablen wie Geschlecht und Bildung sinkt die Vorhersagekraft des FPI für eine AfD-Sympathie zwar von 78 auf 68 Prozent, doch beträgt der Informationsgewinn dann noch bemerkenswerte 18 Prozent – ein deutlich höherer Prozentsatz im Vergleich zu den Big Five-Prädiktoren.

Soziodemografisch betrachtet ist der Prototyp des AfD-Unterstützers ein mittelalter Mann mit mittlerem Bildungsabschluss, meistens konfessionslos, vorwiegend wohnhaft in Ostdeutschland. Aus persönlichkeitspsychologischer Perspektive ist der AfD-Prototyp nach den vorliegenden Erhebungsinformationen eine überdurchschnittlich autoritäre und/oder aggressive Person, der es häufig auch an menschlicher Solidarität mangelt.

Im AfD-Grundsatzprogramm taucht der Begriff Solidarität kein einziges Mal auf, dafür aber 64mal der Begriff Volk oder verwandte Begriffe. Der Soziologe Heinz Bude (2019, S. 10) reflektiert in seinem jüngsten Buch zur „Solidarität – Die Zukunft einer großen Idee“ über die Sehnsucht nach Solidarität, die heute von rechts bedient und von links liegen gelassen werde:

„Diejenigen, die zur Solidarität der Völker oder gar des Volkes aufrufen, machen sich verdächtig, denn sie meinen zu oft das eigene Volk, das sich gegen die Fremden, die Zuwanderer und die Flüchtlinge abschließen soll. Die glühenden Verfechter der Solidarität kommen heute zumeist nicht mehr von links, sondern von rechts. Sie meinen eine exklusive Solidarität, die mit Mauern geschützt und durch Kultur behauptet wird. Solidarität zuerst für uns und unter uns, dann für die und jene da draußen“.

Die hier präsentierten empirischen Befunde in Bezug auf das Freiburger Persönlichkeitsinventar sollten nicht überbewertet werden. Obwohl sich die Ergebnisse auf eine vergleichsweise umfangreiche Stichprobe von über 300 AfD-Sympathisanten stützen, haben sich insgesamt nur 9 von 100 Befragten aus der erwachsenen Gesamtbevölkerung als Sympathisanten der AfD freiwillig und offen zu erkennen gegeben. Drei von jenen 9 Sympathisanten könnten aus psychologisch-diagnostischer Sicht als behandlungsbedürftige Fälle gelten, denn sie sind nicht nur sehr autoritär eingestellt, sondern darüber hinaus auch überdurchschnittlich aggressiv und antisozial resp. unsolidarisch.

Politisch betrachtet scheinen nicht die relativ wenigen Gefolgsleute der AfD mit einem auffälligen Persönlichkeitsprofil eine potentielle Bedrohung und Gefahr für die deutsche Demokratie, sondern vielmehr die AfD selbst mit ihrer öffentlich gezeigten autoritären, fremdenfeindlichen, national-radikalen Zielsetzung und ihren aggressiven Flügel-Akteuren, die einen Systemwechsel herbeiführen wollen. Nicht von ungefähr mahnte jüngst der AfD-Bundessprecher Meuthen seine Parteigenossen zur Mäßigung: „Wir werden nicht mehr Erfolg erzielen, wenn man immer aggressiver, immer derber, immer enthemmter auftritt“.

Inwieweit und unter welchen situativen Bedingungen populistische und extreme Meinungen und Einstellungen in manifestes Verhalten münden, ist wissenschaftlich weitgehend ungeklärt. Jenseits von Wahlstudien scheinen Meinungsforscher und Politikwissenschaftler nicht oder nur am Rande an persönlichkeits- und sozialpsychologischen Fragestellungen via Verhaltensebene interessiert. Die bisherigen Meinungsumfragen zum Populismus und Extremismus liefern nur begrenzte Argumente und kaum Handlungsanweisungen für das wesentliche Ziel einer sozialpädagogischen Beeinflussung resp. „Sozialtherapie“ von Menschen mit rechts-populistischer und rechtsextremer Gesinnung.

IV. Literaturverzeichnis

- Adam, K. (1993). Ein abgeschlossenes Projekt. Jenseits von Links und Rechts. In: Bobbio, N. et al. (Hrsg.). *What's left. Prognosen zur Linken*. Berlin: Rotbuch.
- Arzheimer, K. (2006). Berühren sich die Extreme? Ein empirischer Vergleich von Personen mit extrem linken und extrem rechten Einstellungen in Europa. In: Backes, U., Jesse, E. (Hrsg.). *Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 253–281.
- Bakker, B. N. et al. (2016). The psychological roots of populist voting: Evidence from the United States, the Netherlands and Germany. *European Journal of Political Research*. 55(2): 302-320.
- Baumeister, R.F. et al. (2007). Psychology as the science of self-report and finger movements. Whatever happened to actual behavior? *Perspectives on Psychological Science*, 2, 396-403.
- Bender, J. (2017). Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland. München: Pantheon.
- Bergmann, K. et al. (2017). Allzeit fern des Durchschnitts: Politische Ansichten der AfD-Anhänger. *Forschungs-journal Soziale Bewegungen* 30 (2).
- Bundesministerium des Inneren (2017). Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (2017). Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen.
- Bude, H. (2019). Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee. München: Hanser.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2020). Lagebild zum Antisemitismus.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2020). Verfassungsschutzbericht 2019, Herausgeber: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Stand: Juli 2020.
- Decker, O., Brähler, E. (2018). Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft / Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Duve, F. (1981). 5 Millionen Deutsche: «Wir sollten wieder einen Führer haben...». Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Hamburg: Rowohlt.
- Fahrenberg, J., Hampel, R., Selg, H. (2020). Freiburger Persönlichkeitsinventar FPI-R. Neue Normierung und Validitätshinweise, Prinzipien der Testkonstruktion und modernen Assessmenttheorie. 9. erweiterte Auflage. Göttingen: Hogrefe.
- Franzmann, S. & Lewandowsky, M. (2020). Populismus? Populismen! Programmathe Heterogenität rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Bonn: BAPP.
- Freitag, M. (2017). Die Psyche des Politischen – Was der Charakter über unser politisches Denken und Handeln verrät. *Politik und Gesellschaft in der Schweiz*, Band 6. Zürich: NZZ Libro.
- Goldhagen, D. J. (1998). Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. München: Siedler.
- Heilbronn, C. et al. (2019). Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2002). Deutsche Zustände. Folge 1. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2018). Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I. Berlin: Suhrkamp.
- Hofstad, T. (2018). Personality and Politics: Values and voting in Germany and the Netherlands. University of Oslo.
- Holtmann, E. (2018). Völkische Feindbilder. Ursprünge und Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland. Band 20207 von Schriftenreihe. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Jesse, E. (2019). Das Aufkommen der Alternative in Deutschland. In: H.U. Brinkmann & I. C. Panreck (Hrsg.). *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften*. Wiesbaden: Springer.
- Kämper, H. (2017). Das Grundsatzprogramm der AfD und seine historischen Parallelen. Eine Perspektive der Politolinguistik. IDS Sprachreport 2/2017, Mannheim.
- Kämper, H. (2020). AfD im Parlament – neue Sprach- und Kommunikationsstile. Kommentare und Befunde: Kurzfassung der Ergebnisdarstellung. Leibniz-Institut für Deutsche Sprache. https://www1.ids-mannheim.de/fileadmin/lexik/Parlamentsstudie/AfD_Studie_Kurzfassung.pdf

- Mudde, C. & Kaltwasser, C.R. (2019). Populismus: Eine sehr kurze Einführung. Bonn: Dietz.
- Mudde, C. (200). Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- Müller, J.W. (2015). Was ist ein Populist? Essay für den Schweizer Monat (Ausgabe August 1027). <https://schweizermonat.ch/was-ist-ein-populist/>.
- Mummendey, H.D. (1988): Verhalten und Einstellung. Untersuchung der Einstellungs- und Selbstkonzeptänderung nach Änderung des alltäglichen Verhaltens. Die Beziehung zwischen Verhalten und Einstellung. S.1-26. Heidelberg: Springer.
- Noelle-Neumann, E. (1996). Die linken und die rechten Werte. Ein Ringen um das Meinungsklima. In: K.G. Balkestrem & /H. Ottmann (Hrsg.). Theorie und Praxis. Festschrift für Nikolaus Lobkowitz zum 65. Geburtstag, Berlin: Duncker & Humblot.
- Pfahl-Traughber, A. (2019). Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive. Essentials. Wiesbaden: Springer.
- Politbarometer, September I (2019). Klare Mehrheit erwartet Fortsetzung der Koalition bis 2021 – Parteiübergreifende Ablehnung der AfD. Mannheim: Forschungsgruppe Wahlen.
- Schimpf, C. & Schoen, H. (2017). On the psychological roots of populist voting: A discussion of Bakker, Rooduijn, and Schumacher (2016). Working Paper. University of Mannheim.
- Schroeder, M. (2019). AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. *SOEP Papers 975*. Berlin: DIW.
- Schroeder, W. et al. (2020). Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster. OBS-Arbeitsheft 102. Frankfurt: Otto Brenner Stiftung.
- Schütz, H & Six, B. (1996). How strong ist he relationship between prejudice and discrimination? A meta-analytic answer. *International Journal of Intercultural Relations*, 20, 441-462.
- Schwarz-Friesel, M. (2020). Judenhass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl. Band 10501. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Schwarz-Friesel, M. et al. (2010). Aktueller Antisemitismus in Deutschland. Ein Phänomen der Mitte. Berlin, New York: de Gruyter.
- Six, B. (2000). Beziehungen zwischen Vorurteilen und diskriminierendem Verhalten: Eine Meta-Analyse. In: Ethnisches und nationales Bewusstsein – Studien zur sozialen Kategorisierung. J. Gallenmüller-Roschmann, M. Martini, R. Wakenhut (Hrsg.). Peter Lang, Frankfurt/M.
- Six, B. (2000). Einstellungen. Essay. <https://www.spektrum.de/lexikon/psychologie/einstellungen/3914>.
- Trevor, D. et al (2019). Suspicious Election Campaign Activity on Facebook How a Large Network of Suspicious Accounts Promoted Alternative Für Deutschland in the 2019 EU Parliamentary Elections. School of Media and Public Affairs. The George Washington University.
- Vehrkamp, R. & Merkel, W. (2017). Populismusbarometer 2017. Die Stunde der Populisten. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Vehrkamp, R., Bischoff, L. (2020). Populismusbarometer 2020. Trendwende im Meinungsklima. Policy Brief Entwurf 2/2020. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Vehrkamp, R., Merkel, W. (2018). Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern in Deutschland 2018. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Walter, F. et al. (2013). Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek: Rowohlt.
- Walther, E. & Iseman, S.D. (2019). Die AfD – psychologisch betrachtet. Wiesbaden: Springer.
- Wicker, A.W. (1969). Attitudes versus actions: the relationship of verbal and overt behavioral responses to attitude objects. *Journal of Social Issues*, 25, 41-78.
- Zick, A. et al. (2019). Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018//19. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz.